

"Zwölf Jahre hat also die verdammte Kugel jenes jungen Mannes, der von den Springer-Zeitungen zur Weißglut gebracht worden war, gebraucht, um meinen Freund Rudi zu erreichen."

Aus: "Ich habe diesen protestantischen Marxisten gern"
von Daniel Cohn-Bendit, Nachruf in der 'Tageszeitung'

Wie alles anfang

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
ein blutiges Attentat
wir haben genau gesehen
wer da geschossen hat

Ach, Deutschland deine Mörder
es ist das alte Lied
Schon wieder Blut und Tränen
was gehst du denn mit denen
du weißt doch was dir blüht....

Die Kugel Nummer 1 kam aus Springers Zeitungswald
ihr habt den Mann die Groschen auch noch dafür bezahlt

Des zweiten Schusses Schütze im Schöneberger Haus
Sein Mund war ja die Mündung
da kam die Kugel raus

Der Edelnazikanzler schoß Kugel Nummer 3
er legt gleich der Witwe den Beileidsbrief dabei

Drei Kugeln auf Rudi Dutschke
ihm galten sie nicht allein
wenn wir uns jetzt nicht wehren
wirst du der nächste sein

Es haben die paar Herren
so viel schon umgebracht
statt daß sie euch zerbrechen
zerbricht jetzt ihre Macht
Ach Deutschland deine Mörder
es ist das alte Lied
schon wieder Blut und Tränen
was gehst du denn mit denen
du weißt doch was die blüht.....

Wolf Biermann
Quartplatte 3
1968

LIEBEN SIE SPRINGER?

Das Allensbacher Institut für Demoskopie erforschte die Einstellung der Deutschen zu Axel Springer. Von je 100 Befragten antworteten auf die Fragen: !!!

Haben Sie schon einmal von Axel Springer gehört?

JA 89



11 NEIN

Haben Sie schon einmal von der Forderung gehört: „Enteignet Springer“?

JA 68



21 NEIN

11 haben von Axel Springer noch nichts gehört

Glauben Sie, daß Axel Springer durch seine Zeitungen die Meinungen bei uns stark beeinflusst?

JA 45



22 UNENT-SCHIEDEN

22 NEIN

11 haben von Axel Springer noch nichts gehört

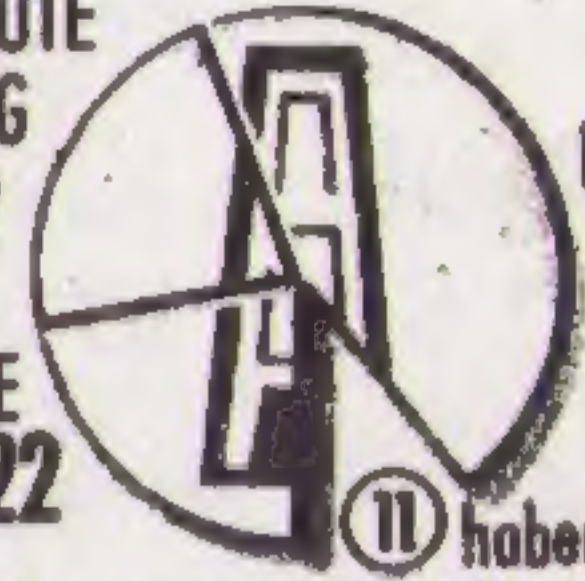


Bild
am Sonntag
Abendblatt
DIE WELT
WELT SONNTAG

Haben Sie von Axel Springer eine gute oder keine gute Meinung?

GUTE MEINUNG 22

KEINE GUTE MEINUNG 22



45 UNENT-SCHIEDEN ODER KEIN URTEIL

11 haben von Axel Springer noch nichts gehört

Wären Sie für oder gegen eine Enteignung Springers?

49 GEGEN ENTEIGNUNG



10 FÜR ENTEIGNUNG 9 UNENT-SCHIEDEN

32 haben noch nichts von Axel Springer oder der Forderung nach seiner Enteignung gehört

Hat Axel Springer durch seine Zeitungen zu viel Macht in der Hand?

NEIN 28

JA 34



27 UNENT-SCHIEDEN ODER KEIN URTEIL

11 haben von Axel Springer noch nichts gehört

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR. 315

5. JANUAR 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt.

D 1870 CX

HAUSMITTEILUNG

An alle Abonnenten!

Diese Nummer des ID werden auch Abonnenten erhalten, deren Abo bereits ausgelaufen ist, weil wir den „Überziehungskredit“, den wir Abonnenten einräumen, erhöht haben. Dieser Überziehungskredit sollte dazu dienen, daß Abonnenten, deren Zahlung verspätet bei uns eintrifft oder verbucht werden kann, nicht gleich auf den ID verzichten müssen. Für diese Abonnenten ist also dieser ID ein Geschenk.

Andererseits sind Neuabos, die erst kurz vor Weihnachten bei uns per Überweisung bestellt wurden, wegen Verweisung (sprich: Ferien) der Büroecke noch nicht berücksichtigt und werden erst nächste Woche beliefert. Nur Geduld!

Schreiben im Knast

Im Frühjahr 1980 erscheint ein Sammelband: „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit. Schreiben im Knast“. Gesucht werden Essays, Gedichte, kurze Texte, Grafik, die sich mit den Widerstandsformen, insbesondere dem Schreiben, im und aus dem Knast auseinandersetzen, also mit Zensur und Selbstzensur, Solidarisierungsmöglichkeiten und Politisierungsprozeß, mit Funktion, Sinn und Unsinn von Knastliteratur und ihrer zu entdeckenden Chancen. Dazu werden auch zensierte und verbotene Gefangenenzeitungen gesammelt. *Schreibt bitte an: Verlag Roter Funke, Feldstr. 13, 2800 Bremen 1. Konto-Nr.: 928 671 Kreissparkasse Worpswede (BLZ 291 523 00)*

ID-BERICHTERSTATTUNG ZU MANNE & KNOFO UNVOLLSTÄNDIG

Da zwei Artikel zum Düsseldorf-Prozeß gar nicht abgedruckt wurden, v. Plottnitz (Knofos Anwalt) versprochene Unterlagen nicht an den ID schickte und der Demonstrations-Aufruf (ID 312) aufgrund eines Mißverständnisses gekürzt wurde, wurden die abgedruckten Sachen etwas unklar und mißverständlich.

Also zur Erläuterung:

Es sind von den Anwälten von Manne & Knofo Haftentlassungsanträge gestellt worden, da sich die meisten Anklagepunkte nicht mehr halten lassen.

Zur Unterstützung dieser Anträge und anderer Forderungen (siehe ID 312) findet am 7. Januar 80 um 12 Uhr in Düsseldorf, Treffpunkt Frankenplatz, Tannenstraße eine Demonstration statt. Kommt nach Düsseldorf!

Hilfe gegen Polizeiwillkür

In mehreren Städten der BRD haben sich Initiativen gebildet, die es nicht mehr hinnehmen wollen, daß die Polizei und die Behörden mit Wild-West-Methoden arbeiten. Die Gruppen leisten Rechts-hilfe, finanzielle Unterstützung, Hilfe im Rahmen der Möglichkeiten, Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt: Hans Boeck, Geldernsche Str. 63, 4150 Krefeld.

Zeitung sucht Material

Der „Fliegenpilz“ – Zeitschrift für Politik & Literatur – sucht dringend Material zu den Themen „Hilfe für Haftentlassene“ und „Selbstorganisation von Frauen“. Alles, was dem „Fliegenpilz“ darüber zugeschickt wird, wird aufgelistet, alle Einsender erhalten eine Kopie.

Kontakt: Fliegenpilz, Postfach 869, 8000 München 1.

„MÖGLICHE FUNKTION. . .“

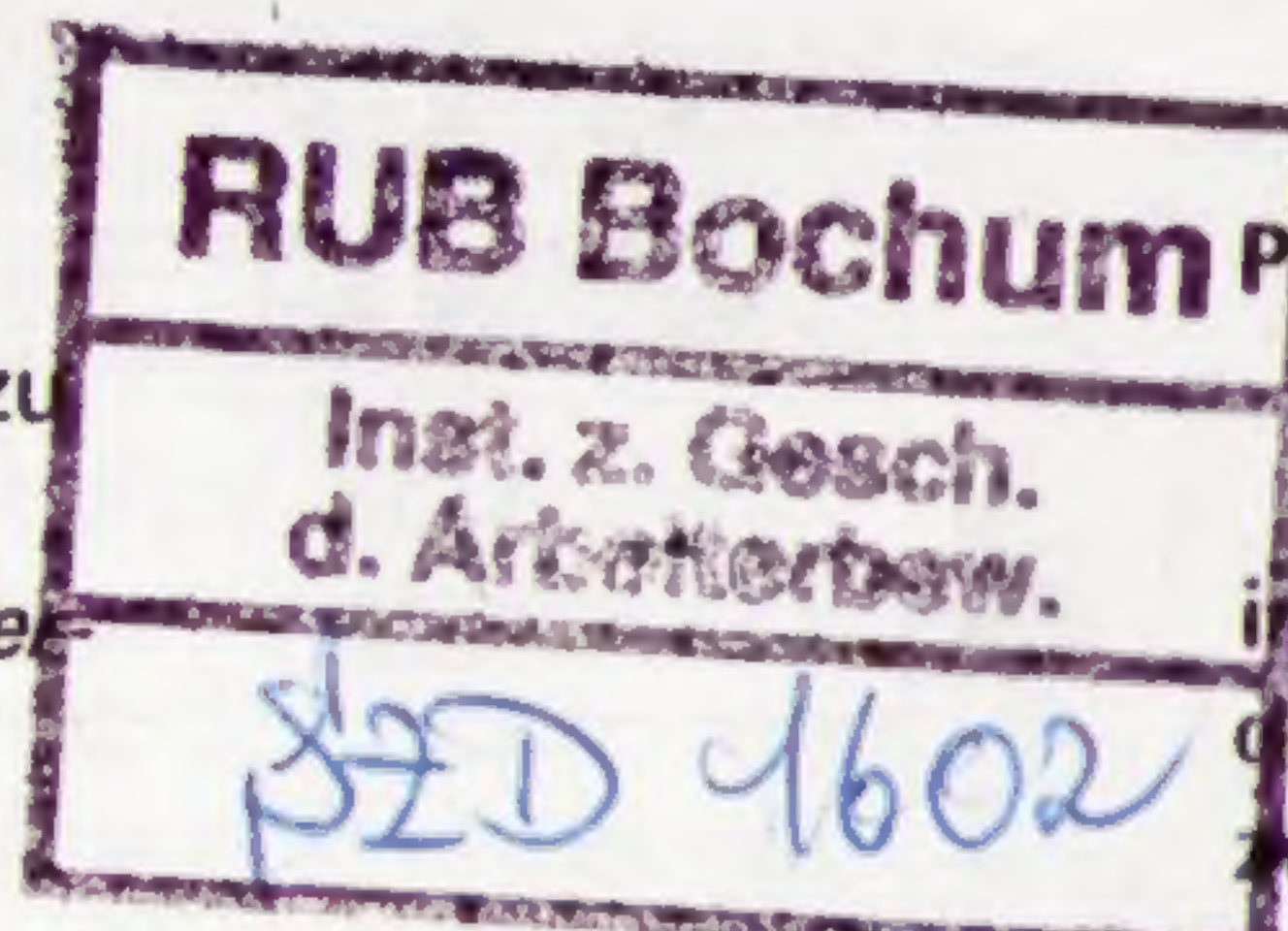
Frauke, Renate und Siegfried sind Studenten an der Gesamthochschule Siegen im Fachbereich Sozialwesen. Im Januar schreiben sie über das Thema „Mögliche Funktion der Stadtteilzeitung in der Gemeinwesenarbeit.“ Dazu fehlt noch Material. Falls ihr darüber Material und Literatur besitzt, schickt's hin. Siegfried Happner, Zwingel 3, 6340 Dillenburg.

Ausstellung:

Jetzt reden wir vom Knast

Die Bürgerinitiative „Medizin im Knast“ zeigt eine ausführliche Ausstellung zu den verschärften Haftbedingungen und ihren Folgen. In den parallel dazu stattfindenden Veranstaltungen werden Videofilme u.ä. vorgeführt.

Berlin, Schrippenkirche, Widing, Ackerstr. 52 (bis einschließlich 30.12. zu besichtigen)



Pädophilenprozeß im Sauerland

Voraussichtlich im Januar 1980 wird in Arnsberg/Sauerland (das ist dort, wo der Zeigefinger Gottes regiert) vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts der Strafprozeß gegen den ehemaligen Erzieher Dieter Ullmann stattfinden.

Ihm werden von der dortigen Staatsanwaltschaft mehrere Verstöße gegen die §§ 175 (Homosexuellenparagraphen) und 176 („Mißbrauch von Kindern“) des Strafgesetzbuches vorgeworfen. . .

Zur Zeit wird eine Dokumentation über die Vorfälle und ihre Hintergründe vorbereitet. Interessenten können diese Dokumentation ab ca. 1.1. bei untenstehender Anschrift anfordern.

Aber noch wichtiger als das Lesen einer Dokumentation ist es, Öffentlichkeit im Gerichtssaal herzustellen. Öffentlichkeit ist daher wichtig, um zu verhindern, daß Terrorurteile gefällt werden, wie dies im Fall Hans-Peter Hartleb (siehe ID 311) geschehen ist.

Leute, die an der Vorbereitung und Begleitung des Prozesses interessiert sind, wenden sich bitte an die

DSAP, Deutsche Studien- und AG Pädophilie, Postfach 3236, 4150 Krefeld.

Rock gegen Rechts - Festival im Münsterland - umsonst und...

Sam Fuller und Volker Bandusch planen für den kommenden Sommer ein Rock gegen Rechts-Festival im Münsterland und suchen noch Individuen, Organisationen und Musikgruppen, die an einem solchen Festival (auch an der Vorbereitung) interessiert sind.

Kontakt: Volker Bandusch, Sam Fuller, Nordbrockerstr. 13, 4236 Hamminkeln 2

Kunst gegen Straßen

Am 9. Januar 1980 eröffnet die Berliner Bürgerinitiative Westtangente ihre Ausstellung „Kleine Kunst gegen Große Straßen“ mit 'ner kleinen Fete, Imbiß und Umweltliedern von und mit Jochen Koehler.

Ort: Rotationsgalerie in der Pfalzburger Str. 72, 1000 Berlin 15, Tel.: 861 58 91.

Die Initiative zeigt ca. 60-70 Bilder, Zeichnungen, Fotos, Fotomontagen, Postkarten- und Plakatentwürfe, Karikaturen, die anlässlich eines Preisausschreibens Anfang des Jahres '79 eingegangen sind.

Zur Ausstellung erscheint auch eine 64-seitige Broschüre mit Gedichten, Bildern und Geschichten des Preisausschreibens. Zusätzlich enthält das Heft Infos zur Klage der BIW gegen den Westtangentenbau und erzählt auch etliches zur übrigen Arbeit der Bürgerinitiative Westtangente (BIW).

Die Ausstellung wird bis etwa Mitte/Ende Februar dauern.

Kontakt: Bürgerinitiative Westtangente, 1000 Berlin 62, Cheruskerstr. 10/1.



EINE WEIHNACHTSMANNAKTION DER MARBURGER STROMZAHLUNGSBOYKOTTEURE

Auf einer „Außerordentlichen Konferenz von Weihnachtsmännern“ in der Marburger Innenstadt wurde am Donnerstag, dem 20/12/79 der Beginn des Stromzahlungsboykotts in Marburg angekündigt. Beim Stromzahlungsboykott halten die beteiligten Haushalte zehn Prozent ihrer Stromrechnung auf einem Sperrkonto zurück, um mit diesem symbolischen Betrag deutlich zu machen, daß sie nicht länger willens sind, den Bau und Betrieb von Atomanlagen mitzufinanzieren.

Die Weihnachtsmänner, die von einem Engel-Chor mit Blasinstrumenten begleitet wurden, verteilten über 2000 selbstgebackene Atomkraftwerkskekse an die Bevölkerung. Auf kleinen Papierröllchen, die ebenfalls verteilt wurden, wurde Sinn und Ziele dieser Aktion erklärt. Am frühen Nachmittag gegen 14 Uhr bewegte sich der Zug der Weihnachtsmänner zum Gebäude der Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft Mitteldeutschland (EAM) und anschließend zum Hauptquartier der Marburger Stadtwerke, um diesen Unternehmen, die für die Stromversorgung in Marburg und im Marburger Umland zuständig sind, die Boykotterklärungen der Haushalte zu übergeben.

Bereits am 11. Dezember hatten sechzig Haushalte auf einer Vollversammlung beschlossen, ab 1.1.80 nur noch 90% ihrer Stromrechnung zu bezahlen.

Lokal, also auf Nordhessen bezogen, wendet sich der Protest insbesondere gegen die geplanten Atomanlagen in Borken, das als Standort für ein Atomkraftwerk der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (PREAG) vorgesehen ist, aber auch bezüglich eines Zwischenlagers für Atommüll im Gespräch ist.

MICHAEL ZIMMERMANN IST FREI

Odenthal, 2.1.80

Michael Zimmermann, ein 16jähriger Fürsorgezögling, über dem das Schwert eines dreijährigen Knastaufenthalts schwebte, wurde am 21. Dezember 79 vom Landgericht Mönchengladbach zu 8 Monaten Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Die Anklage wurde wegen eines Überfalls auf einen Nichtseßhaften (Beute 9 DM) erhoben (s. ID 311, wo ausführlich die Vorgänge und die Geschichte von Michael beschrieben sind).

Also Michael ist frei. Er kann auf dem Jugendhof leben. Zwar mit einem Schatten von Bewährungshelfer, aber wie ein Mitarbeiter vom Jugendhof betonte: „Nur weil ein öffentliches Interesse am Michael und dessen Gerichtsverfahren bestand, konnte das Landesjugendamt und das Gericht nicht wie üblich Michael hinter Gittern verschwinden lassen.“

Es gibt noch mehr Michaels in diesem Lande, die nicht in der „glücklichen“ Lage sind, daß über ihr Gerichtsverfahren in der bürgerlichen und alternativen Presse berichtet wird. Wenn ihr also Jugendliche und Kinder kennt, die ein wenig Öffentlichkeit brauchen, schreibt uns oder kommt vorbei!

Rundbrief zur „RADIKALEN PSYCHO-ARBEIT“

Der erste Rundbrief ist endlich fertig. (S. Aufruf zur Mitarbeit im ID 294.) Mit Beiträgen über:

- „Radikal-Psychiatrie“,
- „Komrum“, ein psychosoziales Projekt in Berlin,
- Erfahrungsbericht über die erste Phase einer Primärtherapie und vieles mehr.

Bestellungen (3 DM) gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto: 43 64 81-105, Bln-West, David Gillmore, Belziger Str. 72, 1 Berlin 62.

Broschüre gegen Zensur

Die Junge Presse Nordrhein-Westfalen (JPNW) hat eine Dokumentation über Zensur gegen Jugendzeitungen herausgegeben. Sie enthält einen dokumentarischen Teil, eine Analyse der Hintergründe und Hilfestellungen für Betroffene.

Kontakt: JPNW, c/o Birgit Roolf,

Einsteinstr. 15, 4040 Neuss 1, Tel.: 02101/82 894.

Die Broschüre kostet 2 DM, 6 Exem 10 DM, 15 Exem. 20 DM, 40 Exem. 50 DM.

ALLE BULLEN IN GROHNDE UNZURECHNUNGSFÄHIG?

Hannover, 22.12.79

Während der Grohnde-Demonstration am 19.3.77 war beim Rückzug der Demonstranten ein VW-Bus von den Bullen überfallen und dessen Fahrer zusammengeschlagen worden. Dieser hatte Anzeige erstattet und trat in dem ausnahmsweise gegen zwei Bullen stattfindenden Prozeß als Nebenkläger auf.

Dieser Prozeß fand am 29.11. in Hameln vor dem Amtsgericht statt. Der Richter hatte offensichtlich überhaupt keine Lust, die Anwälte waren auch nicht scharf, so daß — mit zwei Bullen auf der Anklagebank — eine fast freundschaftliche Atmosphäre herrschte. Ganz im Gegensatz zu bisherigen Grohnde-Verfahren.

Nachmittags um 17.00 Uhr, nachdem vier Bullen als Entlastungszeugen, drei Demonstranten als Belastungszeugen ausgesagt hatten, sollte eigentlich die Beweisaufnahme abgeschlossen werden. Da stellte einer der beiden Verteidiger noch den Antrag, 5 - 10 weitere Bullen als Tatzeugen zu hören. Während über das wann und warum dieser Vernehmungen noch diskutiert wurde, stellte der andere Verteidiger einen Beweis Antrag, der den ersten erübrigen sollte: „Es sollte ein Professor gehört werden, der bekunden könne, daß alle Bullen am 19.3.77 in Grohnde, angesichts der angespannten Situation, nicht zurechnungsfähig gewesen seien.“ Daraufhin allgemeines Erstaunen.

Urteil: 750,- DM Buße wegen Körperverletzung im Amt gegen Einstellung des Verfahrens wegen „geringer Schuld“. Auf den Antrag, die Unzurechnungsfähigkeit sämtlicher in Grohnde eingesetzter Bullen festzustellen, ging weder das Gericht noch später die Zeitungen ein, schließlich würde das nicht so gut zu dem Bild passen, daß die Polizei bezüglich der Grohnde-Demonstration von sich gezeichnet hat: ohne ihre Zurückhaltung und Behutsamkeit hätte es angesichts der verbrecherischen und gewaltsamen Demonstranten bestimmt eine Katastrophe gegeben. So ein Fauxpas soll nicht mehr vorkommen. In der Landesregierung und den höheren Rängen der Polizei denkt man darüber nach, angeklagten Polizisten einen Anwalt der Polizei zur Seite zu geben, der von der Dienstbehörde bezahlt wird. Wes Brot ich eß, des Lied ich sing. . .

Kontakt: Leseratten GmbH, Neue Marktstraße 17, 3250 Hameln.

KLAGE GEGEN DIE POLIZEILICHE RÄUMUNG DES ANTI-ATOM-DORFES IN GROHNDE

Hannover, den 11.12.1979

Am 24.1.1980 um 9.15 Uhr findet vor dem Verwaltungsgericht in Hannover, Kolbergstr. 14, die Verhandlung gegen die Räumung des Anti-Atom-Dorfes vom 23.8.1977 statt.

Die Kläger, 10 von der polizeilichen Räumung betroffene Atomgegner, werfen den an der Räumung beteiligten Regierungs- und Polizeistellen vor, unter Verletzung rechtstaatlicher Prinzipien eine Polizeiaktion gegen die Bewohner des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde inszeniert zu haben, die hauptsächlich den Zweck verfolgte, den örtlichen Widerstand gegen den Bau des AKW Grohnde einzuschüchtern:

- Das Anti-Atom-Dorf wurde von etwa 1500 Polizisten umstellt; den 200 Dorfbewohnern und Besuchern wurde der friedliche Abzug verwehrt; sie mußten sich erkennungsdienstlich behandeln und ihre Habe durchsuchen lassen.
- Die Räumung fand während des morgendlichen Berufsverkehrs statt; das Gebiet war von der Polizei weiträumig durch Straßensperren abgeriegelt worden, die noch mehrere Tage aufrecht erhalten wurden.
- Das Anti-Atom-Dorf wurde in der Nacht nach der Räumung demonstrativ niedergebrannt.

Vor dem Verwaltungsgericht sollen nun die im Eifer dieses Polizeistaatsspektakels begangenen Rechtsverletzungen untersucht werden. U.a. waren die Bewohner und Besucher des Dorfes niemals durch eine gebotene richterliche Verfügung zur Räumung aufgefordert worden, obwohl das Dorf 72 Tage stand; es war ihnen verwehrt, gegen die polizeilichen Maßnahmen unmittelbar Rechtsmittel einzulegen usw.

Bemerkenswert ist, daß nicht ein einziger der bei der Räumung angeführten Gründe heute noch von der beklagten Hannoverschen Bezirksregierung aufrechterhalten wird. Stattdessen wird inzwischen ein einziger Grund nachgeschoben, der bei der Räumung keine Rolle spielte, nämlich, vom Anti-Atom-Dorf sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgegangen.

Wegen dieser Sachlage ist beabsichtigt, u.a. auch den damaligen Innenminister Gross als Zeuge laden zu lassen, der in der Öffentlichkeit eine solche Gefährdung durch das Anti-Atom-Dorf und seine Bewohner verneinte. Schließlich dürfte es geboten sein, jene Vertreter der örtlichen Bürgerinitiativen sowie jene Parteifreunde des damaligen Innenministers zu hören, denen gegenüber Herr Gross die Räumung des Anti-Atom-Dorfes für den Fall ankündigte, daß die örtlichen Bürgerinitiativen sich nicht vom Anti-Atom-Dorf distanzieren.

Vom Ausgang dieses Verfahrens wird es auch abhängen, ob die Hannoversche Bezirksregierung die Leistungsbescheide aufrechterhalten kann, die sie inzwischen in Höhe von 212 133,- DM Einsatzkosten gegenüber jedem der Bewohner und Besucher des Anti-Atom-Dorfes gesamtschuldnerisch geltend gemacht hat.

Kontakt: Grohnde-Gruppe Hildesheim, c/o Volker Jochems, Bergsteinweg 29, 3200 Hildesheim.

Spendenkonto: Schaper, Bank für Gemeinwirtschaft, Kto.-Nr. 201 537 42 00, BLZ: 25 910 111.



Das Tor war zu, trotzdem besuchten, wie das Foto zeigt, am 23. Dezember 4000 Menschen das AKW Brokdorf.

HAUSBESETZUNG IN GÖTTINGEN: "... ES HERRSCHT DURCHBLICK IN DER AUGENKLINIK!"

GÖTTINGEN
Dez. 79

*Etwas spät, hoffentlich nicht zu spät,
schreiben uns die Besetzer der Augenkli-
nik in Göttingen über die Geschehnisse in
diesem Haus.*

Bereits seit dem 18. Oktober 1979 ist die ehemalige Uni-
versitäts-Augenklinik von Studenten, Wohnungssuchenden und
Obdachlosen besetzt.

Eben diese Augenklinik, meist Teil des "Alten Klinikums",
eines riesigen Gebäude- und Geländekomplexes im Zentrum von
Göttingen, direkt neben der Uni gelegen. Im Laufe der letzten
zwei Jahre sind die Gebäude, eines ums andere, geräumt und
die Stationen in einen Klinikneubau am Stadtrand verlegt wor-
den. Die seitdem leerstehenden Häuser bieten 500 Leuten gute
Wohnmöglichkeiten, worauf von Studentenseite angesichts
der sich mehr und mehr verschärfenden Wohnungsknappheit
in Göttingen des öfteren hingewiesen wurde. Gleichwohl
— nichts geschah, nach Ansicht der Univerwaltung sollten in
den Gebäuden lieber verschiedene Institute und Seminare zu-
sammengelegt werden.

Zu Beginn des Wintersemesters wurde dann bei — lt. Studen-
tenwerk — 3000 fehlenden Wohnungen die Situation so grotesk,
daß sich selbst der Göttinger Stadtrat, der ansonsten die Stadt-
"sanierung" gut und gerne vorantreibt, einer AStA-Resolution
anschloß, in der die Univerwaltung zur Öffnung des Klinikums
für Wohnzwecke aufgefordert wurde.

Nun, auch das fruchtete nix, bis wir dann selbst zur Tat schrit-
ten und an eben jenem 18. Oktober uns davon selber überzeugen
konnten, wie herrlich es sich in den altertümlichen Gemäuern
leben läßt. Die Reaktionen in der Bevölkerung waren zunächst
ausnehmend positiv. Sachspenden, Unterschriftensammlungen,
Zeitungsanzeigen, das alles war uns bei unserer Forderung nach
Freigabe des gesamten Klinikums ein mächtiger Rückhalt. Der-
art überrumpelt ließ die Univerwaltung auch tatsächlich etwas
von "unter Vorbehalt" und "nur vorübergehend" aber immer-
hin doch 200 bis 300 Wohnplätze im Klinikbereich bereitstel-
len. Angesichts der tatsächlichen Wohnmisere ein übler Scherz.

Auch diese Zusage wurde dann aber schnellstens zurückge-
zogen, was uns wiederum bewog, ein weiteres Gebäude zu be-
setzen. Mittlerweile wohnen in den besetzten Kliniksteilen (wir
haben noch weitere "angebaut") circa 120 Leute, die Flure und
Zimmer sind wohnlich eingerichtet, belegt, die Kliniksatmos-
phäre, die wir beim Einzug noch deutlich gespürt haben, ist
verschwunden.

Mittlerweile wohnen wir nun zwei Monate hier, und bei aller
Unklarheit über die Zukunft des Klinikums, die von der Ver-
waltung absichtlich noch vergrößert wird, ist die anfängliche
Aufregung und Dramatik einem etwas routinierterem Besetzer-
Alltag gewichen. Dabei ist das alles für uns bestimmt kein reines
Vergnügen, sondern auf die Dauer recht anstrengend, manch-
mal auch zermürbend. Der Spaß, den wir beim Zusammenleben
in den Wohngemeinschaften (meist ein ganzer Flur mit zehn
bis vierzehn Leuten) haben, ist nötig, um Probleme und Ärge-
reien, an denen es hier sonst bestimmt nicht fehlt, verkraften
zu können.

Um ungebetenen Gästen den Eintritt in unsere Häuser zu
verwehren, gibt es am Eingang der Häuser Wachen. Manchmal
haben wir Schwierigkeiten, diese Wachposten durchgehend zu
besetzen. Nachts helfen uns dabei häufig auswärtige Gruppen,
wie Fachschaften oder WG's. Probleme gibt es mit Drogen,
Schlägereien und Provokationen (meist unter Alkohol) und
der leidigen Klauerei. Auch schlafften einige Leute deutlich ab,
wohl in dem Glauben, wir hätten bereits gewonnen und könnten
zum "normalen" Leben übergehen. Dabei ist noch überhaupt



nichts entschieden, unsere Forderung lautet nach wie vor auf
Freigabe des gesamten Klinikgeländes, wir müssen weiterhin in
der Offensive bleiben.

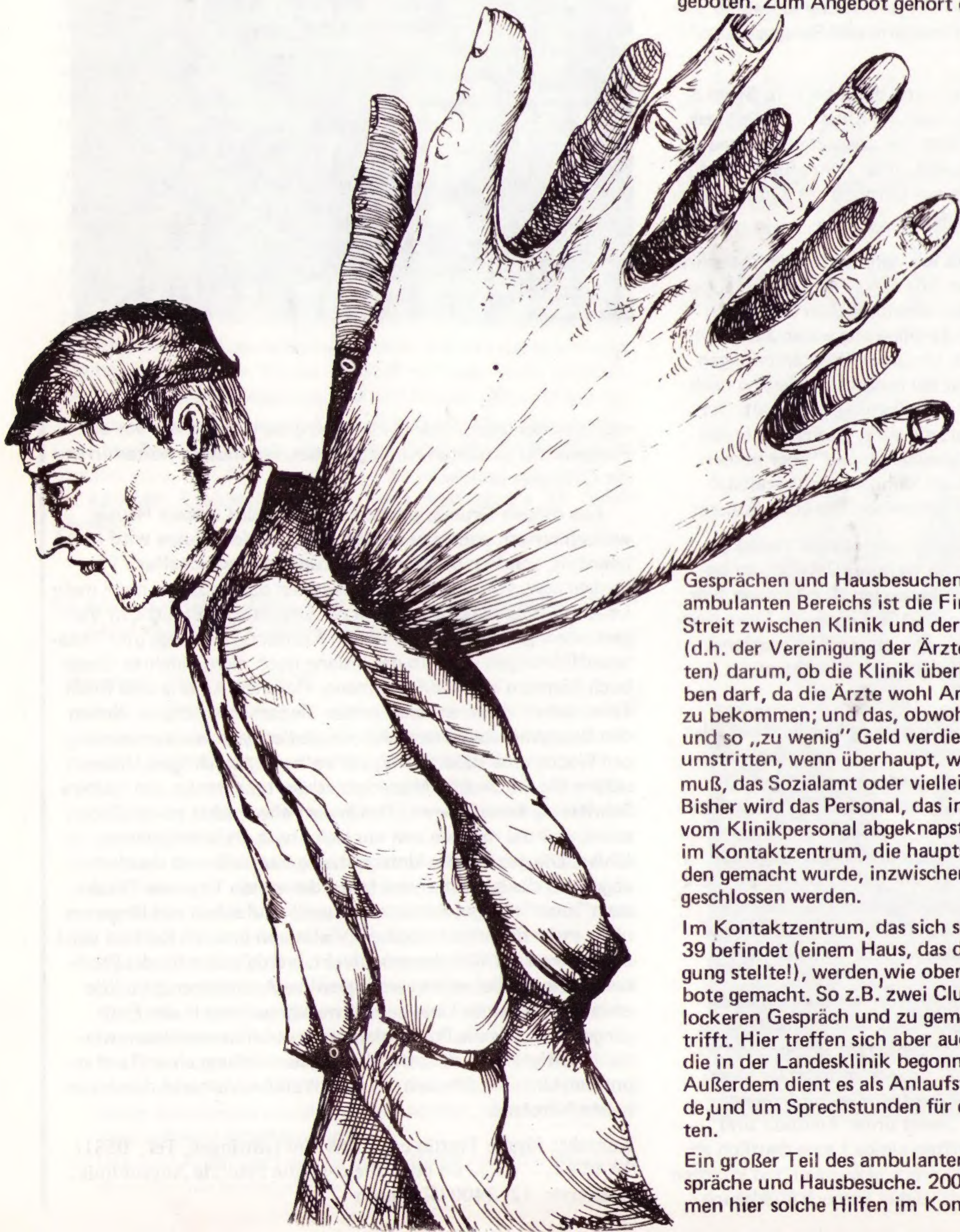
Aus diesem Grunde sind wir auch bemüht, unsere Häuser
weiterhin nach außen zu öffnen. Ein Teil der Räume wird nicht
bewohnt, sondern bleibt Arbeitsgruppen, Fachschaften, Ta-
gungen usw. vorbehalten, was einerseits das Haus mit noch mehr
Leben füllt, andererseits uns in der Öffentlichkeit nicht in Ver-
gessenheit geraten läßt. Es finden Konzerte, Filmtage und Thea-
teraufführungen statt. In das bislang noch nicht geführte Gäste-
buch könnten sich Wolf Biermann, Heinrich Albertz und Erich
Fried neben vielen anderen netten Menschen eintragen. Neben
den Bewohnervollversammlungen gibt es nach wie vor einmal
pro Woche eine BesetzerVV, wo auch die auswärtigen Unter-
stützer die AStA- und Mieterinitiativen teilnehmen, um weitere
Schritte zu koordinieren. Das ändert alles nichts an der Tat-
sache, daß die meisten von uns sich etwas im Stich gelassen
fühlen. Die ganz große Unterstützung von außen ist deutlich
abgeebbt, die begeisternden Ideen der ersten Tage wie "Frei-
staat" und "riesiges Aktionszentrum" sind schon seit längerem
nicht mehr diskutiert worden. Vieles von unseren Kräften wird
einfach von der Routine geschluckt, wenig bleibt für die Phan-
tasie übrig, wobei es aber auch positive Ausnahmen gibt. Wie
etwa der Bau eines kleinen Fachwerkhäuschens in der Fuß-
gängerzone, das die Polizei dann sehr publikumswirksam wie-
der beseitigte oder die öffentliche Überreichung einer Rute an
unseren Uni-Präsidenten auf dem Weihnachtsmarkt durch den
lieben Nikolaus.

Kontakt: Jürgen Trettin c/o AStA Uni Göttingen, Tel.: 0551/
39 45 64, — 65, — 68 oder direkt an die besetzte Augenklinik,
Gosslerstr. 12, 3400 Göttingen

PSYCHIATRIE IN DER WOHNUNGSGEMEINSCHAFT

Mönchengladbach 15. Oktober *Im Id 289 brachten wir einen Artikel aus der Mönchengladbacher Stadtzeitung „Lott jonn“. Unter dem Titel „Dübel aus der Psychiatrie“ wurde der Modellversuch beschrieben, der in der Rheinischen Landesklinik Mönchengladbach mit einer besseren Versorgung der Psychiatrie-Patienten gemacht wird. Bestimmte Mängel, besonders bei der nach wie vor stumpfsinnigen Arbeitstherapie (daher die vom ID eingesetzte Überschrift) wurden dabei durchaus zugegeben, aber das Ganze schon als Fortschritt bewertet. Eine Frankfurter ID-Leserin kritisierte den Artikel sehr scharf im ID 306 („Lügen aus der Psychiatrie“) – das sei nur die Werbung der Psychiater für gesündere Klapsmühlen; die Ursachen, durch die Leute in die Psychiatrie kommen, würden gar nicht berücksichtigt.*

Wir finden die Diskussion gerade auch über die Modellversuche sehr wichtig und bringen deshalb hier die Fortsetzung des Mönchengladbach-Berichts (aus „Lott jonn“, September 1979).



Tagesklinik

Der teilstationäre Bereich umfaßt inzwischen nur noch die Tagesklinik, die seit 1969 besteht. Der Name Tagesklinik ergibt sich daraus, daß die Patienten nur tagsüber dort sind und die restliche Zeit zuhause in ihrer normalen Umwelt verbringen. Ein Teil befindet sich im Moment noch an der Heinrich-Pesch-Straße und der andere Teil mit älteren Patienten schon im Kontaktzentrum in der Bruckner Allee. Die Tagesklinik hat 16 Plätze, wobei diese Zahl oft überschritten wird. Etwa die Hälfte der Patienten kommen von den Stationen in die Tagesklinik, um so allmählich einen Übergang bis zur vollständigen Entlassung durchzumachen. Die andere Hälfte kommt von außen über Nervenärzte oder direkt, wenn ihre Krankheit akut wird, hinein, um so eine stationäre Behandlung und die völlige Trennung von der normalen Umwelt zu vermeiden. Für die jüngeren Patienten geht es vor allem darum, ihnen durch ihre Krankheit verlorengegangene Fähigkeiten wieder zu vermitteln. Dazu gehören Kontaktfähigkeit, vermeintliche „Alltäglichen“ wie Einkaufen, Haushaltsführung, Zusammenleben mit einem Partner oder den Eltern und die Bewältigung der Probleme am Arbeitsplatz. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein aufgelockertes gruppenbezogenes Tagesprogramm angeboten. Zum Angebot gehört die tägliche therapeutische

Gruppenarbeit, in der aktuelle Konflikte verarbeitet werden sollen. Wöchentliche Rollenspiel, gemeinsamer Sport und Unternehmungen, aber auch gemeinsames Essen. Für die Gruppe der älteren Patienten gilt vor allem das Ziel, ihnen die Fähigkeit zu vermitteln, mit der besonderen Lebenssituation des alternden Menschen fertig zu werden.

Nachbehandlung

Der ambulante Bereich umfaßt Clubs, Sport- und Hobbygemeinschaften, ambulante Gruppen, Sprechstunden usw., die im Kontaktzentrum stattfinden und einer großen Zahl von

Gesprächen und Hausbesuchen. Die größte Schwierigkeit des ambulanten Bereichs ist die Finanzierung. Erstmal geht der Streit zwischen Klinik und der Kassenärztlichen Vereinigung (d.h. der Vereinigung der Ärzte, die in eigenen Praxen arbeiten) darum, ob die Klinik überhaupt eine Ambulanz betreiben darf, da die Ärzte wohl Angst haben, zu wenig Patienten zu bekommen; und das, obwohl die Wartezimmer überlaufen, und so „zu wenig“ Geld verdienen. Weiterhin ist auch noch umstritten, wenn überhaupt, wer die Ambulanz finanzieren muß, das Sozialamt oder vielleicht der Landschaftsverband. Bisher wird das Personal, das in der Ambulanz arbeitet, halt vom Klinikpersonal abgeknipst. So mußte z.B. die Teestube im Kontaktzentrum, die hauptsächlich von Zivildienstleistenden gemacht wurde, inzwischen wegen Mangel an denselben geschlossen werden.

Im Kontaktzentrum, das sich seit 1977 in der Brucknerallee 39 befindet (einem Haus, das die Stadt mietfrei zur Verfügung stellte!), werden, wie oben kurz angedeutet, viele Angebote gemacht. So z.B. zwei Clubs, in denen man sich zum lockeren Gespräch und zu gemeinsamer Freizeitgestaltung trifft. Hier treffen sich aber auch ambulante Gruppen, um die in der Landesklinik begonnene Therapie fortzusetzen. Außerdem dient es als Anlaufstelle für Rat- und Hilfesuchende, und um Sprechstunden für ehemalige Patienten abzuhalten.

Ein großer Teil des ambulanten Bereiches entfällt auf Gespräche und Hausbesuche. 200 ehemalige Patienten bekommen hier solche Hilfen im Kontaktzentrum oder in der Kli-

nik. Gespräche, deren Termine anfangs in dichter Folge, dann in größeren Abständen angesetzt werden, die bei Krisen aber auch wieder in kürzerer Folge notwendig werden können. Diese intensive Nachbetreuung durch Personal, das die ehemaligen Patienten schon aus der stationären Behandlung kennt, ermöglicht vielen erst das Leben draußen und verhindert in Krisen oft eine erneute stationäre Behandlung.

Beschütztes Milieu

Die ergänzenden Dienste bestehen aus dem Wohnheim „Burgheim“ in Odenkirchen und den Wohngemeinschaften.

Zuerst zum Wohnheim:

In der ehemaligen Nachtklinik an der Heinrich-Pesch-Straße, in der Patienten nur eine begrenzte Dauer neben ihrer wiederaufgenommenen Arbeit wohnen sollten, zeigte sich bald, daß ein Teil der Leute nicht so schnell wieder allein, selbständig würde leben können. Vielen fehlt der dazu notwendige familiäre Hintergrund, und sie sind auch längerfristig nicht in der Lage, für sich alleine zu sorgen. Die Ursache ist meist in einem langjährigen (manchmal Jahrzehnte langen) Dahinvegetieren in psychiatrischen Großkrankenhäusern wie z.B. Süchteln, zu finden. Dort werden sie total gepflegt und verwaltet und verlernten so viele Fähigkeiten. Ihnen wurde jede Möglichkeit von Aktivitäten genommen und so hockten sie jahrelang vollgestopft mit Medikamenten auf den Stationen.

Darum suchte die Klinik seit 1975 ein Haus und konnte dann im März 1977 das Burgheim eröffnen. Es bietet 40 Personen Platz (zur Zeit sind etwa 30 Plätze besetzt), die in den 3 Stockwerken jeweils eine Wohngemeinschaft mit Einzel- und Doppelzimmern bilden. Die anfallenden Arbeiten wie Wecken, Einkaufen, Kochen und Zimmer-Reinigung werden von ihnen nach einem selbst aufgestellten Plan erledigt. In der Woche finden regelmäßige Gruppenversammlungen statt, um z.B. die organisatorischen Fragen zu klären oder um Probleme aus dem Arbeitsbereich zu diskutieren. So lernen sie allmählich, im beschützten Milieu wieder relativ selbständig zu leben und zu arbeiten.

Außer dreien, die in „normalen“, Betrieben arbeiten, fahren die anderen zur Arbeit in die Beschützenden Werkstätten nach Hemmerden. Dort arbeiten sie bis 16 Uhr und bekommen je nach Leistung zwischen 60 und 400 Mark, wobei die meisten zwischen 100 und 150 DM verdienen. Daraus ergeben sich viele Konflikte, da dieses Geld sehr oft nicht reicht.

Wohngemeinschaften

Nun zu den Wohngemeinschaften (WG). Es gibt im Moment zwei, eine dritte befindet sich im Aufbau. Die WG auf der Stadtwaldstraße besteht seit 1975. Dort wohnen 5 ehemalige Patienten, die sich von der Rehabilitations-Station her kennen, in einem Einfamilienhaus weitgehend selbständig, jedoch im regelmäßigen Kontakt zur Klinik. Die zweite WG auf der Bruckner-Allee direkt neben dem Kontaktzentrum besteht aus 7 jungen Leuten, die ebenfalls aus der Reha-Station auszogen.

Die WGs geben den Leuten die Möglichkeit, eine neue Lebensform zu versuchen, nachdem sie längere Zeit in der Klinik waren und bei denen unklare Berufsaussichten bestanden. Sie unterstützen sich gegenseitig so gut es geht bei Konflikten und versuchen, ihre Probleme gemeinsam zu lösen.

Auch hier ist eine der Hauptschwierigkeiten die Finanzierung. Als Träger für die WGs hat man einen Verein „für die Rehabilitation psychisch Kranker“ gegründet. Die finanziellen Mittel kommen nur recht schwierig durch Spenden zusammen, da die Krankenkassen oder Sozialversicherungsträger bisher die Trägerschaft nicht übernehmen wollen.

Beispielhaft

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Konzept der Rheinischen Landesklinik MG, trotz Schwierigkeiten bei der Umsetzung in die Praxis beispielhaft für andere Landeskrankenhäuser ist.

Kontakt: über „lott jonn“, Schillerstr. 62, 4050 Mönchengladbach 1, und Peter Lingscheidt, Düsseldorfer Str. 5, 4050 Mönchengladbach 2

Noch einmal zu den Europa-Grünen:

Ich war auch auf den diversen Kongressen dieser Europa-Grünen, weil wir in der Erlanger Grünen Liste auch rumüberlegen, was wir mit denen machen sollen.

Es ist jetzt bei bunt/alternativ/grün ein Mordsgeschrei, weil die Europa-Grünen nicht Organisationen aufnehmen wollen, sondern nur Einzelmitglieder, die dann Delegierte schicken, zum Gründungsparteitag. Tatsächlich sind die Europa-Grünen sonst ja ein Zusammenschluß von einigen Organisationen (GAZ, AUD, GLU).

Ich kann noch kapieren, warum die - im Vergleich zu unserer Erlanger Grünen Liste - bürokratischen Parteien GAZ und AUD es für eine höhere Stufe ihres „Kampfes“ halten, wenn sie sich in eine größere Partei auflösen, also Organisationen zusammenschließen.

Was aber kann bunt/alternativ/grün von einem bürokratischen Manöver des Organisationsgerangels (= Zusammenschluß) gewinnen?

Warum ist es euch ein Problem, ob ihr einzeln oder als Gruppe eintretet? Würde das an Mehrheitsverhältnissen etwas ändern? Tatsächlich befürchten das die Europa-Grünen. Sie haben ihre Karteileichen miteingebracht, und fürchten in die Minderheit zu geraten, wenn die anderen auch ihre Karteileiche automatisch drin haben. Eintreten als Einzelner tut halt eine Karteileiche nicht, dazu ist sie zu faul. Aber habt ihr denn wirklich Karteileichen, die zu blöd sind, einzeln einzutreten? Habt ihr da wirklich die Konterstrategien von einigen Funktionären zu fürchten, die um ihre Posten bangen? Denn die Normalmitglieder der Europa-Grünen sind vielleicht keine großen Kämpfer, aber gewiß nicht eure Feinde.

Wolltet ihr wirklich mit euren bunt/alternativ/grünen Organisationen aufgehen in einer Bundespartei? Ich muß sagen, mir wird da einiges ebenso verdächtig wie die Gruhl'sche „Jahrtausendfrage“. (Das kennt man nämlich alles schon irgendwoher.)

Die Erlanger Grüne Liste wird es schön bleiben lassen, sich in eine Überorganisation aufzulösen oder in sonst einer Weise ein Teil von einer Dachorganisation zu werden. Wer von unseren Leuten zu den Europa-Grünen will, der gründet halt einen Kreisverband in Erlangen mit. Die Grüne Liste als Oberbegriff von Erlanger Gruppen bleibt aber das Mittel dieser Gruppen, auf kommunalpolitischer Ebene auch was zu machen, als Ergänzung zur sonstigen Veränderung der Stadt/ unseres Leben usw.

Soweit Leute von uns da eintreten, werden sie hoffentlich dafür sorgen, daß diese Bundespartei sich an Prinzipien von Offenheit und radikaler Demokratie hält und sich der Gesamtbewegung verpflichtet und nicht dauernd behauptet, sie, die Europa-Grünen, seien die ökologische Bewegung. (Irgendso ein bunter Knallkopf hat es in Offenbach fertiggebracht, die Bunten/Alternativen für die andere Hälfte der „Bewegung“ auszugeben). Eine schöne Funktionärs- und Mitgliedsbeitragsbewegung ist mir das!

An die Bunten/Alternativen/Grünen hab ich in diesem ganzen Zusammenhang noch eine Frage, die für mich ihre Glaubwürdigkeit ausmacht:

Seid ihr wirklich solche Organisationen, die sich gleich auf „wichtige“ Wahlen gestürzt haben, und auf kommunaler Ebene gar nicht so verwurzelt sind, bzw. seid ihr wirklich so zentralistisch orientiert, wie vieles klingt, was in Offenbach und zwischen manchen Zeiten zu hören war?

Ein Baum fängt unten an zu wachsen!

Kontakt: Heiner Grillenberger, Leipziger Str. 8
8520 Erlangen, Tel.: 09131/67069

IRAN

SIE HABEN BLAUE AUGEN UND KEINE BESONDEREN KENNZEICHEN!

Geheimdokumente aus der besetzten US-Botschaft in Teheran:
wie der CIA Agenten einschleuste

Teheran, 30. Dezember 1979

Von einem deutschen Genossen, der sich nicht von einer Fahrt durch den Iran abhalten ließ, erhielten wir den folgenden Bericht und (soweit wir sehen, bisher als erste westdeutsche Zeitung) Dokumente aus der Botschaft, die als geheim eingestuft sind und jetzt von den Besetzern als Beweise dafür präsentiert werden, daß die Botschaft tatsächlich Geheimdienst-Aktivitäten beherbergt hat. Nun hat daran wahrscheinlich niemand gezweifelt — aber nach tränenreicher Weihnachtspropaganda, nach anti-iranischen Beschlüssen des Sicherheitsrats und soweit es schon wichtig, sich noch einmal zu versichern, wie eindeutig — und vor allem wie dreist — die USA im Iran vorgingen. Und keine journalistischen Tricks oder Kniffe, sondern ein Reise-Freak hat die Dokumente an die Öffentlichkeit geschafft. . .

Hier erstmal der Brief unseres Traveller-Freaks:

Als ich im Iraq war, erreichten mich dort auch nur Horrornachrichten über den Iran: Landesweite Demonstrationen gegen Khomeini, Radiosender in Täbris besetzt usw. Deswegen wollte ich erst, wie viele andere auch, den Iran meiden. Heute bin ich froh, daß ich in Basra kein Schiff nach Pakistan gefunden hab.

DAS ZENTRUM ABER WAR DIE AMERIKANISCHE BOTSCHAFT

Teheran selbst habe ich als viel besser empfunden als vor zwei Jahren. Ich hab' in viele fröhliche und hoffnungsvolle Gesichter gesehen. Das Zentrum aber war die amerikanische Botschaft. Von hier geht die Kraft aus, die so vielen Selbstbewußtsein und Hoffnung gibt. Alle freuen sich darüber, daß sie den Amis eins ausgewischt haben, und auch ich kann meine Freude darüber nicht verbergen. Vor allem meine Freude über die Entlarvung des amerikanischen Imperialismus. Denn hier geht's wirklich nicht nur um den Schah; die meisten wissen, daß er nur eine Strohfigur der Herren Carter & Co. ist. Heute hat hier auch 'ne Messe eröffnet, wo gezeigt wird, wie weit der Iran von Amerika abhängig ist und wie mensch sich davon lösen kann.

ICH HABE TEIL AN IHREM FEELING. . .

Die Straße vor der Botschaft gleicht einem Jahrmarkt. Für den Verkehr gesperrt, ist es doch kaum möglich, durch die Menschenmenge durchzukommen, die sich an Bücherständen, Informationstafeln und Cola, Sandwich, Tee usw.-Buden vorbeidrängt, um einer Kundgebung der besetzenden Studenten zuzuhören und Parolen gegen Amerika und für Allah und Khomeini zu brüllen. Ich werd' hochgehoben, um besser knipsen zu können, werde immer wieder angeredet — sie haben ein starkes Bedürfnis, mir als Westler die Wahrheit über die Revolu-

tion zu erzählen — und habe teil an ihrem starken Feeling, das ihnen die Ohnmacht Amerikas gibt.

Alles in allem ist es, entgegen allen Falschmeldungen der westlichen Presse, total ungefährlich, als Westler durch den Iran zu reisen, und mensch wird überall freundlich aufgenommen, denn die Perser sind echt froh über jeden, der sich nicht abschrecken läßt. . .

Und hier eine Auswahl aus den Dokumenten:

Fernschreiben des Botschafters an das Außenministerium in Washington vom August 1979:

„Einstufung: GEHEIM

Ich stimme der Zuweisung von Malcolm Kalp und William Daugherty, wie in der bisherigen Korrespondenz beschrieben, zu. Angesichts der sehr günstigen Möglichkeit, in dieser Mission von einer sauberen Vergangenheit in Sachen Geheimdienste ausgehen zu können, aber auch angesichts der großen Empfindlichkeit hier am Ort gegenüber jedem Hinweis auf CIA-Aktivitäten, ist es von größter Bedeutung, daß so verdeckt wie nur irgend möglich gearbeitet wird. Daher ist es keine Frage, daß wir diesen beiden Beamten die Titel eines Zweiten und Dritten Sekretärs geben müssen. Das müssen wir einfach.

Ich meine, daß wir die Tätigkeit der Leute am besten dadurch tarnen, daß wir ihnen Stellen innerhalb der Botschaft zuweisen. Das paßt durchaus zum jetzigen Stellenplan. Wir sollten jedoch für die absehbare Zukunft bei der gegenwärtigen Zahl von vier Geheimdienststellen bleiben und so wenig Hilfskräfte wie möglich beschäftigen, jedenfalls solange, bis wir sehen, wie die Dinge hier laufen.

Wir versuchen, innerhalb der Botschaft die Geheimdienststellen so wenig wie möglich bekannt zu machen. Dieser Versuch bezieht sich vor allem auf Daugherty, wegen des neuen Programms, von dem ich in Kenntnis gesetzt worden bin, und dessen Ergebnis sein Einsatz ist.

Ich denke, ich brauche das Ministerium nicht daran zu erinnern, daß das alte und anscheinend unlösbare Problem, Geheimdienst-Beamte an der Botschaft einzusetzen, unvermeidlicherweise unsere eigenen Anstrengungen zu ihrer Tarnung hier am Ort komplizieren und zu einem gewissen Grade schwächen wird, gleichgültig, wie viel wir dafür tun, es zu vermeiden.“

LAINGEN

Anweisung für einen Spion im August 1979:

„GEHEIM

Überlegungen zur Tarnung

Nach den persönlichen Daten in Ihrem Paß sind Sie ledig, geboren in Antwerpen, Belgien, am 8. Juli 1934, haben blaue Augen und keine unveränderlichen Merkmale, und sind etwa 1,88 m groß. Ihre vorgebliche Beschäftigung ist die eines Geschäftsmannes.

Es ist nicht ungewöhnlich, daß ein Belgier, dessen Muttersprache Flämisch ist, in einer offiziell französischsprachigen Gegend von Belgien lebt, zum Beispiel in Jette. Sie können sagen, daß Sie in Antwerpen geboren sind, bei einer Firma mit Filiale in Antwerpen zu arbeiten begonnen haben, und dann zu ihrem Hauptsitz nach Brüssel versetzt worden sind. Obwohl man mit dem Auto nur 90 Minuten von Antwerpen nach Brüssel fährt, haben Sie sich zum Umzug in einen Vorort von Brüssel, eben Jette, entschlossen. Das würde erklären, warum Ihre Dokumente dort ausgestellt sind. Anlässlich Ihrer Arbeit vom Brüsseler Firmensitz aus sind Sie in der Vergangenheit

IT IS NOT UNCOMMON TO FIND A BELGIAN WHOSE NATIVE LANGUAGE IS FLEMISH LIVING IN A NOMINALLY FRENCH-SPEAKING SECTION OF BELGIUM, SUCH AS JETTE. YOU CAN SAY THAT YOU WERE BORN IN ANTWERP, BEGAN WORK WITH A COMPANY WITH A REGIONAL OFFICE IN ANTWERP, THEN WAS TRANSFERRED TO THE MAIN OFFICES IN BRUSSELS. DESPITE THE FACT IT IS ONLY ABOUT 90 MINUTES DRIVING TIME BETWEEN BRUSSELS AND ANTWERP, YOU DECIDED TO LIVE IN ONE OF THE SUBURBS OF BRUSSELS, JETTE. THIS WOULD EXPLAIN THE ISSUANCE LOCALE OF YOUR DOCUMENTATION. WORKING FROM YOUR BRUSSELS BASE, YOU HAVE TRAVELLED IN EUROPE ON BUSINESS IN THE PAST (AS REFLECTED IN YOUR PASSPORT) AND ARE NOW ASSIGNED TO THE MIDDLE EAST SECTION OF YOUR COMPANY. YOUR NON-BACKSTOPPED ADDRESS IN JETTE IS 174 AVENUE DE JETTE, JETTE. BELGIUM.

NITS-8797

~~SECRET~~

Seite 1 der Tarnungs-Anweisungen:
So schuf der Geheimdienst Monsieur Timmermans aus Jette
(Facsimile des Dokuments aus der U.S.-Botschaft)

viel auf Geschäftsreisen in Europa herumgekommen, wie sich aus Ihrem Paß ablesen läßt, und sind jetzt der Firmenabteilung für den Mittleren Osten zugeteilt worden. Ihre angebliche Anschrift in Jette ist 174 Avenue de Jette, Jette, Belgien."

Es folgen Informationen, wo der gute Herr Timmermans – denn so heißt die CIA-Kreatur, die auf diese wundersame Weise entstand; davon weiter unten – überall herumgereist sein soll. Dann kommt das dicke Problem: Wie fälscht der Herr Spion den Eingangs- und Ausgangsstempel, ohne den Tücken der zwei Zeitrechnungen (neuerdings islamisch, früher kaiserlich) zum Opfer zu fallen? Auch dafür weiß die "Agency" der CIA guten Rat. Zunächst soll er sich informieren, ob die Einreisestation an dem betreffenden Tag nach moslemischem oder kaiserlich-persischer Kalender gestempelt hat. Dann:

„GEHEIM

Wird der persische Kalender benutzt, so verwenden Sie das Einreise/Ausreise-Siegel, das auf Holzblöcke aufgezogen ist, in Verbindung mit den Datumseinsätzen des persischen Kalenders. Wählen Sie ein korrektes Datum und setzen Sie den Datumstempel in den ausgesparten Teil der Siegel. Nehmen Sie das Stempelkissen Nr. 280 für jede Einreise und das Kissen Nr. 295 für jede Ausreise, feuchten Sie das (die) Siegel mit den eingesetzten Datumsstempeln an und stempeln Sie den Paß.

Für das islamische Kalendersystem stempeln Sie zuerst das Datum mit den bandagierten Datumsstempeln und benutzen dann das Einreise/Ausreise-Siegel, das auf durchsichtigen Kunststoff aufgesetzt ist. Wählen Sie das korrekte Datum (die Jahreszahl entweder zwei- oder vier-stellig angeben) und das richtige Stempelkissen (Nr. 280 für Einreisen, Nr. 295 für Ausreisen), dann tragen Sie das Datum im Paß ein.

INTERNATIONAL CERTIFICATE OF VACCINATION OR REVACCINATION
AGAINST CHOLERA

**CERTIFICAT INTERNATIONAL DE VACCINATION OU DE REVACCINATION
CONTRE LE CHOLÉRA**

This is to certify that
Je soussigné(e) certifie que { PAUL TIMMERMAN } date of birth { 18.7.1934 } sex { M }
whose signature follows { Paul Timmerman } né(s) le { } sexe { }
has on the date indicated been vaccinated or revaccinated against cholera.
a été vacciné(e) ou revacciné(e) contre le choléra à la date indiquée.

[illegible]

Continued overleaf Suite au verso

SECRET

NITS - 8792

Seite 8 der Tarnungs-Anweisungen:
Der Spion wird mit gefälschten Impfnachweisen ausgerüstet
(Facsimile des Dokuments aus der U.S.-Botschaft)

Feuchten Sie schließlich das richtige Siegel (Einreise oder Ausreise) mit dem richtigen Stempelkissen an und stempeln Sie es auf den Paß, so daß das Datum ungefähr in die Mitte kommt. Schauen Sie durch den Kunststoff, um sicher zu gehen, daß das Datum am richtigen Platz steht. Auf Seite 4 finden Sie nachgemachte Muster und „Formularbeispiele“ . . . ”

Zu guter Letzt wird unser CIA-Spion mit Impfungen gegen Pocken, Gelbfieber und Cholera versehen — auf dem Papier, versteht sich. Er bekommt dafür die Siegel eines belgischen Arztes und eines Brüsseler Gesundheitsinstituts. Schließlich wird er daran erinnert, daß er nicht etwa laut Paß gerade im Iran ist, während er laut Impfpaß in Brüssel seine Spritze bekommen hat. Neue Impfnachweise bekommt er über seine Tarn-Kontaktadressen „Eznova“ oder „Wolock“. Man sieht: ein mühsames Geschäft, an vieles ist zu denken — aber die „Agency“ sorgt für ihre Leute. Merken Sie sich nur: Sie sind ledig und haben blaue Augen. . .

Kontaktadresse: Central Intelligence Agency, Post Office Box, Washington, D.C., U.S.A. – und die andere Seite erreicht ihr über ein paar Ecken; die erste Ecke ist der ID.

EIN DEUTSCHER RICHTER IN DEN HAAG

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat jetzt die iranische Regierung zur Freilassung der Geiseln aufgefordert. Die iranische Regierung hatte erklärt, sie werde eine Entscheidung des Gerichts nicht anerkennen, weil die jahrelange Einmischung der USA in die inneren Verhältnisse des Iran nicht zum Gegenstand des Verfahrens gemacht worden war. In diesem Zusammenhang ist es gut zu wissen, was das eigentlich für Leute sind, die da also die obersten Richter der Welt sitzen, welche Staaten und Interessen sie vertreten. Hier soll nur auf einen, den deutschen Richter, eingegangen werden: Prof. Hermann Mosler, zugleich Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg.

Mosler ist im Zusammenhang des aktuellen Verfahrens deshalb interessant, weil er sich bereits im Jahre 1937 zur Frage der gewaltsamen Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten (Intervention) – die nach dem Völkerrecht rechtswidrig ist –, geäußert hat, nämlich in seiner Doktorarbeit unter dem Titel: „Die Intervention im Völkerrecht.“ Es hat darin die Teilnahme nicht-spanischer Kämpfer am spanischen Bürgerkrieg einseitig, nämlich zugunsten der Faschisten, beurteilt; er hat die Eroberung Abessiniens durch die italienischen Faschisten als völkerrechtlich korrekt hingestellt; und schließlich – im vorhinein – den deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei und Polen zu rechtfertigen versucht.

Im spanischen Bürgerkrieg kämpften auf der Seite der Faschisten mit Unterstützung ihrer Regierungen auch Deutsche und Italiener; z.B. die Legion Condor, die 1937 die Stadt Guernica durch Bombenabwürfe zerstörte. Auf der Seite der Antifaschisten kämpften u.a. Leute aus der Sowjetunion.

Auf welcher Seite Mosler – geistig – stand, ist leicht zu klären. Zu der Tatsache, daß sowjetische Soldaten auf Seiten der Antifaschisten kämpften, führt er nämlich aus:

„Zwar tritt die (sowjetische) Regierung in der Regel nicht offiziell hervor, sondern hat sogar anlässlich des spanischen Bürgerkrieges erklärt, die Sowjetunion vertrete den Grundsatz der Nichtintervention, obwohl Wort und Tat selten in krasserem Mißverhältnis gestanden haben mögen.“ (S. 73)

Der Einsatz sowjetischer Kämpfer in Spanien war demnach völkerrechtswidrig. Allgemein kommt Mosler zu dem Schluß, die UdSSR „verneint... die Möglichkeit einer internationalen Rechtsgemeinschaft“ (S. 71). Er redet vom „antivölkerrechtlichen Universalismus des Bolschewismus“ (S. 71) und vom „Rechtsnihilismus“ der UdSSR (S. 72). Mit anderen Worten: Mosler kennzeichnet die Sowjetunion als internationalen outlaw.

Ganz anderes seine Beurteilung der italienischen Faschisten. Obwohl diese ebenfalls Kämpfer nach Spanien entsandt hatten, heißt es bei Mosler dazu:

„Eine besondere, die Einmischung rechtfertigende Interventionslehre ist nicht ausgesprochen, vielmehr im spanischen Bürgerkrieg die Nicht-Intervention grundsätzlich anerkannt worden.“ (S. 75)

Zwar zitiert Mosler Mussolinis Satz: „Innerhalb eines Dezenniums wird Europa faschistisch oder faschisiert sein!“ (S. 75); dieser Satz enthalte aber – so Moslers pfiffige Interpretation – nicht die Behauptung eines Interventionsrechts, sondern lediglich – ganz objektiv – „nur eine Prognose für die Zukunft.“ (S. 75) Allgemein habe sich das faschistische Italien „in die bestehende Völkerrechtsordnung eingegliedert“ (S. 75).

2. Die italienischen Faschisten haben seit 1935 es unternommen, sich ein Imperium zu schaffen: durch Eroberung von Somalia und Libyen, später von Abessinien. Auch der Angriff auf Abessinien ist – so Mosler – nicht völkerrechtswidrig gewesen:

„da er unter der Behauptung erfolgte, es handele sich um einen nicht völkerrechtsfähigen Partner“ (bei Abessinien nämlich) (S. 75, Anm. 32).

Interessant wäre es zu erfahren, ob Mosler heute die Staaten der Dritten Welt, z.B. den Iran, als „nicht völkerrechtsfähige Partner“ ansieht, bzw. Angriffe auf sie, z.B. durch die USA, gegen sie rechtfertigen würde, wenn der Angreifer behaupten würde, es handele sich eben um einen „nicht völkerrechtsfähigen Partner.“

3. Der NS-Staat hat sich Mosler zufolge „in das bestehende Völkerrechtssystem (eingeordnet)“ (S. 79). Er meint jedoch, dies sein nur möglich, wenn

„ein Volk in seiner blutmäßigen Gebundenheit ein organisches Ordnungsprinzip, das auch anderen Völkern zum Aufbau ihres Soziallebens dienen kann, verkörpert“ (S. 78).

Dies enthält, wenn auch unausgesprochen, die Konsequenz, daß es Völker und Staaten gibt, die kein „organisches Ordnungsprinzip“ verkörpern, womit – was immer diese Phrase bedeuten mag – Völker wie die Polen, Russen, Tschechoslowaken gemeint sein dürften, die also dann nicht als völkerrechtlich anerkannt und zum Objekt von Aggressionskriegen gemacht werden dürften.

Eine weitere Rechtfertigung von Aggressionskriegen soll nach Mosler daraus folgen, daß

„die völkische Weltanschauung im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck (sieht) und ... als seinen Zweck die Erhaltung des rassischen Daseins der Menschen (auffaßt)“

– Hitler: Mein Kampf, S. 241;

oder – in Moslers eigenen Worten:

„Das Deutsche Volk ist der Wertmesser für das Recht, das damit einen neuen Maßstab der Orientierung erhält.“ (S. 77)

Daraus leitet Mosler ein Interventionsrecht ab:

„... aus der blutmäßigen Auffassung des Volksbegriffs (folgt) die Verantwortlichkeit für Deutschstämmige auch fremder Staatsangehörigkeit“ (S. 80)

Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit eines „Eintretens für ihre bedrohten Minderheitenrechte“ (S. 80). Im Jahre 1937, als diese Arbeit veröffentlicht wurde, bereitete das NS-Regime den Einfall in die Tschechoslowakei und in Polen, und damit den 2. Weltkrieg, mit eben diesem Argument vor: es gelte, die deutschen Minderheiten vor den slawischen Untermenschen zu schützen.



GEBURT AUFM LAND: ÜBERALL DER GLEICHE KRANKENHAUSWAHN.....

Huglfing, 26. Dezember

Im „Regenbogen“ Nr. 9 und 11 ist diese Schilderung einer Frau erschienen, die ihr erstes Kind im Krankenhaus (auf dem Dorf, bei Wesel am Niederrhein) bekommen hat und sich beim zweiten für eine Hausgeburt entschieden hat (in Grafenwiesen im Bayrischen Wald). Die erste Geburt hatte sie als Hausgeburt geplant, aber der Arzt war dagegen, und so ließ sie's sein. Vor der zweiten hat sie gar nicht vorher mit einem Arzt gesprochen: die Hebamme hatte einen für den Notfall im Sinn, und das reichte ihr aus. Jetzt, vor kurzem, hat sie in der Nachbarschaft von Huglfing selbst bei einer Entbindung geholfen: nur die Schwangere und der Vater des Kindes waren noch dabei, aber weder Hebamme noch Arzt. Tollkühn? „Hier in der Gegend ist keine Hebamme dazu bereit, eine Hausgeburt zu machen! Sie werden alle in hochmodernen Krankenhäusern (Weilheim, Murnau. . .) ausgebildet, sie sind zwar angetan davon, aber sie trauen sich ohne die Apparate nichts mehr zu.“ Und „Wir haben unsere Sicherheit als Frauen verloren. Unsicherheit macht alles kaputt. . . “

Geburt - Krankenhaus oder zu Hause ?

Das erste Mal wurde ich mit dem Problem 1975 konfrontiert. Ich war schwanger und stellte mir eine Hausgeburt vor. Die Schwangerschaft verlief total normal, das Kind lag richtig rum, d. h. es schwamm auf dem Kopf in meinem Schoss. Der Arzt, bei dem ich in Behandlung war, lehnte eine Geburt zu Hause ab. Also ging ich auf die Suche nach einer Hebamme. Ich fand eine Frau ganz in der Nähe, aber auch sie war nicht so begeistert von meinem Vorschlag. Nun denn, die Zeit verstrich, der ausgerechnete Termin war eine Woche vorbei, zwei Wochen, drei Wochen. Ich lief wieder zum Arzt und er schlug eine Einleitung der Geburt vor, ohne eine Ultraschalluntersuchung gemacht zu haben. Nun stand ich da, auf der einen Seite der überschrittene Termin, auf der anderen war ich gegen diese Einleitung aber zu schwach und unsicher. Ich willigte ein, ging ins Krankenhaus und liess mich an einen „Wehentropfer“ hängen. Allerdings ohne den erwarteten Erfolg: Es setzten keine Wehen ein. Heilfroh ging ich wieder nach Hause. Jetzt wollte ich warten, bis das Kind selber den Drang hatte, sich in diese Welt zu stürzen.

... und ließ mir eine Spritze verpassen ...

Ich schlief eine Nacht zu Hause und am nächsten Morgen werde ich wach und stelle fest: Oh Scheisse, die Fruchtblase ist geplatzt, das Fruchtwasser abgegangen. Was tun? Ich fuhr zum Telefon, rief die Hebamme an, Sie meinte, ich solle ins Krankenhaus fahren. Also packte ich meine und des Kindes sieben Sachen und begab mich wieder an diesen, mir nun schon bekannten Ort. Ich wurde in ein Zimmer gelegt und die Hebamme meinte, nun würde es bestimmt bald losgehen. Es wurde Mittag, Nachmittag und Abend, aber ich bekam keine Wehen. Am nächsten Morgen wurde ich wieder an einen „Wehentropf“ gehängt. Mittags spürte ich das erste Ziehen im Unterleib und im Rücken. Gegen Abend schob man mein Bett in den Kreissaal, der war zum Glück sehr klein, ich hatte mir extra ein kleines Krankenhaus ausgesucht. Um 20.16 Uhr trat der Kopf aus und ich Idiotin wurde schwach und liess mir eine Spritze verpassen. Als ich wieder zu mir kam, lag neben mir ein unwahrscheinlich kleines, schönes Menschenkind und schaute mich an. Ich habe es zuerst überhaupt nicht begriffen, dann nahm ich dieses kleine Menschlein in die Arme und fing an zu heulen. Das war nun mein erster Sohn. Der Haken an der Sache war der, er war ca. 3 Wochen zu früh geboren (das hätte man mit einer Ultraschalluntersuchung vorher feststellen können). Ich hatte ihn also total aus seinem warmen, weichen Nest rausgeschmissen. Ohne die erste Einleitung wäre die Fruchtblase nicht geplatzt und es wäre alles ganz anders gelaufen. Das wurde mir allerdings erst später bewusst. Nun war er da, und schon war er wieder weg. Er wurde



ins Säuglingszimmer gebracht und ich in meins, d.h. in das Zimmer, in dem ich halt vorher auch schon gewesen war. Ich konnte die ganze Nacht nicht schlafen, meinte immer, das Baby weinen zu hören, obwohl uns ~~uns~~ drei oder vier Wände trennten. Gegen 5 Uhr schlief ich endlich ein, nachdem mir der Name für ihn eingefallen war.

“... daß ich mein Kind nicht stillen dürfe.....“

Am nächsten Morgen kamen der Arzt und die Stationsschwester und teilten mir mit ganz besorgten und gewichtigen Mienen mit, dass ich mein Kind nicht stillen dürfe, es sei zu klein und zu schwach zum Saugen. Ich lag in meinem Bett, noch ganz eingefangen von dem abendlichen Erlebnis, total unfähig, richtig zu reagieren. Meine einzige Reaktion waren zwei Stunden Tränen und „Mensch, das könnt ihr doch nicht machen, das ist doch mein Kind!“

Ich sollte die Milch abpumpen und er bekam sie dann in einer Flasche zu trinken. Ich ging zwei- oder dreimal am Tag ins Säuglingszimmer und schaute ihn mir an. Er lag in einem Wärmebettchen und war nach Meinung des Arztes zu empfindlich für einen Transport über den Flur in mein Zimmer. Ich gab ihm die Flasche und kam nicht auf die Idee, ihn doch mal versuchsweise an meine Brust zu legen. Ich fühlte mich total entmündigt und diesem Apparat Krankenhaus ausgeliefert. Meine Milch wurde durch das Abpumpen auch nicht mehr. Er bekam Nachts dann schon ALETE-Milch zugefüttert. Nach einer Woche sollte ich entlassen werden, aber das Kind wollten sie dort behalten, um es dick zu füttern.

„Auf eigene Verantwortung.....“

Da kam meine Kraft wieder. Ich bestand darauf, ihn mitzunehmen. Der Arzt riet mir ab mit der Begründung, das Kind sei noch so klein und zart. Die Hebamme war auf meiner Seite. Ich wäre sowieso nicht ohne ihn gegangen, mir hat's gereicht. Er war gesund, nur etwas klein, ansonsten total in Ordnung. Ich musste einen Wisch unterschreiben, dass ich ihn auf eigene Verantwortung mitnahm. Das habe ich gerne ge-

macht. Ich nahm mein Kind und kehrte dem Krankenhaus den Rücken mit dem Schwur: niemals eine Geburt im Krankenhaus!

Der erste Sohn wird nächsten Monat vier Jahre alt und hat sich nach anfänglichen Schwierigkeiten (sehr anfällig, da nicht lang genug Muttermilch) unheimlich gut entwickelt.

„Überrollt vom Krankenhaus“

Nun möchte ich noch darstellen, wie ich heute dazu stehe. Ich habe mir wahnsinnige Vorwürfe ob meiner Unfähigkeit, mich durchzusetzen, gemacht. Ich habe mich geschämt, weil ich so schwach war. In meinem Innersten wußte ich, wie es richtig ist, aber ich fühlte mich total überrollt von diesem Apparat Krankenhaus. Machtlos. Ich habe mich nicht getraut, mit irgendjemand über meine Unfähigkeit zu sprechen, über ein Jahr lang.

Tips fürs Krankenhaus

Nun ein paar kleine Tips und Ratschläge, falls du dich entscheidest oder aus irgendwelchen Gründen entschlossen mußt, doch ins Krankenhaus zu gehen.

Sammle deine ganze Kraft für dich und dein Kind. Lass dich nicht unterpowern. Du hast deine Rechte. Bestehe darauf, dass die Geburt so natürlich wie möglich abläuft. Wenn das Kind geboren ist, lass es dir gleich auf den Bauch legen, noch vor dem Abnabeln. Dort kann es sich erst mal von der anstrengenden Arbeit, die es geleistet hat, erholen. Wenn es dann abgenabelt ist, soll es nur ganz leicht gewaschen werden, damit die Käseschmiere (eine Schicht auf der Haut, Wärmeschutz und Bakterizid) nicht abgeht. Sie ist sehr wichtig für das Kind. Dann leg dein Kind gleich an die Brust und lass es saugen.

Erstens bringt das die Milchbildung in Gang, zweitens ist die Vormilch voll mit Abwehrkräften, und die benötigt so ein kleines Wesen unbedingt.

Dann lass dir das Kind nicht wegnehmen. Nimm es mit in dein Zimmer, am besten in dein Bett. Lass dich nicht einschüchtern von den Damen und Herren in den weißen Kitteln. Du hast deine Rechte.

Dann möchte ich noch auf ein sehr gutes Buch hinweisen. Es heisst „Geburt und Kindheit“ und ist von Wilhelm zur Linden verfaßt (Verlag Klostermann, Frankfurt, 10. Auflage 1978). Es ist zwar sehr teuer (39 Mark), aber das Beste, was ich kenne.

Zwei Jahre später: Hausgeburt

... also, nun fast zwei Jahre später. Es waren noch ca. sechs Wochen bis zum Geburtstermin, als wir in ein neues Haus einzogen. Ich bemühte mich um eine Hebamme und hatte gleich Glück. Bei der ersten Telefonnummer, die ich gewählt hatte, meldete sich eine nette Frau. Nachdem ich ihr gesagt hatte, ich würde gerne eine Hausgeburt machen, war sie gleich einverstanden und erklärte sich bereit zu kommen, wenn es soweit wäre. Also richtete ich in Ruhe mein Zimmer für die Geburt her. Der Termin rückte immer näher. Als dieser ersehnte Tag verstrich, ohne daß sich etwas Wehenähnliches bemerkbar machte, sagte ich zu mir, „so, nun heißt es wieder warten.“ Diesmal wurde meine Geduld kaum strapaziert.: fünf Tage nach dem ausgerechneten Termin wachte ich morgens sehr früh auf und spürte regelmäßig leichte Wehen. Es war noch nichts Schlimmes, aber als sie sich alle fünf Minuten wiederholten, riefen wir die Hebamme. Gegen halb acht erschien sie mit ihrem Kofferchen und machte sich gleich ans Werk. Sie untersuchte mich und stellte fest, daß der Muttermund erst zu einer markstückgroßen Öffnung geweitet wäre und daß es wohl noch eine ganze Weile dauern würde. Sie fuhr dann ins Krankenhaus, um dort ihre Wöchnerinnen zu versorgen. Als sie wiederkam, war es wohl kurz vor elf Uhr und der Muttermund hatte sich noch nicht weiter geöffnet. Sie fuhr also noch mal zum Essen nach Hause. Mir war das sehr recht, denn im Moment konnte sie ja doch nichts machen und so waren mein Mann und ich wieder ungestört. Ich kann euch gar nicht beschreiben, wie froh ich war, daß es diesmal wohl doch alles so laufen würde, wie ich mir das schon beim ersten Kind vorgestellt hatte.

Eine gemütliche Hebamme und ein komisches Menschlein

Nun konnte ich die Atmungs- und Entspannungsübungen endlich in der Praxis anwenden. Langsam wurden die Wehen auch immer häufiger und heftiger. Der einzige Gedanke, der die ganze Zeit in meinem Kopf arbeitete, war der: Entspannen, entspannen, alles entspannen. Es ist mir dann auch ganz gut gelungen.

Gegen zwei Uhr mittags ließ ich nochmal die Hebamme rufen. Sie war eine ganz gemütliche rundliche ältere Frau und hatte die Ruhe weg.



Die Bilder sind aus der Kölner Stadt-Revue, Oktober 1979, wo ebenfalls ein sehr lesenswerter Artikel über Hausgeburt drinsteht (Anschrift: Zugweg 10, 5000 Köln 1)

Nachdem sie mit einem Finger ganz vorsichtig getastet hatte, stellte sie fest: „Gut hast du gearbeitet, jetzt dauert es nicht mehr lange.“

Ich dachte, sie wolle mich auf den Arm nehmen. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß das Kind, das da neuen Monate in mir gewachsen ist, jetzt so schnell in die Welt entlassen würde. Doch die Frau mit der Erfahrung sollte Recht behalten. Die Wegen gingen über in Presswehen. Jetzt konnte ich aktiv mitarbeiten und meine ganze Kraft ins Pressen legen, das tat sehr wohl. Ich kam dabei schon ordentlich ins Schwitzen. Als der Kopf des Kindes in der Scheide war, veränderte sich meine Wahrnehmung erheblich. Die Optik und auch die Geräusche um mich herum wurden undeutlich. Dann kam die nächste Wehe, und dann noch eine und da lag der zweite Sohn zwischen meinen Beinen und tat einen energischen Schrei. Ich fiel in meine Kissen zurück und murmelte dauernd: Oh, war das schön! Mensch, das war schön! Dann schaute ich mir dieses neue Menschlein an und staunte: Es sah wirklich zu komisch aus. Der Kopf hatte sich ziemlich verformt und die Hände und Füße waren viel zu groß im Verhältnis zum Körper.

Schön fand ich ihn trotzdem. Als er abgenabelt war, legte ich ihn an meine Brust und er fing gleich wie verrückt an zu saugen. Das war ein herrliches Gefühl. Währenddessen bahnte sich auch die Nachgeburt den Weg nach draußen. Als der kleine Sohn genug getrunken hatte, wurde er leicht gewaschen, gewogen und gemessen. Als er gerade angezogen war, wachte der „große“ Bruder von seinem Mittagsschlaf auf, kam ins Zimmer reingelaufen und bestaunte seinen neuen Bruder mit vielen Uis und Eis. Die Hebamme ließ ihn gerne gewähren. Sie versorgte mich noch mit einem sauberen Bettlaken, wusch mich und verabschiedete sich und ging.

Nun war die kleine Familie um einen neuen Mensch bereichert worden. Ich habe mich in meinem ganzen Leben noch nie so wohl und glücklich gefühlt wie an diesem Tag.

Den zweiten Sohn habe ich über ein halbes Jahr gestillt und er ist dem Säuglingsalter problemlos entwachsen. Bis auf einen Schnupfen oder vielleicht auch zwei, war er noch nie krank. Aber so ist es, die Zeit rennt, heute ist er auch schon zwei Jahre alt und ein drittes Kind hat sich bis jetzt noch nicht angemeldet.

Das war's für heute. Eine Fortsetzung dieser Geburtsberichte ist meinerseits nicht möglich. Da sollen sich mal andere Leute die Finger wund schreiben.

Macht's gut. Renate

Kontakt: Renate Wolf, Resthofer Str. 26, 8125 Huglfing. Und zum „Regenbogen“, der zwar Schluß gemacht hat, aber von dem doch – vielleicht – wieder eine Zeitungsinitiative ausgehen soll: Bachstr. 15, 8125 Huglfing, Tel.: 08802/82 82

ÖKOLOGIE – FILME NACH MÜNCHEN !

München *Das Werkstattkino in München ist schon 3. Dezember 1979 eine besondere Einrichtung - zum Beispiel hat es dieser 'festgefahrenen und tragen*

Stadt' in einer großen Filmreihe 1979 das sechzigste Gedenkjahr der Münchner Räterepublik vor Augen geführt. Jetzt appelliert es an alle, die in der ökologischen Bewegungen von Brokdorf bis Wyhl und von Autobahnen bis Stolzenberg Filme gemacht haben:

Wir veranstalten voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar eine umfangreiche Filmreihe zum Thema Umwelt. In diesem Rahmen wollen wir möglichst alle derzeit verfügbaren Filme (35 mm, 16 mm, 8 mm), Video-Tapes und Tonbildschauen in einer Broschüre zusammenstellen und einen Teil davon in einer dreitägigen Informationsschau zeigen.

Wir wollen damit allen Leuten, Gruppen und Bürgerinitiativen, die Veranstaltungen zu Umweltthemen planen, einen Überblick über das derzeit erhältliche Film- und Bildmaterial geben.

Damit die Broschüre möglichst vollständig, genau und gut wird, brauchen wir eure Hilfe: Schickt uns von Filmen, Videos etc., die nicht von Verleihern wie Zentralfilm, Neue Welt, if oder mpz vertrieben werden, möglichst genaue Informationen (Format, Länge, Inhalt, Kontaktadresse).

Neben AKW-Filmen sind besonders wichtig: Spielfilme, Berichte über Umweltzerstörung, Vernichtung unseres Lebensraumes im weitesten Sinn, über Widerstand dagegen und Alternativen.

Werkstattkino, Fraunhoferstr. 9, 8000 München 5, Tel.: 089/522882 (Konrad und Wolfgang)



INITIATIVE FÜR EIN ANTI-KRIEGS-MUSEUM UND EINER INTERNATIONALEN FREILANDKOMMUNE

WIEN

18. Dezember

In Wien gibt es seit Jahren eine kleine Gruppe unabhängiger, undogmatischer Sozialisten, die mit wechselndem, meist geringem Erfolg

an unterschiedlichen Projekten arbeiten; so z.B. ein Unterstützungskomitee für internationale Befreiungsbewegungen; eine Anti-Nixon-Demonstration anlässlich dessen Besuchs in Österreich und Hausbesetzungen. Dies gehört allerdings bereits der Vergangenheit an.

Die Gruppe hat nun eine Initiative begonnen, welche auf lange Sicht vielversprechender ist als die bisherigen Aktivitäten: nämlich den Aufbau eines Anti-Kriegs-Museums und einer internationalen Freilandkommune.

Die Hauptaufgabe des Anti-Kriegs-Museums soll darin liegen, mit dem Engagement der Bevölkerung einen Beitrag zum Frieden zu leisten. Durch eine umfassende historische und aktuelle Dokumentation sowie durch Organisation von Ausstellungen in Österreich und darüber hinaus, soll ein breiteres Publikum angesprochen werden. Ebenso soll eine reichhaltige Bibliothek, ein Archiv und ein Film-Verleih zum Thema eingerichtet werden.

Damit das ganze nun nicht in laienhafter Bedeutungslosigkeit versinkt, wird dem Trägerverein des Museums ein wissenschaftlicher Leiter angehören (aber nicht vorangestellt).

Die erwähnte internationale Freilandkommune wird als praktisches Beispiel friedlichen Zusammenlebens aufgebaut und Anschluß an das erste Projekt finden. Einen Lebensraum („freistaatliches Territorium“) hat die Kommune bislang nicht gefunden. Zu beiden Projekten steht bereits ein wichtiger Punkt fest: bei dem Anti-Kriegs-Museum und der internationalen Freilandkommune sollen und dürfen nationale, parteipolitische und konfessionelle Ziele keine Rolle spielen.

Das Initiativkomitee sucht, vorwiegend in Europa, noch interessierte Mitarbeiter und Organisationen, die an einer Mit- und Zusammenarbeit teilnehmen wollen. Momentan wird die Kontaktaufnahme in den Benelux-Staaten, Frankreich und Großbritannien durch die Initiativkomitees in der Bundesrepublik (Michael Huffer, Kreuzbergstr. 93, 6630 Saarlouis 3) und in Luxemburg (Joseph Paschon, B.P. 208, L — Luxembourg) durchgeführt.

Für jede ernstgemeinte Mitarbeit sind die Initiatoren dankbar!

Kontakt: Jens Gehret, Postbus 11097, NL 1001 GB Amsterdam

Rudi Dutschke ist tot



Rudi Dutschke ist tot, erzählten mir am 25. Dezember einige Freunde und Bekannte. Obwohl wir Rudi Dutschke nie gekannt, gesehen, geschweige je gesprochen haben, hatten wir ein Gefühl der Trauer. Wir, das sind 18 - 23jährige, Rudi Dutschke war für uns nur noch ein Mythos, ein Mensch, der zwar irgendwie auch auf unser Leben Einfluß genommen hatte. Der mitverantwortlich war für unsere Revolte in Elternhaus und Schule Anfang bis Mitte der siebziger Jahre, aber im Grunde kannten wir ihn und seine Geschichte nicht. Seine theoretischen Überlegungen waren so weit von uns weg wie sein Buch „Lenin auf die Füße. . .“ (oder so ähnlich), das haben wir höchstens vielleicht mal durchgeblättert.

Der Tod von Rudi Dutschke teilt uns.

Teilt uns in diejenigen, die ihn noch kannten und erlebten, sei es persönlich oder sei es als Hinterbänkler bei den damali-

gen unzähligen Teach-Ins 1968. Ja damaligen, denn heute treibt uns nicht mehr viel auf die Straße. Unsere deutsche Innerlichkeit pflegen wir zuhause. Heute hatte uns Rudi Dutschke mit seinen grün/sozialistischen Parteiengerangel auch nicht mehr viel zu sagen.

Vielleicht sollte man nicht so über einen Toten reden und schreiben, aber vielleicht sollten wir uns auch angesichts Rudi Dutschkes Tod mal klarwerden, was Begriffe wie Menschenrechte, demokratischer Kommunismus und Solidarität, die Rudi D. oft gebraucht und auf seine Weise gelebt hat, noch bedeuten. Von dieser „konkreten Utopie“, die wir heute oft nicht mehr besitzen, sollten wir versuchen, auf unsere Weise etwas zurückzuerobern, sonst wird der Satz noch Realität: „Vor den Vätern sterben die Söhne.“

Waldemar/ID



Die einen helfen - die anderen krakeelen

Randalisiert - des
Krawalles wegen

Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!

Ein Volk von Krawallmachern?

Schluß mit Terror und Krawall

Wir fordern
den sofortigen
Rücktritt
des
REKTORS

NOTSTANDS
Geistesführer 1933 zum Faschismus
NIE WIEDER!

Ho Chi Minh
SIEGT!

ENTEIGNET SPRINGER

Es hat
keinen Zweck
Schulz
muß weg

AMI
RAUS
AUS
VIET NAM

*Weniger Sturfighter
vom Himmel —
mehr Hörsäle und
Institute auf Erden*



Ausgebrannte Springer-Autos in Berlin
„Wir werden auch weiterhin

SDS-Plakate: MÜßiggang oder langer March?

**„Jetzt wird
aufgeräumt!“**

Das war den Berlinern zuviel!

„Konkret“-Kolumnistin Ulrike Meinhoff am
13. April:

Wenn ein Lastauto mit Springer-
Zeitungen angesteckt wird, ist das
Brandstiftung. Wenn alle Springer-
Autos brennen, dann ist das eine poli-
tische Aktion...



Im St
Demo
zen e
verlat



Ausgebrannte Fahrzeuge des Springer-Konzerns im Fuhrpark des Verlags in der Berliner Kochstraße. Demonstranten haben sie angezündet; auch der Fahrzeug-Unterstand fing Feuer. Festgenommene Demonstranten werden auf der Polizei-Inspektion Pankstraße nach Waffen durchsucht (r.). Einem von ihnen gelingt es, die an der Wand stehenden Arrestierten zu photographieren.



Berlin wird ihnen eine Antwort geben!



Während der Wasserwerfer schwenken Demonstranten rote Fahnen (l.); sie setzen sich selbst außer Gefecht und besetzen die Besatzung mit Kanthölzern.



Was tut Bonn gegen Meinungs-Terror?

Die Polizei schlägt zu. Der Knüppel trifft Demonstranten wie Passanten. Mehr als 200 Personen und 54 Polizisten werden während des fünftägigen Aufruhrs verletzt.

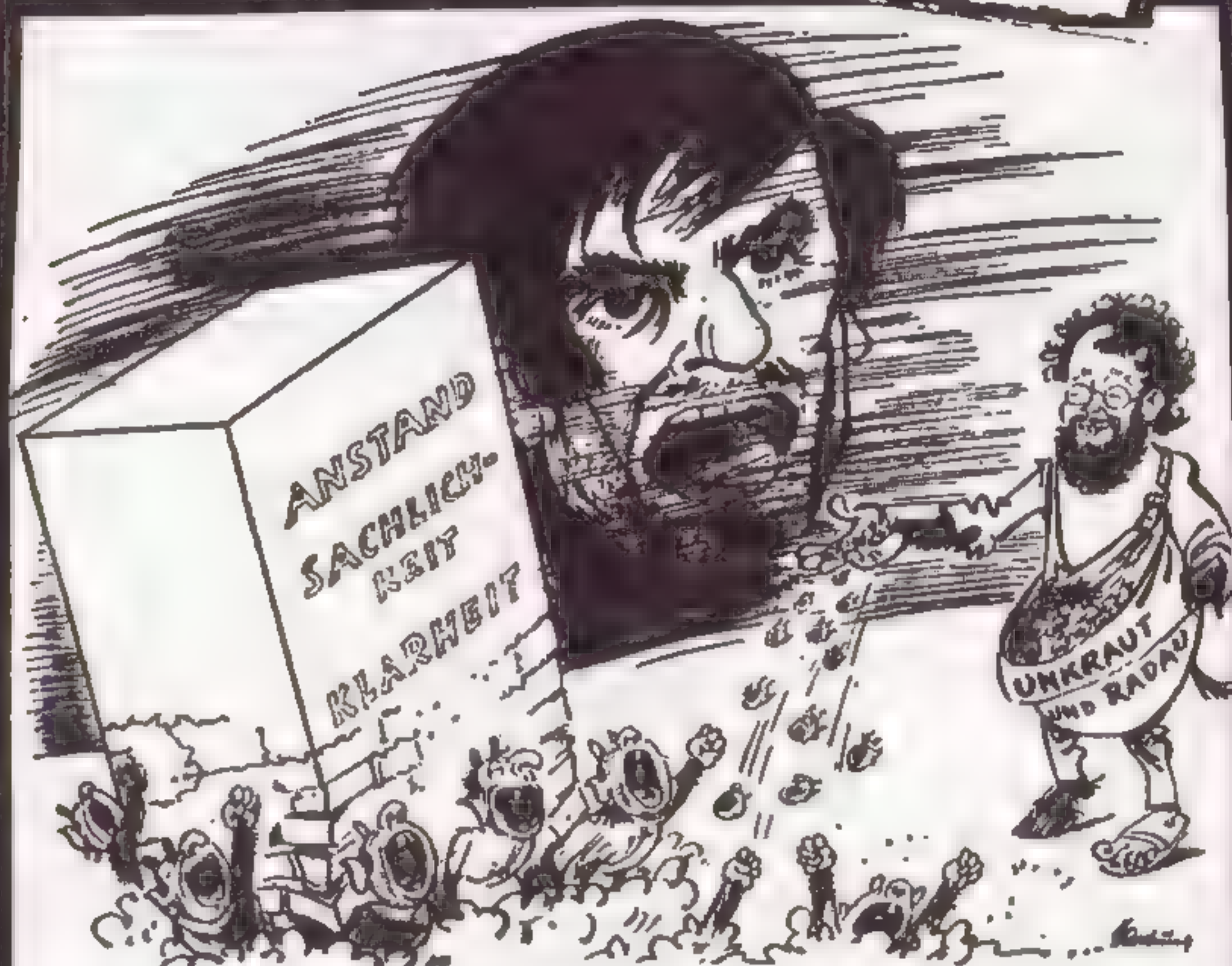


„Wenn ihr euch bloß richtig sehen würdet, Leute!“

BZ

**Studenten drohen:
Wir schießen zurück**

**Tausche
Zehn Studenten
für
einen kleinen
Flüchtling**



Die Welt

Die Teufelssaat entwickelt sich



„Darf ich zum Fußballspiel gehen
— oder randalieren Sie dort auch?“

Der Lehrer der Berliner Proven' verurteilt das Treiben der Roten Garden
**Dutschke dreht
an einem
dollen Ding...**



„Jetzt wird ein Abfluß gebaut,
bevor's 'ne Überschwemmung gibt“

Anti-Studentenkundgebung am 19. Februar 1968 in Berlin. Auf dieser vom Senat einberufenen Gegen-demonstration kamen Vorurteile gegen die Studenten deutlich zum Ausdruck — wie das Foto zeigt. Sie äußern sich oft in der Ansicht, Studenten lebten auf Staatskosten und müßten deshalb den Mund halten



Oster-Spaziergang

Berliner Stadtreinigung

Unruhestifter unter Studenten ausmerzen

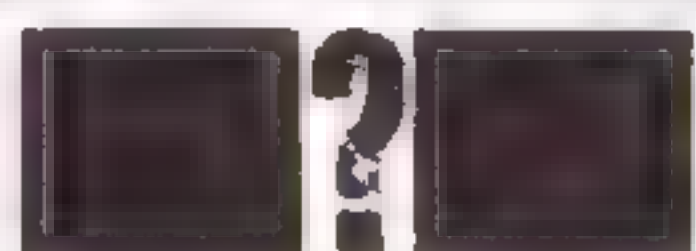
Ist das Demonstration?
Ist das Picknicking?

MÖRDER



JULIUS STREICHER

hetzte in seiner Zeitung „Der Stürmer“ zum Judenmord. Er wurde dafür zum Tode verurteilt.

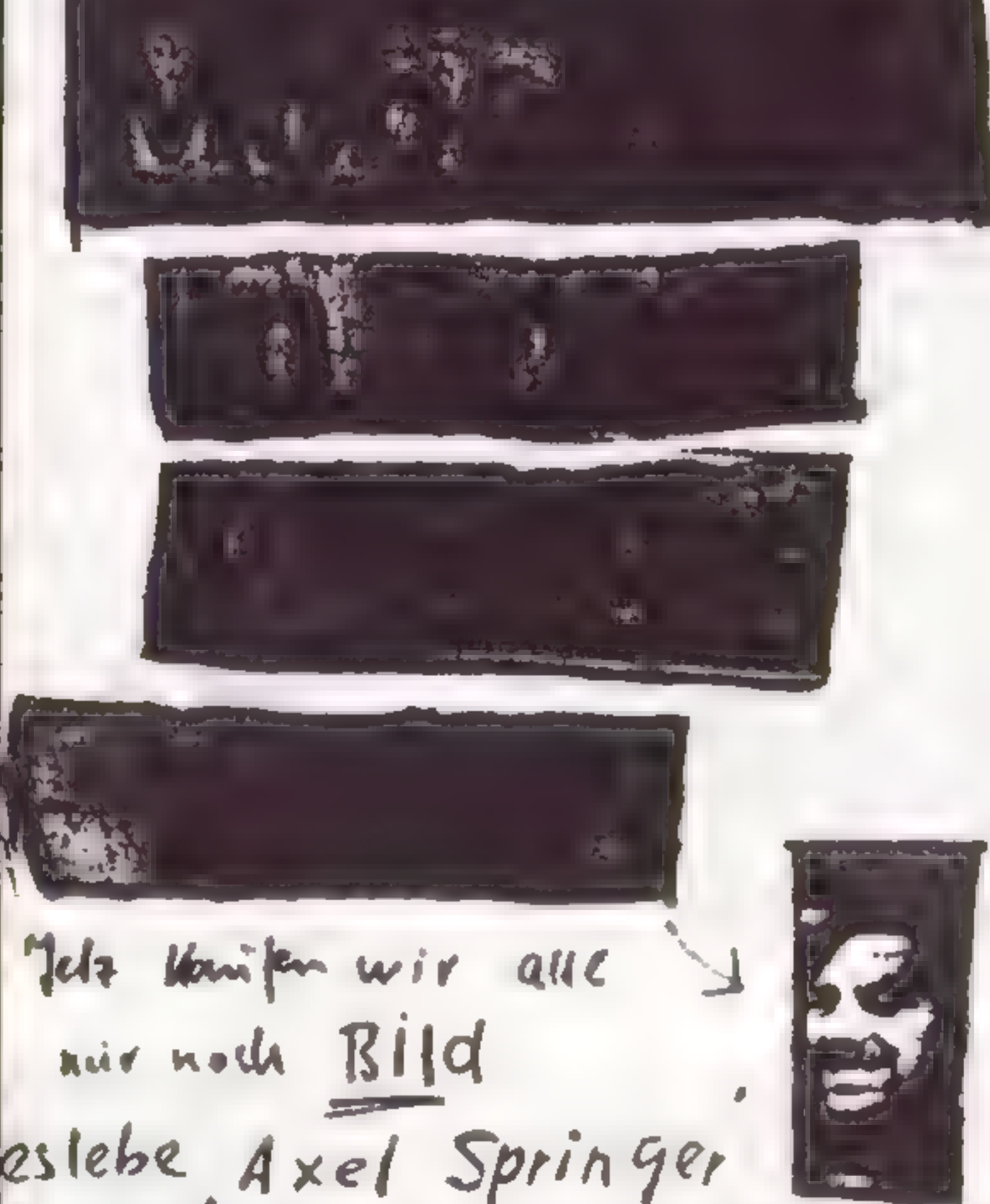


AXEL C. SPRINGER

hetzt zum Studenten-
mord. Er wurde bisher
nicht verurteilt
und hetzt und
hetzt und hetzt. ...

Anti-Springer-Flugblatt

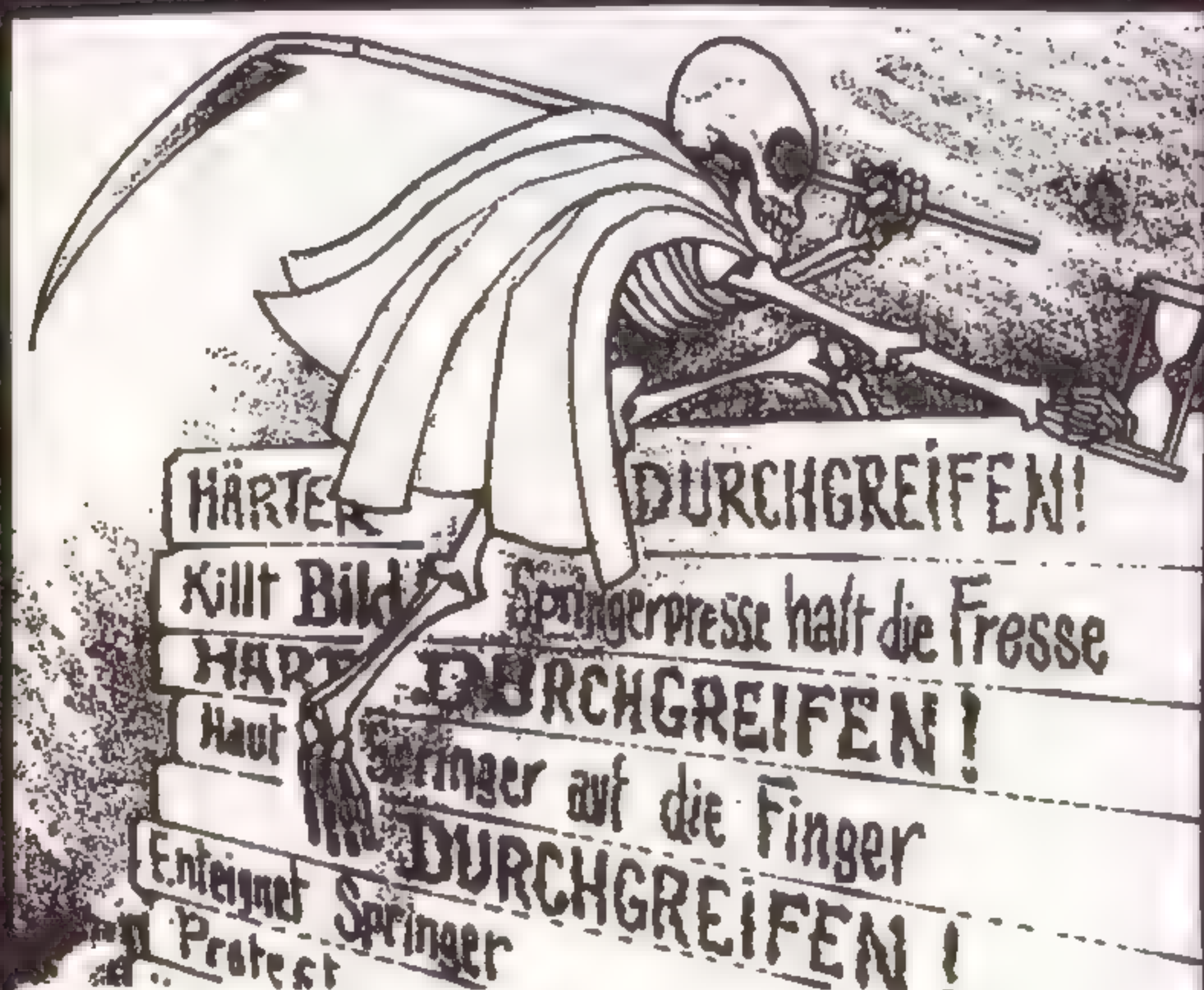
Ist das Demonstration?
Ist das Diskussion?



Anonyme Zuschriften: „Eines Tages schlägt man Dich sowieso tot“

Lincoln Rindolf.

Laß auf!
 Das müßte Wohl
 mir'st du nicht
 weis'n in Teitel
 geführt, sondern
 ihm u. Fung
 weis'st weis'n.
 Fung



Industriekurier

Die Eskalation



Tatort des Anschlags auf Deutsche: „Ihr müßt diese Typen sehen ...“

TERROR VON RECHTS: DER KU KLUX KLAN

MADISON (Wisconsin, USA), 19. November 1979

Ein deutscher Genosse, der zur Zeit in den USA lebt, schickte uns diesen Bericht:

DER KLAN WÄCHST UND SCHIESST

Mit der gestiegenen politischen und ökonomischen Unsicherheit in den USA scheint eine Organisation der Rechten besonders an Stärke zu gewinnen: der Ku Klux Klan, kurz Klan genannt. Waren es früher Juden, Katholiken und Neger, die die „law-and-order“-Weltansicht des Klan bedrohten, so hat er sich in den letzten Jahren wieder verstärkt auf Schwarze eingeschossen. Und das ist im wahrsten Sinne des Wortes zu verstehen. Einige Beispiele:

— In Carbon Hill, Alabama, wurde ein Klan-Mann verhaftet, der einen Schwarzen angeschossen hatte, als dieser eine Straßensperre des Klan passierte. Zweck der Straßensperre war das Sammeln von Geldmitteln für diese Organisation.

— Ein schwarzes Ehepaar aus New Market, Alabama, berichtete im Frühjahr, daß der Klan sein Haus umzingelt und über das Dach geschossen habe.

— Im Juni dieses Jahres gab es mehrere Schußverletzte, als Klan-Mitglieder, Polizeikräfte und schwarze Bürgerrechtskräfte zusammenstießen.

— Im April verhaftete das FBI (Federal Bureau of Investigation = Bundespolizei) 21 Männer in der Gegend von Childersburg-Sylacauga, Alabama. Die meisten werden verdächtigt, Klan-Leute zu sein. Ihnen wird vorgeworfen, die Häuser führender schwarzer Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung und die Häuser zweier gemischtrassiger Ehepaare beschossen sowie einen FBI-Mann angegriffen zu haben.

— Die bislang spektakulärste Klan-Aktion der letzten Zeit ist die Ermordung von 5 Demonstranten in Greensboro, North Carolina. Als sich die gerade neu gegründete „Communist Workers Party“ (CWP) auf einen Marsch gegen den Klan durch die Stadt vorbereitete, fuhr ein Auto in die Gruppe. Die Rufe „Tod dem Klan“ beantworteten die Klan-Mitglieder mit einer

minutenlangen Schießerei. Sie kostete 5 Menschen das Leben, zahlreiche Demonstranten wurden verletzt, einige schwer. Die Toten gehören alle zu den führenden Mitgliedern dieser kommunistischen Partei. Sie waren außerdem als aktive Gewerkschafter bekannt. Die Polizei, die sich von den Autos der Klan-Mitglieder getrennt hatte, bevor diese auf die CWP-Versammlung stießen, verhaftete 14 Personen. 12 wurden des Mordes angeklagt, 2 der Verschwörung. Zu den Angeklagten gehört auch ein Mitglied der „Sturmtruppen“, des paramilitärischen Arms der nationalsozialistischen Partei der USA.

Viele Beobachter nehmen an, daß die Klan-Aktion systematisch vorbereitet wurde. So mußte der Polizeipräsident von Greensboro am 7. November zugeben, daß 2 Tage vor der Antiklan-Demonstration eine Kopie der Demonstrationserlaubnis einschließlich der genauen Ortsangaben an einen Mann weitergegeben wurde, der sich selbst als Klan-Mitglied auswies. Einige Beobachter verdächtigen die Polizei der Komplizenschaft. Die Geschichte der Rassenkämpfe in den USA rückt diese Verdächtigung zumindest in den Bereich der Möglichkeit.

DER KLAN FLANKIERT DIE ETABLIERTE RECHTE

Kritik innerhalb der Linken ist aber auch an den Aktionen der CWP geübt worden, deren unvorsichtiger Verbalradikalismus die Aktion des Klan provoziert haben mag. Diese Kritiker argumentieren, daß diese Aktion lediglich die sich sammelnde rechte „law-and-order“-Bewegung um den Senator von North Carolina, Jesse Helms, stärken oder zumindest die Aufmerksamkeit von dieser Bewegung fortnehmen wird, die entschieden mächtiger ist als der Klan. Unterstützung finden diese Kritiker durch eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung der „Antidefamation League“, einer Bürgerrechtsorganisation, die zu dem Schluß kommt, daß trotz der Mitgliedsgewinne, sich erweiternder Unterstützung durch Teile der Bevölkerung und trotz der Zunahme der Gewalttaten, besonders im Süden, der Ku Klux Klan keine akute Bedrohung der US-amerikanischen Gesellschaft darstelle. Aber selbst wenn das eine richtige Einschätzung ist, so bleibt doch das sich wandelnde politische Klima zu konstatieren, das sowohl breite rechte Bewegungen stärkt als auch kleine geheimbündlerische Gruppen wie den

Fotos von
Lafayette
County:
Michael
Abramson,
Liberation
News
Service



Klan, dessen Ziel die Aufrechterhaltung weißer Vorherrschaft mit Gewalt und Terror ist. Dieses Klima macht eben den Klan wieder salonfähiger. So konstatiert Steve Suits, Direktor des „Southern Regional Council“, einer Bürgerrechts-Forschungsorganisation: „Ich glaube, der machtvollste Faktor ist das politische Klima verbunden mit Gleichgültigkeit von offizieller Seite. Es erlaubt dem Klan zu tun, was er heute im Süden tut. Die Behörden schenken den Gewalttaten keine Aufmerksamkeit, die doch eigentlich jede Anklage verdienen. Das passiert eben, weil kein Ausgleich zwischen Schwarz und Weiß passiert ist.“ (Zitiert nach ‚In These Times‘, 6. - 12. Juni 1979).

Der Klan wächst in diesem Klima rassistischer Gegensätze und er wächst trotz seiner Spaltung in drei Hauptgruppen: die ‚United Klans of America‘, geführt von Robert Shelton, das ‚Invisible Empire‘ von Bill Wilkinson und die ‚Knights of the Ku Klux Klan‘, deren führender Kopf David Duke ist. Die „Antidefamation League“ schätzt die Mitgliedschaft der drei Gruppen heute auf 10 000 Mitglieder und nimmt ca. 100 000 Sympathisanten an. Seinen Zuwachs dürfte der Klan

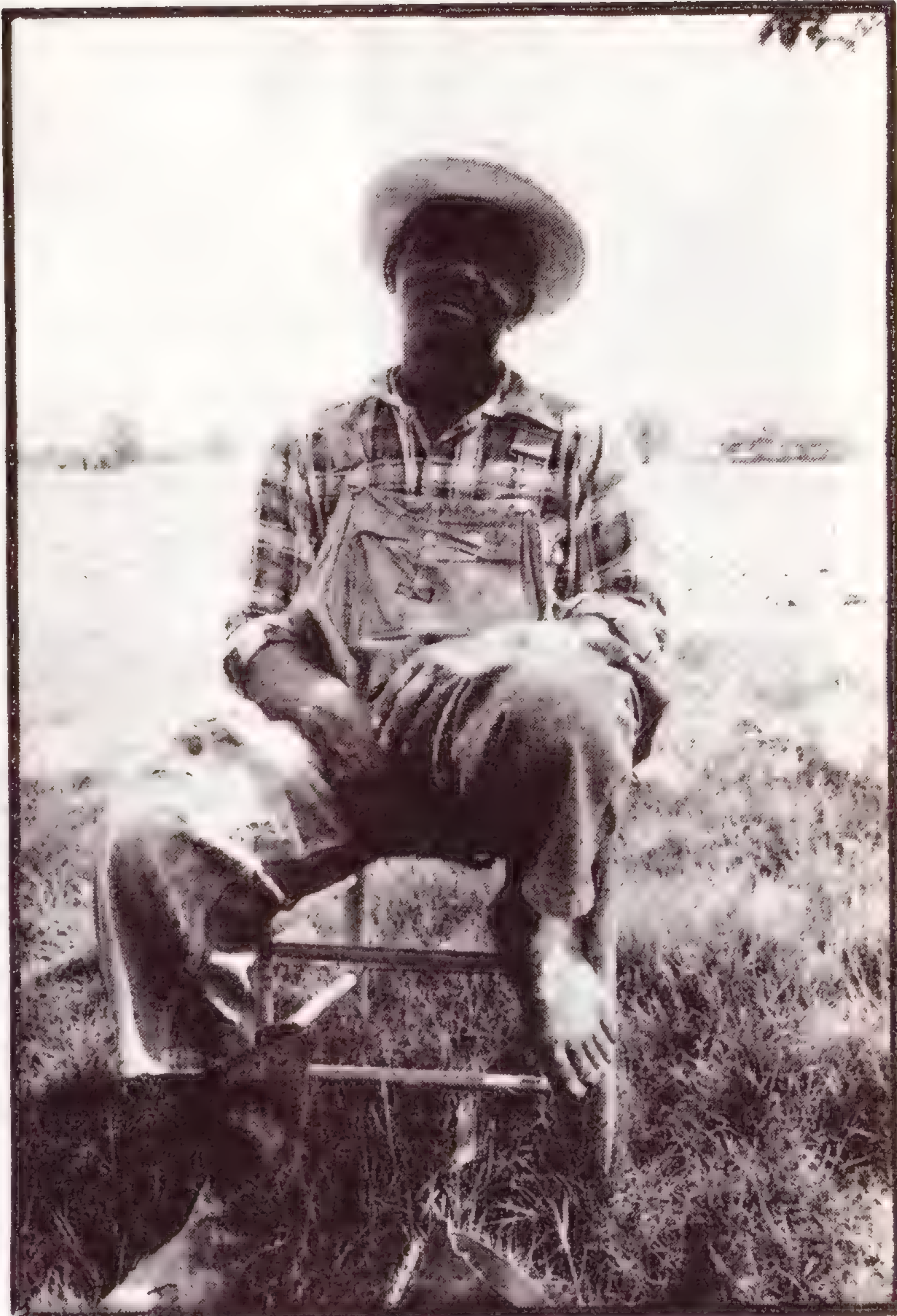
vor allem im Süden gewonnen haben. Auffällig ist dabei, daß besonders viele junge Weiße sich dem Klan anschließen. Nur ein Viertel der Mitglieder ist älter als dreißig Jahre und nur ein Fünftel war schon in den sechziger Jahren im Klan aktiv. Diese jungen Weißen sind auch die Hauptrepräsentanten einer klaren Gewaltstrategie. Im Gegensatz zum Norden ist der Klan im Süden weniger isoliert und findet größere Unterstützung in den Gemeinden, insbesondere in kleinen und mittleren Städten. Die Untersuchung stellt auch fest, daß der Mitgliederzuwachs und die gestiegene Unterstützungsbereitschaft besonders durch die Kontroversen um gleiche Einstellungspraktiken für Schwarze und Weiße und durch die rassische Mischung der Schüler durch ‚busing‘ (Bustransport in andere Stadtteile) gefördert worden ist. Was wiederum auf die tiefe rassische Spaltung der US-amerikanischen Gesellschaft verweist. Denn beide Aktionen beabsichtigen einen Abbau materieller, die weiße Vorherrschaft stützender Faktoren.

Mitgliederkampagnen des Klan in letzter Zeit zielten vor allem auf Armeeangehörige und Schüler. Unter den Schülern haben die Kluxer zahlreiche „Klan-Imitatoren“ gefunden, übrigens auch im Norden. Sie werden für Hakenkreuzmale-reien, Kreuzverbrennungen und ähnliche rituelle Aktionen der Rechten verantwortlich gemacht. Ob und wie weit dem Klan ein Einbruch in die Armee gelungen ist, darüber gibt der Bericht keine Auskunft.

Verwunderlich wäre ein solcher Einbruch nicht, denn das Aufblühen des Klimas des Klans ist eingebettet in eine breite rechte Bewegung. Gruppen wie der Klan oder die John Birch Society sind nur die Spitze eines Eisbergs. Die rechte Bewegung selbst reicht weit in die etablierten Parteien und Gewerkschaften hinein.

Mit seinen Aktionen gegen Schwarze, seinen Angriffen auf Juden, seinem Terror gegen aktive schwarze Gewerkschafter bewegt sich der Klan durchaus im Hauptstrom dieser Bewegung, wenn ihn auch seine Gewaltstrategie und manche rassistischen Ideologie-Stücke von ihr unterscheiden.

Kontakt: Eckhard J. Dittrich, 5422 Lake Mendota Drive, Madison, Wisconsin 53 705, USA.



STREIK IN ATOMANLAGE

Portsmouth (Ohio, USA), 20. November 1979

Seit dem 6. Mai streiken ca. 1500 Arbeiter einer Urananreicherungsanlage in Ohio. Sie haben die volle Unterstützung ihrer Gewerkschaft, der „Oil, Chemical and Atomic Workers Union“ (OCAW). Der Streik richtet sich gegen die schlechten Sicherheitsbestimmungen in der Anlage, die angereichertes Material für Atomkraftwerke und Atomwaffen produziert. Eigentümer der Anlage ist die Regierung, betrieben wird sie jedoch von dem Multi Goodyear.

Seit Beginn des Streiks führt unqualifiziertes Personal die Operationen der Anlage fort. Dieses Personal ist vom Energieministerium angestellt worden.

Der Streik hat auch zu einer neuen Koalition von Gewerkschaften und Friedensgruppen, der „Portsmouth Strike Support Group“, geführt. Die Koalition kritisiert das Energieministerium auf das schärfste, insbesondere wegen der großen Gefahr für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit, die durch die Fortführung der Anlage mit unqualifiziertem Personal entstanden ist. Sie verlangt eine Schließung der Anlage während des Streiks.

Wegen der intensiven Unterstützung durch die Koalition und der starren Haltung der Regierung ist ein Ende des jetzt sechsmonatigen Streiks nicht abzusehen.

Kontaktadresse: Eckhard Dittrich, 5422 Lake Mendota Drive, Madison, Wisconsin 53 705, USA.

CSSR

Die folgenden Berichte (entnommen aus: *NEUES FORUM*, *Wien*, *TELL*, *Zürich* und *P. RILACH PRESS*) geben einen Überblick von der Entstehung der Dissidenten-Bewegung CHARTA 77 und über den politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der CSSR.

Interessant sind in diesem Zusammenhang nicht nur analoge Verfahrensweisen in den kapitalistischen Ländern (Hochsicherheitstrakte, Isolierung, psychiatrische Anstalten, Behandlung mit Psychopharmaka), sondern, wie auch in der CSSR politisch Andersdenkende und handelnde als geisteskrank eingestuft werden, um mit Hilfe der Wissenschaft Psychiatrie und mit Psychopharmaka wieder "normalisiert", zu werden (ruhiggestellt -- abgestellt). Zum Unterschied zur UdSSR, in der unliebsame "Elemente" als schizophren diagnostiziert werden und in psychiatrischen Kliniken "behandelt" werden, bemüht

sich die CSSR-Psychiatrie, diese unter "Verfolgungswahn leidenden" ("Paranoia querulans et persecutiva") Personen als notorische Querulanten abzustempeln und setzt ebenfalls Psychopharmaka ein. Nicht nur politische Dissidenten sind davon betroffen, sondern wie der Bericht über Navratil zeigt, einfache Leute, die sich in ihrem Lebensbereich zu wehren beginnen.

Nicht erwähnt sind die subtilen Repressionen, die von der sozialen Statusvernichtung bis hin zum Zerschlagen des Individuums gesteuert werden können: Verlust des Arbeitsplatzes, gezielte Drohungen gegenüber Freunden und Bekannten mit der Absicht, den Dissidenten zu isolieren, Verbot, seine Kinder auf eine höhere Schule zu schicken, Kündigung der Wohnung, Verlust des Führerscheins, Arbeitslager (Uranbergbau mit ständiger radioaktiver Bestrahlung) usw.

Während sich ein Großteil der deutschen Linken noch die Köpfe über realen Sozialismus oder sozialistischen (?) Realismus (wie man will) zerbrechen, sei hier die Frage erlaubt, ob die cleany eighties nicht schon längst in der CSSR begonnen haben...

DON CAMILLO/ID

DER STAAT ALS TERRORIST

Die Frau betrat den Hausflur. Der rechte Haustorflügel stand wie immer offen, es brannte kein Licht. Als sie den Lichtknopf links drücken wollte, prallte sie zurück: Hinter dem linken Haustorflügel stand ein großer, dunkler Mann mit konturloser Fratze, Nylonstrumpf überm Gesicht. „Ich glaube, ich fing an zu schreien. Der Mann sprang auf mich zu. Ich rannte auf die Straße, wurde gepackt, zu Boden gerissen, mehrmals mit dem Kopf auf das Pflaster geschlagen. Der Mann muß dann aufgestanden und weggerannt sein.“

Diese Krimiszene spielte sich am Abend des 5. Juni 1979 in der Prager Keramickastraße 3 im Stadtteil Letna ab. Das Opfer war *Zdena Tominova*, Sprecherin der Charta 77. Sie trug eine Gehirnerschütterung davon. Ihr Mann, der Philosoph *Julius Tomin*, schrieb am nächsten Tag einen Brief an Staats- und Parteichef *Husak*: „Herr Präsident, sollte es Mord sein?“

Als Tomin am 5. Oktober in Nordböhmen jungen Leuten einen Vortrag über „Geistige und manuelle Arbeit“ halten wollte, wurde er von der Polizei festgenommen, die ihn in eine psychiatrische Klinik bei Prag brachte. Die Ärzte konnten an seinen philosophischen Ansichten keine Geisteskrankheit entdecken und ließen ihn nach zwei Tagen wieder frei.

Dem Musikkritiker *Ivan Medek*, der dem katholischen Flügel der Charta 77 angehört und jetzt im Exil in Österreich lebt, geschah im Mai 1978 folgendes: Auf dem Weg von der Staatssicherheitszentrale in der Bartolomejska ulice nach Hause wurde er mitten auf der Straße von zwei Männern gekidnappt, die ihn in ein Auto zerrten und nächtlicherweise mitten im Wald aussetzten, nachdem sie ihn bewußtlos geschlagen hatten. „Daß ich lebendig heimkam“, schrieb Medek an Staatschef Husak, „ist dem Zufall und meinem Lebenswillen zu danken.“

Was veranlaßt den Staat, sich zu benehmen wie ein Terrorist, während seine Oppositionellen sich auf Recht, Gesetz und Verfassung berufen? Offenbar ist die Apathie nach dem Sowjet-einmarsch 1968 seit 1976 einem wachsenden intellektuellem Widerstand gewichen. „Irgendwas war in der Gesellschaft aufgebrochen“, sagt rückblickend der evangelische Charta-Sprecher *Ladislav Hejdanek*.

Im Frühjahr 1976 war der Prager Prozeß gegen die Popgruppe „Plastic People of the Universe“ Anlaß zu einer Solidaritätsaktion, aus der die Charta-Bewegung entstand

DIE V. INTERNATIONALE

Dazu kam das äußere Vorbild der Polen, wo die Arbeiter im Juni 1976 in verschiedenen Städten wie Radom und Warschau streikten. Führende Intellektuelle bildeten ein „Arbeiterverteidigungskomitee“ (KOR), das sich bald zum Sprecher der gesamten Opposition aufschwang. Inspiriert durch das Beispiel der sowjetischen und polnischen Bürgerrechtsbewegung kam es in der CSSR am 1. Jänner 1977 zur Veröffentlichung der Charta 77. Gefordert wird die Einhaltung der Menschenrechtsbestimmungen in der Verfassung und im Schlußdokument von Helsinki („Korb 3“). Das Dokument trug zunächst 243 Unterschriften, jetzt sind es schon über 1.200.

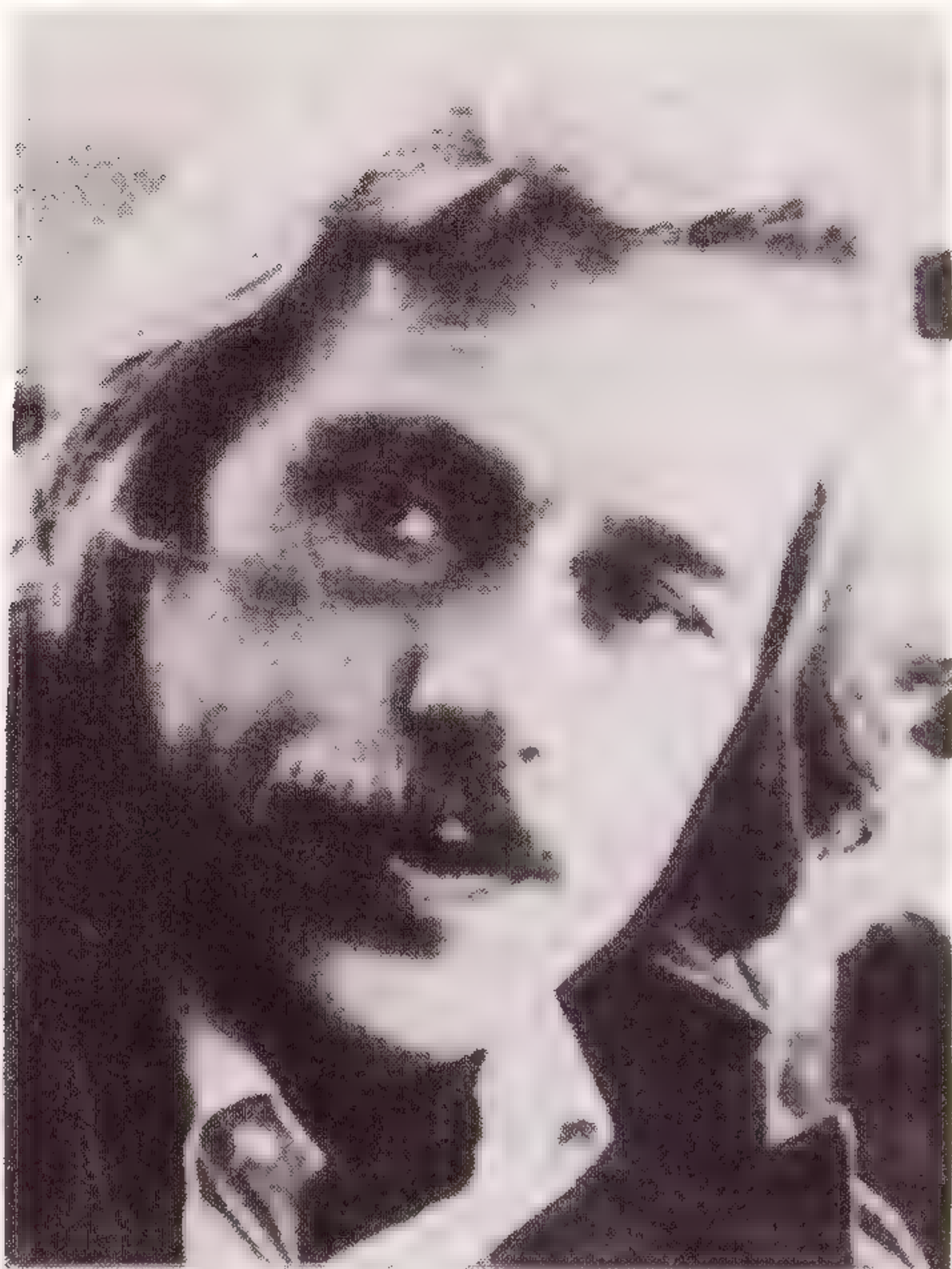
Aus der Charta-Bewegung entstand – nach dem Vorbild des KOR – im April 1978 das „Vybor na obranu nespravedlive stihanych“ (Vons), zu deutsch: Komitee zur Verteidigung unschuldig Verfolgter.

Zwar ist die tschechische Opposition nicht so stark wie die polnische; es fehlt die Verbindung mit den Arbeitern, die in der CSSR nicht so rebellisch sind, und auch das nationale Moment spielt eine Rolle, da die Dissidentenbewe-

gung praktisch auf die Tschechen beschränkt ist, die Slowaken scheinen durch großzügige Gewährung von nationalen Rechten für eine Zeit befriedet (die Slowakei war immer konservativer und ländlicher). Was Moskau aber Sorgen macht, ist die Internationalisierung der Dissidentenbewegung. Im Sommer 1978 trafen sich Vertreter des KOR und der Charta 77, um Erfahrungen auszutauschen

Vaclav Havel sagte damals: „Ich glaube, daß die Bildung des KOR für alle jene, die die Charta initiierten, eine große Rolle spielte.“ *Ladislav Hejdanek* wies auf die nationalistischen Strömungen hin, die der Sowjetführung Angst machen – die Eigenmächtigkeiten der Georgier, Balten usw. sind im Augenblick der gefährlichste Widerstand gegen das Regime. *Hejdanek* schlug vor: „Es sollte eine europäische Föderation errichtet werden, die aus Estland, Lettland, Litauen, Weißrußland, der Ukraine und auch Polen und der Tschechoslowakei besteht.“ Aus Angst vor solchen Sezessionsbewegungen haben 1968 die ukrainischen KP-Funktionäre im Politbüro auf den Einmarsch in die Tschechoslowakei gedrängt...

Die neueste Entwicklung im Rahmen dieser „V. Internationale“ der Dissidenten ist die Kontaktaufnahme zwischen Charta 77 und *Andrej Sacharow*. Der Moskauer Liberale, immer noch Mitglied der Akademie der Wissenschaften (des einzigen Gremiums in der Sowjetunion, wo echt gewählt wird!), schlug den Charta-Leuten „regelmäßige Kontakte zur Vereinigung unserer Bemühungen im Kampf um die Menschenrechte in Polen, der CSSR und der Sowjetunion“ vor. Die drei Charta-Sprecher *Hajek*, *Hejdanek* und *Tominova* antworteten am 6. November 1979: „Wir beteiligen uns gerne.“



Vaclav Havel. 4 1/2 Jahre plus 14 Monate Gefangnis (Fotos Ivan Barta, Palach Press)

Am 1. Oktober wurde im Prager Innenministerium ein Bescheid zur Ausbürgerung von *Pavel Kohout* verfaßt. Der Prozeßbeginn gegen die sechs Vons-Mitglieder wurde für 22. Oktober festgesetzt (gleichzeitig kündigte Honecker, unter Breschnews Einfluß, eine große Amnestie an).

Gegen den Prager Prozeß gab es erstmals seit längerer Zeit wieder scharfe Proteste in der französischen und italienischen KP. Die *Unità* sprach von einem „Element der Spaltung“. Spaniens *Carrillo* schlug eine Separatkonferenz der westeuropäischen KPen vor. In Österreichs moskauorthodoxer KP ist sogar ein Fall von Dissidenz aufgetreten: Die Vorarlberger Landesorganisation – notabene die einzige, die bei den letzten Wahlen nicht unter ein Prozent gedrückt wurde – hat gegen die Prager Prozesse protestiert.

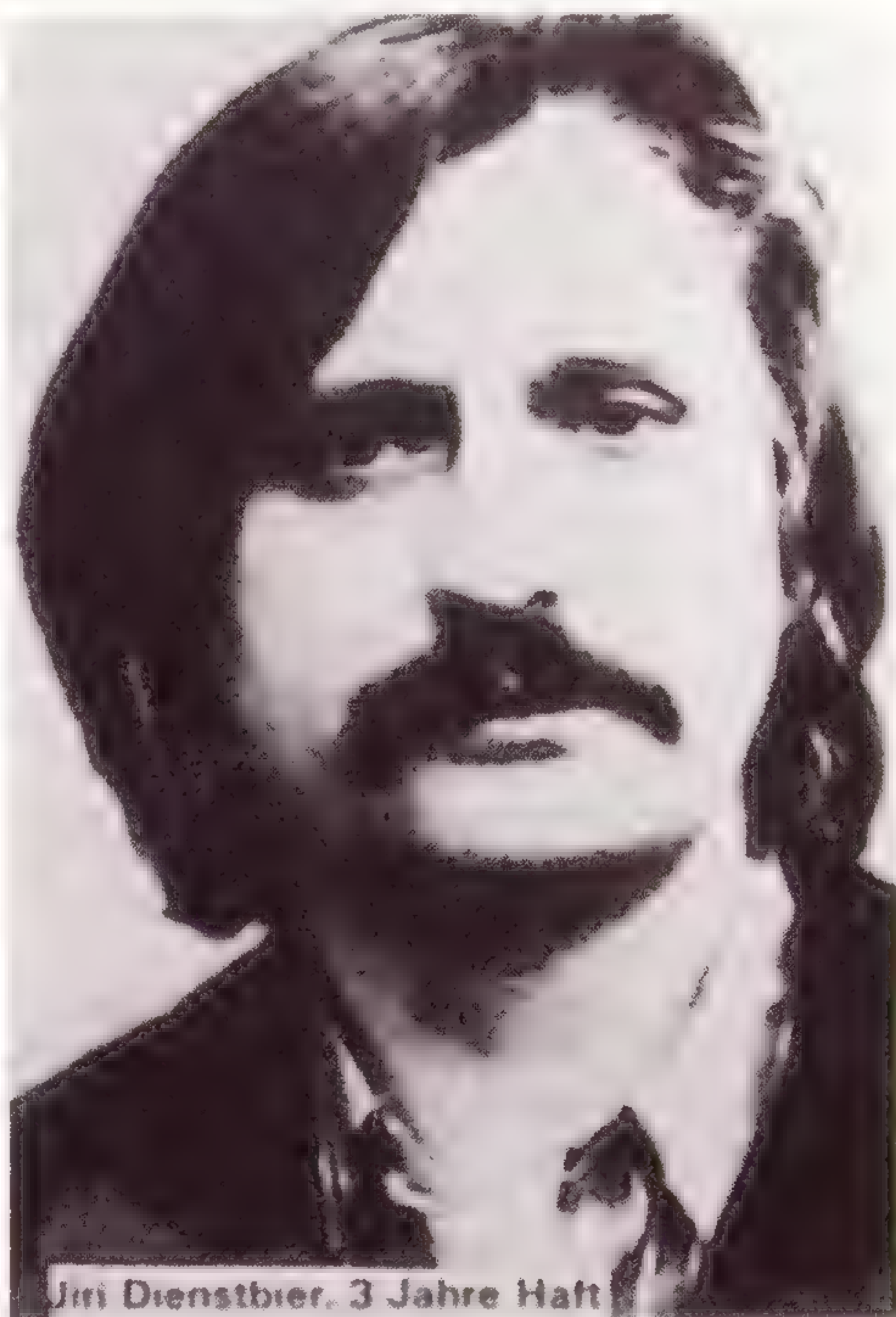
Am 22. und 23. Oktober wurde in Prag, unter hastiger und schlampiger Prozeßregie, gegen die sechs Vons-Mitglieder verhandelt. Der Linkssozialist und Maschinenbauingenieur

Petr Uhl, 38, wurde zu fünf Jahren verurteilt (er saß Anfang der 70er Jahre schon vier Jahre). Der Dichter *Vaclav Havel*, 43, zu viereinhalb Jahren, dazu kommen aber noch 14 Monate bedingt erlassene Strafe. Der Mathematiker und Philosoph *Vaclav Benda*, 33, bekam vier Jahre, der Journalist und Schriftsteller *Jiri Dienstbier* drei Jahre, die Journalistin *Otta Bednarova*, 54, drei Jahre, die Psychologin *Dana Nemcova*, 45, zwei Jahre bedingt. Weitere Prozesse gegen Vons-Mitglieder und gegen eine Gruppe Katholiken sind angekündigt. Während das Regime seine Dissidenten für „staatsfeindliche Propaganda im Ausland“ einsperrt, begeht es selbst dieses Delikt eben dadurch hundertfach.

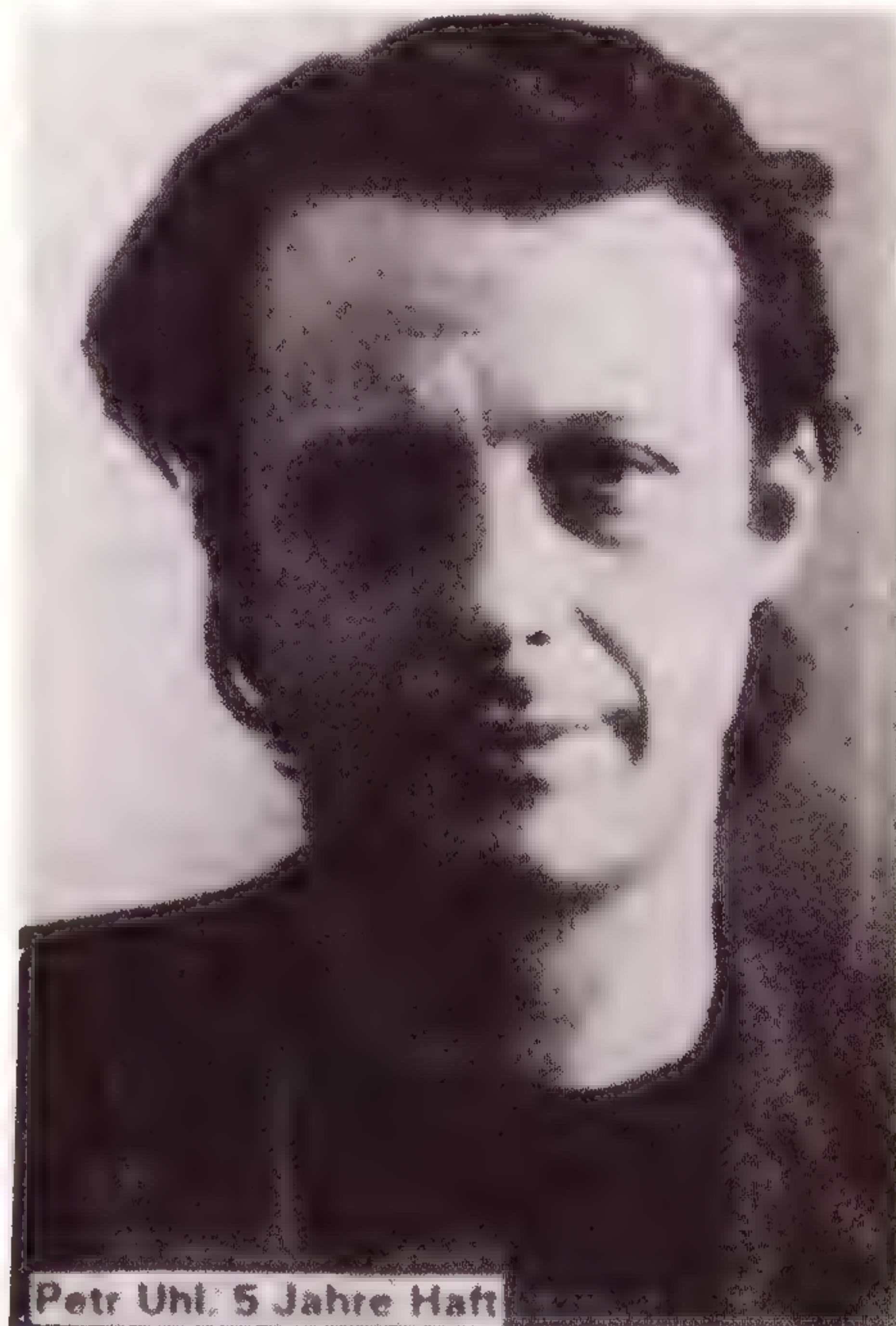
Wie Prag das Problem zu „bereinigen“ gedenkt, deutete sich an, als man Vaclav Havel kurz vor seinem Prozeß anbot, auf Studienreise nach den USA zu gehen. Er lehnte ab. Es scheint, als ob 1980, im Jahr der Olympischen



Dana Nemcova. 2 Jahre bedingt



Jiri Dienstbier. 3 Jahre Haft



Petr Uhl. 5 Jahre Haft



Vaclav Benda. 4 Jahre Haft

Spiele in Moskau und der Helsinki-Nachfolgekonferenz II in Madrid, ein Ostdissident nur die Hand heben mußte, um abgeschoben zu werden

Eine französische Prozeßbeobachterdelegation wurde in Prag festgenommen und auf die Staatssicherheit gebracht. Dort hingen Bilder von Stalin und Dscherschinski an der Wand. Was das zu bedeuten hätte, fragten die französischen Linksintellektuellen. „Stalin sehr gut!“ antwortete ein Polizeioffizier.

Anm.: Inzwischen hat der oberste Gerichtshof die Berufungsanträge zurückgewiesen, die Urteile sind somit rechtskräftig.



Otta Bednarova. 3 Jahre Haft

Jan Tesar

Politischer Mißbrauch der Psychiatrie in der ČSSR

PARANOIA FÜR ALLE

Folgt die tschechische Psychiatrie den Spuren der sowjetischen, die politische Abweichler zu Geisteskranken erklärt? Vorläufig gibt es noch keine „Irrengefängnisse“ sowjetischen Typs, berichtet der Brünner Historiker Jan Tesar. Aber es gibt schon genug Einzelfälle, die einen Trend erkennen lassen.

Der Autor der Untersuchung, Dr. Jan Tesar, Jahrgang 1933, trat 1964 in die KPČ ein und 1969 wieder aus. Er arbeitete am Historischen Institut der Militäarakademie und anschließend in der Akademie der Wissenschaften. 1968 beteiligte er sich an der Piller-Kommission, welche die Aufgabe hatte, die Verbrechen der fünfziger Jahre historisch aufzuarbeiten. Im September 1969 vorübergehend und seit November 1971 längerfristig in Haft. Am 21. Juli 1972 wurde er zu sechs Jahren Gefängnis verdonnert. In seinem Schlußwort sagte er zum Gericht: „Eure Kinder werden euch verurteilen.“

Im Mai dieses Jahres war Jan Tesar wieder einige Tage in Haft. Sein Text wurde uns von der Palach Press, der Presseagentur des tschechischen Exils, zur Verfügung gestellt.

Michael Siegert

ANTIHUMANER MARXISMUS

Der institutionalisierte Marxismus-Leninismus hat in allen Ländern, in denen er an der Macht ist, seine Ausnahmstellung auch verfassungsmäßig verankert. Erziehung, Bildung und wissenschaftliche Arbeit gründen sich zur Gänze auf diese angeblich einzige wissenschaftliche Weltanschauung. Daraus folgt logisch, daß jede andere Überzeugung auf das Niveau eines Überrestes, einer Rückständigkeit degradiert wird – und diese Rückständigkeit muß natürlich der Aufklärung und Erziehung weichen.

Wenn diese angebliche Rückständigkeit und Abweichung von der „gesunden Normalität“ nicht weichen will, sondern trotz jahrzehntelangem ideologischem, existentiellen und anderem Druck fortbesteht, dann kann es dafür nach Ansicht der Herrschenden nur drei Erklärungen geben. Die erste ist die berühmte „ideologische Diversion“, d. h. das Eindringen fremder Ideen aus dem Ausland, welches natürlich als „feindliches Ausland“ angesehen wird. Die zweite Erklärung verweist auf die unerwartet tiefen Wurzeln der Rückständigkeit als einen Faktor, mit dem man nicht gerechnet hatte und der eine intensivere Verbreitung der marxistisch-leninistischen Ideologie notwendig macht. Die dritte Erklärung sieht psychische Störungen als Ursache an.

Von diesen drei möglichen Erklärungen war die erste typisch für die Periode, in der die eben zur Macht gelangten kommunistischen Regime sich konsolidierten. Die zweite war typisch für den Revisionismus der Chruschtschow-Ära; sie hat im Lauf der Zeit an Boden verloren. Die dritte Erklärung stammt auch aus der Chruschtschow-Periode, sie ist Ausdruck der Ansichten des „toleranteren“ Flügels. Mit der Zeit ist diese Erklärung immer mehr in den Vordergrund getreten, so daß sie die besten Aussichten auf wachsende Verbreitung hat. Darum ist sie besonders gefährlich.

Die ideologische Wurzel der antihumanen Interpretation des Marxismus ist die utopische Vorstellung von einer allgemeinen Harmonie. Als vermeintliche Ursache allen menschlichen Elends, der Entfremdung und Knechtung des Menschen gilt das Privateigentum; es gilt auch als Ursache aller gesellschaftlichen Konflikte sowie der Konflikte zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft. Die siegreiche Revolution, die die primäre Ursache beseitigt hat, sollte der Ausgangspunkt zur allgemeinen Harmonie sein, also auch zur Übereinstimmung der Einzel- mit den Allgemeininteressen führen und zur Überwindung entfremdeter Auffassungen von der Welt und dem Menschen, wie z. B. der Religion. Daraus ergibt sich die ideologische These, daß nach diesem historischen Umbruch und nach Eliminierung jener vermeintlichen Universalursache die Gründe der andauernden Nöte und Konflikte nur in der Psyche der Menschen liegen könnten, in ihrer Unfähigkeit, die neue Lebenssituation zu verstehen. Und wenn die meisten Menschen – teils freiwillig, teils aus Angst vor dem „revolutionären Terror“ – die neuen Werte akzeptieren, dann können jene, die sie ablehnen, offenkundig nicht normal sein.

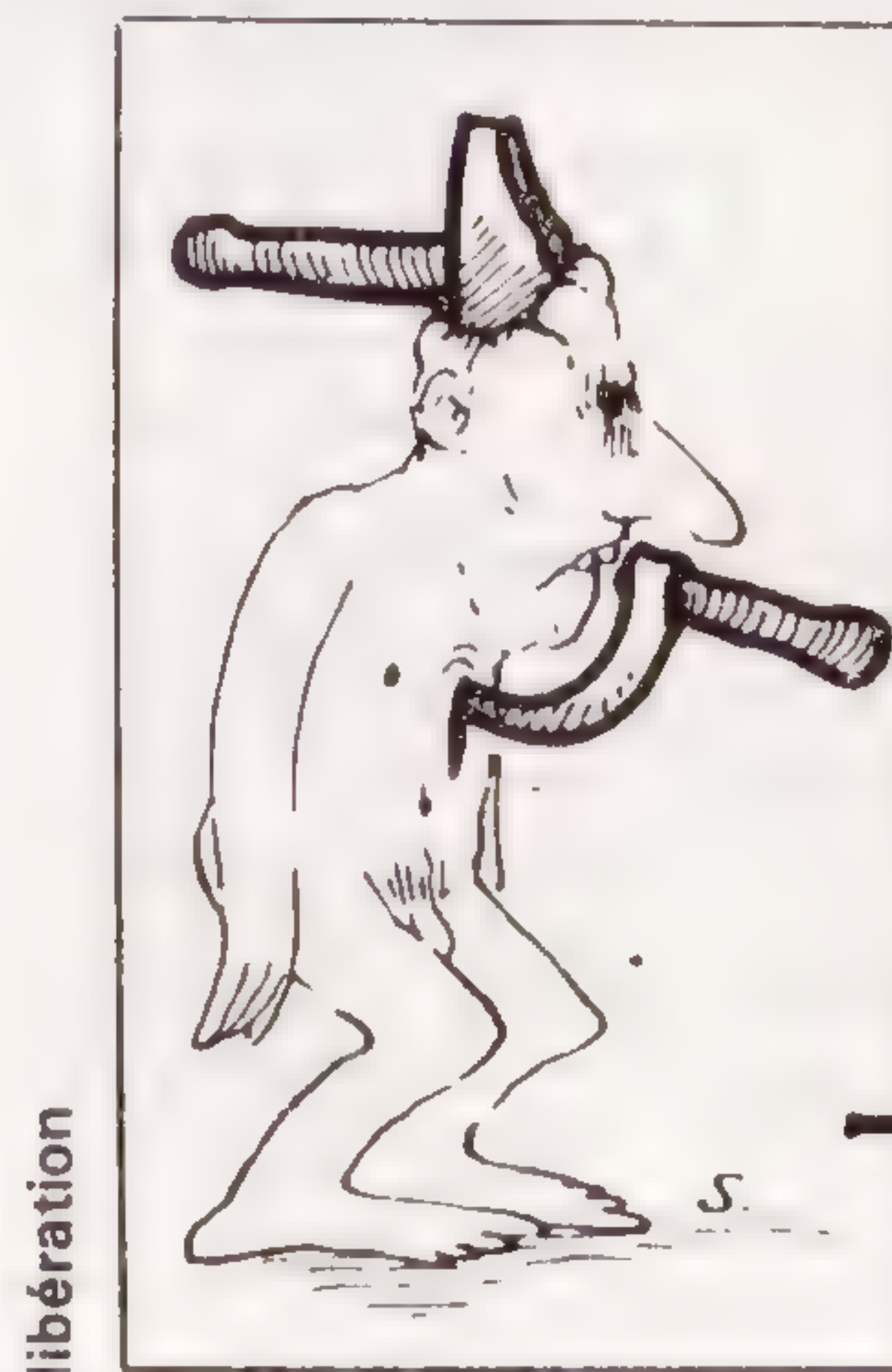
DIE GRAUSAMKEIT

ASIATISCHER MILDE

Diese Logik hat z. B. ... in der sowjetischen Psychiatrie zu einer Definition der Psychosen geführt, die zu der international akzeptierten Auffassung im Widerspruch steht. Die marxistisch-leninistische Ideologie liefert ein pseudowissenschaftliches Alibi. Aus den Berichten ehemaliger Insassen sowjetischer „Irrengefängnisse“ – besonders aus den Berichten Bukowskis, Medwedews und Grigorenkos – geht zweierlei klar hervor: erstens der ausgesprochen ideologische Mißbrauch der Psychiatrie und zweitens viele Anzeichen, daß die Psychiater, die sich an der politi-

schen Repression beteiligen, selbst Opfer ideologischer Manipulation sind.

Die marxistische Ideologie ist an sich nicht die Ursache des Mißbrauchs der Psychiatrie. Das beweisen zwei Tatsachen: Erstens kommt psychiatrische Repression nicht nur in marxistischen Diktaturen vor, sie wurde auch schon im zaristischen Rußland praktiziert; zweitens mangelt es der psychiatrischen Repression in der Tschechoslowakei sichtlich an ideologischer Motivation.

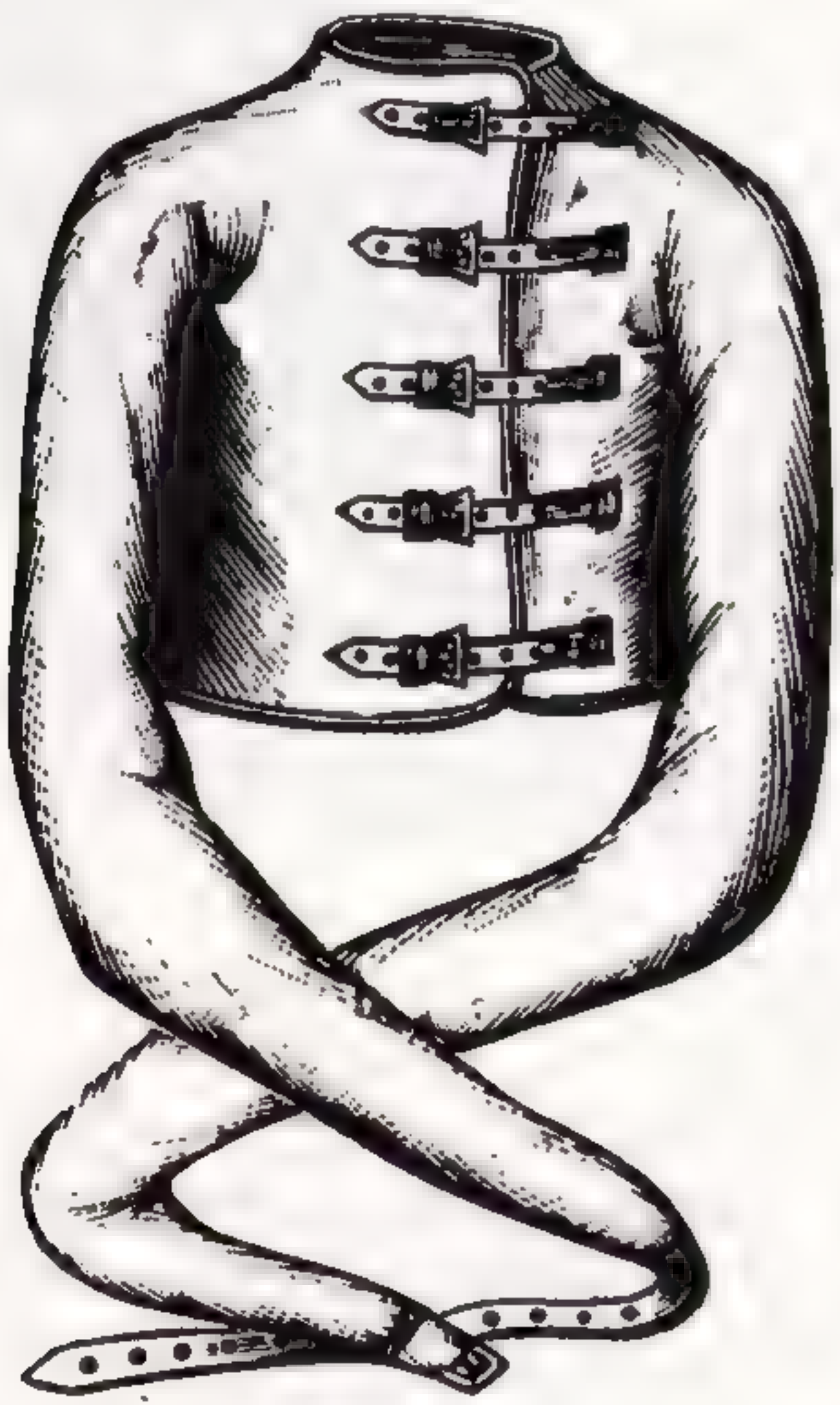


Das zaristische Rußland war das klassische Land der psychiatrischen Repression. Die europäischen Liberalen und Sozialisten haben immer nur den barbarischen, asiatischen Charakter der russischen Selbstherrschaft betont; in Wirklichkeit war es eine Despotie auf christlicher, orthodoxer Grundlage. So wurden beispielsweise Todesurteile in Rußland *weniger oft vollstreckt* als in liberalen Ländern wie Schweden und den USA. Man griff nicht so leicht zur Todesstrafe – dafür um so öfter zu körperlichen Züchtigungen, was für jede paternalistische Despotie typisch ist. Es geht nämlich um Besserung, um die Heimführung des verlorenen Sohnes, nicht um Bestrafung. Die Strafe ist nur das Mittel zur Besserung; das ist ein echt orthodoxer Gedanke, und darauf beruht die ganze Rechtsphilosophie der paternalistischen Despoten. Jedes Verbrechen, jede Rebellion ist ein Verstoß gegen die jahrhundertalte („göttliche“ und „väterliche“) Ordnung. Sobald ein solches System über eine Psychiatrie verfügt, verwendet es diese auch zur Behandlung politischer Auflehnung, in der es einen Ausdruck psychischer Anomalie sieht.

Diese relative Milde der paternalistischen Despotie entspringt der Überzeugung, daß der „Sohn“, der rebelliert, nicht autonom, nicht selbständig ist, keine eigenen Interessen, keinen eigenen Willen, keine unveräußerliche

Subjektivität hat, die er gegen andere Interessen verteidigt, sondern daß er „vom rechten Weg abgekommen“ ist. In der westlichen Auffassung wird trotz der drastischen Strafen, ja gerade in Verbindung mit ihnen, stets die Individualität des Menschen geachtet, auch wenn man ihn wegen seines Konflikts mit der Gesellschaft ins Jenseits befördert. Die „slawische“ Tradition erkennt diese Subjektivität nicht an, sie sieht im Konflikt eines Menschen mit der Gesellschaft ein Zeichen dafür, daß der einzelne seine eigenen Interessen nicht richtig versteht und somit unter einem subjektiven Mangel leidet; die Gesellschaft (der Herrscher) ist dazu berufen, diesen einzelnen mit angemessenen Mitteln wieder auf den rechten Weg zu bringen. Es fehlt völlig an Verständnis für die unveräußerliche Autonomie des Menschen.

Die Nichtanerkennung der unveräußerlichen Individualität und Subjektivität des Menschen ist die Grundlage der „Philosophie der Praxis“ des totalitären Systems, also auch der totalitären Medizin. In ihrer degenerierten (das heißt: bis zur letzten Konsequenz fortgeführten) Konsequenz mündet sie in die grundlegende totalitäre Vorstellung, der Mensch sei Eigentum des Staates (der Gesellschaft).



UdSSR: FREIE BAHN DEM PSYCHIATER

Eine praktische Folge ist die totalitäre Organisation der Medizin. Und diese wiederum ist die praktische Voraussetzung für psychiatrische Repression. Der Arzt ist ein Angestellter des Staates, der Staat ist sein allmächtiger Arbeitgeber, und der ärztliche Beruf kann nicht mehr als freier Beruf bezeichnet werden. Und hier beginnt das Problem der ärztlichen Ethik. Ärzte, die auf Kosten ihrer Berufsethik Kompromisse schließen, stehen moralisch unter ihren Kollegen in anderen Ländern und vielleicht auch unter den Ärzten früherer Zeiten.

Der Staat entscheidet darüber, ob einer den Arztberuf ausüben darf, wer es darf und unter welchen Bedingungen. Wer den Arztberuf ausüben will, ist automatisch zu Kompromissen auf

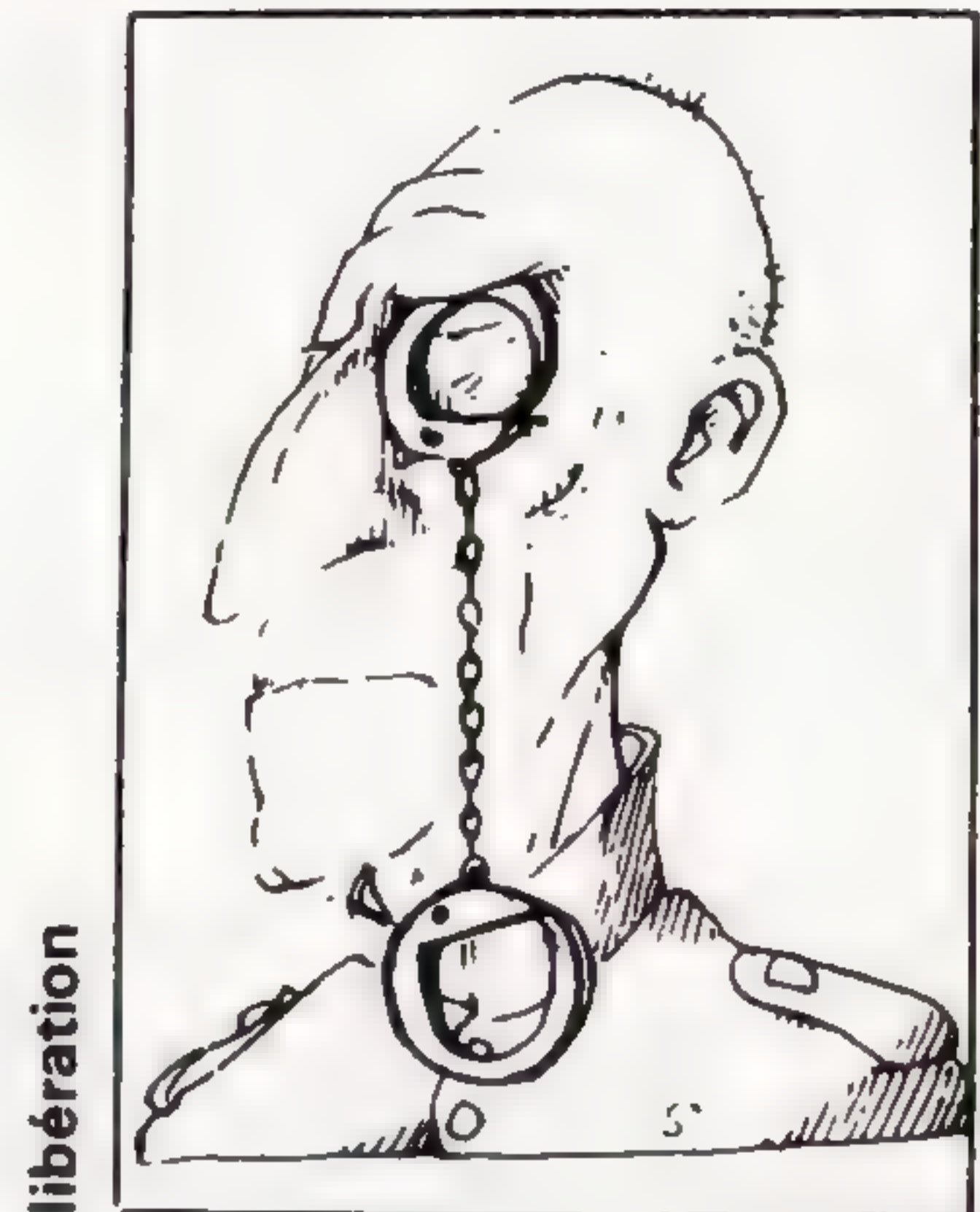
Kosten seiner Ethik gezwungen, und der Druck ist um so stärker, je idealer die Gründe sind, die einen Menschen zur Ergreifung des Arztberufes bewogen haben. Das ganze System des staatlichen Gesundheitswesens steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der medizinischen Ethik. „Die totalitäre Zentralisierung des Gesundheitswesens, die die Einführung des Prinzips der kostenlosen Behandlung für jedermann ermöglicht hat, ermöglicht auch den Mißbrauch der Medizin als Mittel der Herrschaft, Kontrolle und politischen Gängelung“, schreibt Jaurès Medwedew. Die Zentralisierung des Gesundheitswesens macht es möglich, diesen Sektor im Einklang mit den „Interessen der Gesellschaft“ zu leiten. Nach den „Möglichkeiten der Gesellschaft“, das heißt der Staatsfinanzen, richtet sich die Verschreibung von Medikamenten. Die Verstaatlichung, Zentralisierung und strenge Rayonisierung haben die ärztliche Schweigepflicht illusorisch gemacht und völlig in Vergessenheit geraten lassen.

Das erste Anzeichen des politischen Mißbrauchs der Psychologie war eine Novellierung des Strafgesetzbuches der Russischen Föderativen Sowjetrepublik im Jahre 1961. Im neuen Strafgesetz fehlten die Paragraphen über die strafrechtliche Verantwortlichkeit von Psychiatern für unberechtigte Internierung von Menschen in Nervenheilanstalten. Damit wurde es unmöglich, psychiatrischer Willkür auf gerichtlichem Weg einen Riegel vorzuschieben; für Beschwerden waren nun nur noch die den Heilanstalten übergeordneten Ämter zuständig, die oft selbst die zunehmende psychiatrische Repression veranlaßten.

1961 gab das sowjetische Gesundheitsministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium und der Generalprokuratur Richtlinien für die Anhaltung von Geisteskranken heraus. Darin gilt die Hospitalisierung als obligat u. a. in Fällen „unkorrekten, aggressiven Verhaltens des Kranken gegenüber Privatpersonen, Organisationen und Behörden“. Kritisiert ein Sowjetbürger irgendeine Behörde, geht er zu Gericht, verweist er auf das unkorrekte Vorgehen eines Amtsleiters, so ist das ein Grund, ihn ins Irrenhaus zu stecken. 1969 kam eine neue Weisung heraus, die Hospitalisierung nicht nur bei „unkorrektem Verhalten“, sondern schon bei der *Möglichkeit* solchen Verhaltens anordnet.

In den siebziger Jahren wurde dann der Mißbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion zur gängigen Methode der Unterdrückung politischer und religiöser Dissidenten. Sie wurde durch Berichte bekannt, die von Wladimir Bukowski, General Grigorenko und zuletzt von dem Psychiater Podrabinek im Westen veröffentlicht wurden. Die dabei am häufigsten benutzte Krankheitsbezeichnung ist Schizophrenie.

Es gibt noch einen wichtigen Anlaß für psychiatrische Repression, gerade in der Tschechoslowakei: die Religion. Ich schildere das an einem konkreten Fall, den vor kurzem mein Freund *Pachmann* mitgeteilt hat, den Fall des „unzurechnungsfähigen“ *Augustin Navratil*



RELIGION IST WAHNSINN

Dreißig Jahre „realer Sozialismus“ haben ihr Werk getan. Den Platz der alten „Frömmigkeit“ hat der hypertrophe „Wohlstand“ eingenommen. Und so wie die alte „Frömmigkeit“ zunehmend oberflächlich, ja heuchlerisch wurde, ist der heutige „Wohlstand“ unverhüllt zynisch. Und auf diese Weise ist endlich der langersehnte „neue Mensch“ geboren worden. Dieses Ergebnis steht zwar in krassem Gegensatz zu Marxens ursprünglichen Idealen, es entspricht jedoch genau dem Ideal des totalitären Systems.

Es geht nicht um den Glauben, schon längst nicht mehr – es hat sich deutlich genug gezeigt, daß der Glaube dem System stets gefährlich ist, ob es sich nun um christlichen oder um kommunistischen Glauben handelt. In beiden Fällen ist er ein höherer Wert und als solcher eine tödliche Gefahr für das totalitäre Regime. Das Ideal ist der Untertan, der sich für seine Teilnahme an Ritualen, die er verachtet, selbst ins Gesicht spucken möchte.

DAS VERFLACHEN DER GEFÜHLE

Die allgemeine stillschweigende Vereinbarung, in Lüge und Schmutz zu leben, ist die Grundvoraussetzung für jede Art von Repression, auch für die psychiatrische. Vor diesem Hintergrund spielt die Tragödie derjenigen, die für defekt gelten, weil sie sich an der ungeschriebenen, aber jedem bekannten und leider von den meisten eingehaltenen Vereinbarung nicht beteiligen wollen. Ohne diese stillschweigende Vereinbarung, ohne die totale Zerstörung nicht nur der Bürger-tugenden, sondern auch der allgemeinen menschlichen Grundwerte wären weder Kerker möglich noch die Verfolgung derjenigen, die sich der Zerstörung widersetzen.



psychiatrische Sonderklinik in Orel, UdSSR

Was ist normal? Das ist die Grundfrage der Psychiatrie. Fähigkeit oder Unfähigkeit zur Anpassung ist ein wichtiges Kriterium für jedes Lebewesen. Woran aber soll der Mensch sich anpassen können in einer perversen, nihilistischen, verantwortungslosen Gesellschaft ohne moralische Werte? Was ist in diesem Fall die psychiatrische Sozialform?

Jeder einzelne Psychiater steht an einem Scheideweg. Glaubte er an Werte, die nicht aus dieser Gesellschaft und ihrer Krise abgeleitet sind, dann würde er ihr eine eindeutige Diagnose stellen: „Unethische Psychopathie“ „Typisch ist vor allem ein Verflachen bis Verschwinden der höheren Gefühle, besonders des Mitleids... Ist der Patient genügend intelligent, äußert sich das bloß in mangelndem Interesse am Schicksal anderer und an Rücksichtslosigkeit gegenüber der Umwelt... Andere jedoch begehen in Verfolgung ihrer Interessen amoralische bis verbrecherische Handlungen...“¹

Der Psychiater akzeptiert die gegebene „soziale Norm“ und betrachtet

rein objektiv, nach Art des positivistischen Wissenschaftlers, einen jeden, der von der gegebenen Sozialnorm abweicht, als anomal: „Ungenügende soziale Anpassungsfähigkeit“ heißt es im gerichtlichen Sachverständigen-gutachten über Augustin Navratil.

In den mir bekannten psychiatrischen Texten der tschechoslowakischen Psychiatrie ist eine auffallende Abneigung gegen marxistische Ideale, ja gegen das Denken in marxistischen Kategorien erkennbar. Die Psychiater bemühen sich offenbar nicht um ein ideologisches Alibi (sie haben es nicht nötig), auch nicht um ein pseudowissenschaftliches Alibi der marxistischen Universalwissenschaft. Es fehlt – jedenfalls als lebendige philosophische Grundlage – die Vorstellung vom irregangenen Untertanen und von der „Heilung“ der Rebellion. Das ist nicht nur marxistische, sondern auch keine östlich-patriarchalische Wissenschaft.

Ausgangspunkt des totalitären Mißbrauchs sind Materialismus und Positivismus, die genügen völlig. Das wissenschaftliche Alibi des Psychiaters besteht in der Respektierung der gege-

benen Sozialnormen – die logisch von der gegebenen Gesellschaft abgeleitet werden. Das wissenschaftliche Alibi hat daher sichtlich positivistischen Charakter. Und auch wohlvertraut tschechischen.

So kann ein Psychiater beim Patienten fehlende soziale Anpassungsfähigkeiten beispielsweise aus folgender Aussage schließen: „Ich betrachte den Einmarsch der verbündeten Truppen in die CSSR als Aggression.“ Die Übernahme der Werte einer gegebenen Gesellschaft bedeutet, ganz im Sinn der Marxschen Theorie, die Übernahme der Werte ihrer herrschenden Klasse.

ANS VERRÜCKTE PASST EUCH AN

In der Fachsprache unserer offiziellen Lehrbücher klingt das dann etwa so: „Gesundheit und Normalität werden meist als die Fähigkeit definiert, sich den Anforderungen der Umwelt reibungslos anzupassen oder die Umwelt je nach den eigenen Bedürfnissen in geeigneter Weise zu modifizieren. Das gilt vor allem für Erschei-

nungen im biologischen Bereich. Im menschlichen Bereich jedoch werten wir als richtiges Handeln nicht nur Anpassung an die augenblickliche Lage, sondern auch Haltungen und Handlungen, die auf die Zukunft, auf künftige Notwendigkeit, auf Gerechtigkeit, Moral, Gesundheit und ähnliche Werte orientiert sind, auch wenn der einzelne sich in der gegebenen Situation im Gegensatz zu den herrschenden Kräften oder Meinungen befindet und als Sonderling, Rebell, Phantast, Asket, Dickkopf u. ä. erscheint."²

Weil diese Einstellung nicht nur Lehrbuchtheorie ist, gibt es bei uns nach dreißig Jahren noch immer keine „Irrengefängnisse“ nach sowjetischem Vorbild.

Das ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Die andere: Wer die Identifizierung mit der gegebenen Sozialnorm nicht bis zur letzten Konsequenz treibt, kann bei uns nicht – wie in der Sowjetunion – auf jenes Häuflein von Gerechten zählen, die ohne Rücksicht auf Gefahr gegen jeden Mißbrauch der Psychiatrie protestieren. An welchen führenden Psychiater könnte ein tschechischer Dissident sich wenden, wenn Partei und Regierung auch in unserem Land beginnen sollten, nach dem allgemein verbindlichen Vorbild politische „Irrengefängnisse“ einzurichten? Wie viele Psychiater haben bisher gegen das, was heute bereits geschieht, protestiert, und sei es auch nur intern?

Nehmen wir nochmals unser Lehrbuch zur Hand und schlagen wir nach unter „paranoide Psychopathie“; es handelt sich um die Krankheit, die in Gerichtsfällen am häufigsten vorkommt:

„Bei Querulanten ist hochgradige Empfindlichkeit mit unermüdlichem, kämpferischem Gerechtigkeitswahn verbunden. Zwar läßt sich häufig am Anfang irgendeine Ungerechtigkeit feststellen, doch die Hartnäckigkeit und das Ausmaß der Schritte, die unter größtem Energie- und Zeitaufwand unternommen werden, überschreiten den normalen Verteidigungsbedarf ... Mit seiner unbarmherzigen Sturheit kann der Querulant sehr unangenehm werden, um so mehr, als er wirklich gewisse Unregelmäßigkeiten enthüllt und damit vorübergehend den Anschein eines Kämpfers für Recht und Ordnung gewinnt ... Da die krankhafte Besessenheit sich mit begrenzten Konflikten nicht zufriedengibt, geht der Querulant unbeirrbar weiter und weiter. Erst wenn seine Angriffe und Anschuldigungen immer höhere Instanzen belangen, trifft irgendwer die Entscheidung, ihn psychiatrieren zu lassen.“³

Steht diese praktische Empfehlung nicht im Widerspruch zum vorangegangenen Zitat? Das ist die schizophrene Situation der tschechischen Psychiatrie. Navratil wurde nicht als bekannter Dissident entmündigt, auch nicht als Teilnehmer an einer im ganzen Land organisierten Petition (der Charta 77). Er wurde ursprünglich auch nicht als Kämpfer für Glaubensfreiheit verfolgt. Das alles kam erst mit der

Zeit, sozusagen nebenbei: Er wäre auch nicht verurteilt und in das eben entstehende Kremsierer „Irrengefängnis“ eingesperrt worden (und es hätte auch kein Psychiater sich für so etwas hergegeben), wenn von Anfang an klar gewesen wäre, wohin es führt.

Navratil bewirtschaftete privat sein Grundstück und war schon deshalb nicht „sozial anpassungsfähig“. Er arbeitete hart mit seinem Ochsen gespannt auf dem elenden Acker, sobald der Schnee weggetaut war, während die benachbarten weiten Felder der fruchtbaren Hana noch einen Monat lang brachlagen. Navratils Arbeitsergebnisse waren dementsprechend gut, das heißt – eine politische Provokation. So entstand ein höheres Interesse daran, Navratil „als Klasse“ zu liquidieren. Als er sich zur Wehr setzte, wurde er mit Hilfe von Gerichtssachverständigen aus dem Verkehr gezogen. Diese Herren konstatierten wahrheitsgemäß, er fühle sich verfolgt, das Maß seiner Beschwerden und Proteste überschreite die kritische Schwelle der „paranoia querulans“, und sie entdeckten bei ihm auch die „typischen Charakterzüge“, von denen in unserem Lehrbuch die Rede ist. So zum Beispiel „berief er sich hartnäckig auf sein Recht“.

Die psychiatrische Repression in der ČSSR richtet sich – zum Unterschied von der UdSSR – nicht gegen die Spitzen der Intelligenz und auch nicht gegen erklärte politische Dissidenten. Sie dient mehr der Bürokratie als den obersten Machthabern. „Geistes- kranke“ in der Tschechoslowakei – das sind Bauern, die ihren Boden verteidigen, Frauen, die sich um eine anständige Wohnung bemühen, junge Leute, die sich der Allmacht der Polizei nicht beugen wollen.

GEDÄCHTNISLÜCKE

„ das problem “
erläutert der professor
„ liegt für uns darin
dass wir eine natürliche vorlage brauchen
des gedächtnismoleküls

ehe wir es nachbauen können

bei ratten
machen wir es so
dass wir ihnen die gewünschte erfahrung
antrainieren und dann
den kopf abhacken “

das molekül wird
hinausgefiltert

„ bei menschen geht das
natürlich nicht
so einfach “

P.P.ZAHL



VERFOLGUNGSWAHN, DIE SYSTEMKRANKHEIT

Die psychiatrische Repression unterhalb der Schwelle des politischen Bewußtseins und des politischen Kampfes ist gefährlicher als die primitive sowjetische Methode. Diese Variante ist dem europäischen Charakter unseres Landes, seiner größeren Einsehbarkeit für die Weltöffentlichkeit angemessen. Sie entspricht auch der Halbschlächtigkeit und dem Alibistreiben der meisten tschechoslowakischen Psychiater. Es bedarf nur einer kleinen Zahl von Hilfswilligen – Gerichtssachverständige und die Leiter ausgewählter Heilanstalten. Einige beruhigen ihr Gewissen mit der Überlegung, die Heilanstalt sei schließlich besser als die Strafanstalt, den Geschädigten werde eigentlich geholfen. Auch die mangelnde Solidarität zwischen politischer Opposition und einfachen Bürgern spielt eine Rolle.

Typisch für die tschechoslowakischen Verhältnisse ist auch, daß die Repression ihr Schwergewicht nicht nach sowjetischem Vorbild auf Schizophrenie legt, sondern auf Paranoia. Die Paranoia hat den Vorteil, daß das Alltagsbild eines jeden Untertanen, der für seine Bürgerrechte kämpft, genau der Lehrbuchbeschreibung des Paranoikers entspricht – bis zu den Autos, die ihn auf Schritt und Tritt verfolgen, bis zum fortwährenden Bspitzelt- und Abgehörtwerden. Eine wohlbekannte Wahnvorstellung ist, daß einem Wachtürme rund ums Haus aufgestellt werden. Die Paranoia hat einen weiteren Vorteil für die Herrschenden: Wenn jemand beschließt, seine Rechte auf gesetzlichem Weg durchzusetzen, indem er sich auf die geltenden Gesetze und Vorschriften beruft, so begibt er sich auf den Weg eines endlosen Papierkriegs, den er natürlich festhalten und belegen muß; damit liefert er eo ipso ein klassisches Paranoia-Symptom.

Es gibt natürlich eine geradlinige logische Lösung: Jegliche Opposition ist Geisteskrankheit. Aber bis zu dieser Schlußfolgerung wollen die tschechischen Psychiater nicht gehen. Außer-

dem hat sich gezeigt, daß diese Konsequenz sogar in der UdSSR zu beträchtlichen Konflikten geführt hat.

Wenn ein System, das auf Angst beruht, jahrzehntelang herrscht, bleibt es nicht ohne Wirkung auf die menschliche Psyche. Das Gefühl des Bedrohtseins ist besonders intensiv bei Menschen, die sich innerlich gegen die Anpassung wehren. Solche Menschen, die sich der durchschauten Lüge aktiv entgegenstellen, müssen die paranoiden Elemente ihres Denkens aus existentieller Notwendigkeit pflegen. Sollten die Psychiater sich für diese Massenpsychose nicht interessieren? Das „höhere Interesse“ fordert aber, daß die Ursachen dieser Massenkrankheit geheim bleiben.

Die Psychiater konzedieren immerhin, daß eine akute paranoide Reaktion entsteht „nach Erlebnissen, die vom Betroffenen als Unrecht, Erniedrigung, Bedrohung empfunden wurden, vor allem, wenn es sich um eine unbestimmte, mehrdeutige, schwerverständliche Situation handelt... Bei kämpferisch veranlagten Menschen entwickelt sich dann Querulantenentum. In den Wahnvorstellungen bleibt jedoch der logische Zusammenhang erhalten (die Störung entwickelt sich auf der Grundlage unerledigter Gesuche, abgelehnter Beschwerden, verllorener Prozesse).“⁴ Was ist an dieser Charakteristik auszusetzen? Wieder die ungenügende Beachtung der Tatsache, daß einer, der Unrecht erleidet, logisch und ethisch im Recht ist. Der Zustand als solcher ist genau beschrieben.

Aber auch ich, der ich in diesen Definitionen Gefahren entdeckte, verrate damit unzweifelhaft paranoide Züge! Diese Angst ist kein leerer Wahn. Sie ist das Ergebnis meiner Solidarität mit Menschen, die zu Opfern der Repression geworden sind, wozu unklare Definitionen beigetragen haben.

DIE GROSSE ANGST

AM HRADSCHIN

Aber nicht nur der aktiv opponierende Bürger, nicht nur der unterdrückte Untertan ist in der Diktatur paranoid. Den größten Verfolgungswahn haben die Herrschenden. Und von diesen wieder jene, die besonders große, schwer kontrollierbare Macht über die Beherrschten haben. Jeder Häftling kennt unglaubliche, groteske Äußerungen von Angst der Staatsanwälte, Richter, Aufseher – und vor allem der einzig wirklich Mächtigen in diesem Land, der Staatspolizisten. Sie verleugnen ihre Namen, ihre Uniform, sie fürchten die Konfrontation mit ihren Opfern, sie fürchten sich vor dem Alleinsein, vor jeder Menschenmenge, vor der Dunkelheit, vor der Zukunft. Die Beherrscher des Staates fürchten sich vor ihren Chauffeuren, vor ihren Leibwächtern, vor ihren Köchen, vor ihren Fischern, vor ihren Ärzten, am meisten vor den anderen führenden Genossen. Diese Angst ist zum dominierenden Wesenszug der ganzen herrschenden

Klasse geworden, die Paranoia ist oberste Staatsräson.

Nur so lassen sich gewisse, der übrigen Welt unverständliche Reaktionen erklären, wie etwa die Festnahme bekannter Oppositioneller anlässlich von Staatsbesuchen oder die ungeheuren Sicherheitsvorkehrungen an jedem kommunistischen Jahrestag. Aus unbegreiflichen Gründen wird angenommen, die vermeintlichen unterirdischen Kräfte würden kommunistische Feiertage zu Umsturzversuchen ausnutzen. Das ist eine ausgesprochen paranoide Reaktion. Sie trat auch 1968 zutage und äußerte sich in (wahnhaften) Ängsten vor einer Konterrevolution.

Wenn alle mehr oder weniger paranoid sind, dann liegt es nicht an den Psychiatern, zu entscheiden, wer behandelt werden soll – das hängt vom Zufall oder von den Entscheidungen anderer ab. Im Lehrbuch heißt es allumfassend: „Paranoia läßt sich nicht ambulant behandeln; jeder Paranoiker muß klinische psychiatrische Pflege erhalten.“⁵ Und noch konkreter: „In allen Fällen, in denen es zu wiederholten Störungen der öffentlichen Ordnung oder zu strafbaren Handlungen gegen die Gesellschaft kommt, ist eine langfristige Einweisung in eine Nervenheilanstalt zu empfehlen.“⁶

Wenn also alle unter das Verdikt fallen können, so gibt es doch einen wesentlichen Unterschied zwischen den Herrschenden und der Opposition: Zwar sind beide paranoid, aber während die einen ihre quälende Psychose vor dem Staat verbergen müssen, verheimlichen die Herrschenden die ihrige auch noch vor den eigenen Genossen.

1 Eugen Vencovsky/Jan Dobias: Psychiatrie, Prag 1976, S. 223

2 Vencovsky/Dobias, S. 47

3 Vencovsky/Dobias, S. 220

4 Vencovsky/Dobias, S. 208

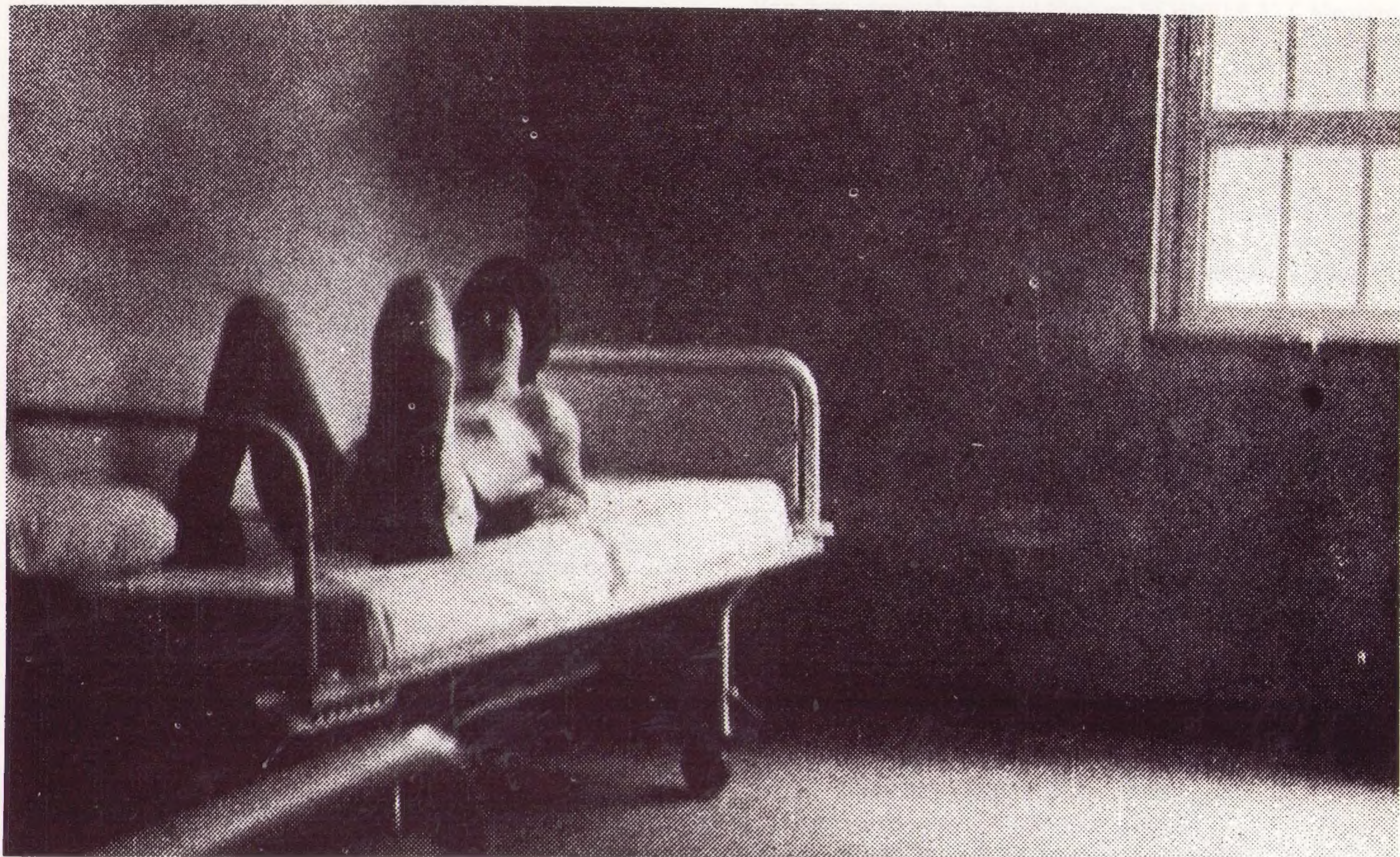
5 Vencovsky/Dobias, S. 312

6 Vencovsky/Dobias, S. 313

Apropos Verfolgungswahn

Ein Beispiel für die Paranoia der hochwohlgeborenen Regierung der tschechoslowakischen Arbeiter und Bauern während den Chartisten-Prozessen diesen Oktober: Einer Schweizerin, die zufälligerweise zur Zeit der Prozesse nach Prag in die Ferien fuhr (mit gültigem Visum), und die aus ihren Tschechischkenntnissen keinen Hehl machte (warum sollte sie auch), wurde mitgeteilt, dass sie «unerwünschte Person» sei und innerhalb von 24 Stunden umgehend wieder in den Westen zu verschwinden habe. Als sie auf die Schweizer Botschaft anrief, hiess es nur resigniert: «Was, schon wieder?» Wenigstens liess man ihr 24 Stunden; wie sie erfuhr, sei ein französischer Künstler mit seinen Kollegen etwas handfester und ohne viel Federlesen von Prag direkt an die Grenze gestellt worden.





PARANOIA QUERULANS ET PERSECUTIVA

GERICHTSBESCHLUSS IM FALL A. NAVRATIL

IM NAMEN DER REPUBLIK!

Das Gericht beschränkt die Rechte von Augustin Navratil, geboren 22. 12. 1928 in Lutopecny, Angestellter der Verkehrsbetriebe in Kremsier, wohnhaft in Lutopecny Nr. 14, Bezirk Kremsier, aufgrund seiner anhaltenden Geisteskrankheit wie folgt:

Es ist ihm verboten, selbständig seine staatsbürgerlichen Rechte wahrzunehmen, was das Einreichen von Ansuchen an staatliche Organe und Institutionen anbelangt, bzw. mit diesen selbständig zu verhandeln.

In anderen Rechtsgeschäften wird die Freiheit des Genannten nicht beschränkt.

Begründung: Aus der vorliegenden Anklageschrift gegen Augustin Navratil geht hervor, daß der Genannte an einer dauerhaften geistigen Störung leidet, paranoia querulans et persecutiva. Nach § 226 d Strafgesetzbuch wurde die Anklage gegen Augustin Navratil aufgehoben, lautend auf Angriff gegen ein Staatsorgan und gegen ein Mitglied einer gesellschaftlichen Organisation (§ 154/2 Strafgesetzbuch), dessen sich der Angeklagte schuldig machte, indem er am 10. 11. 1975 eine schriftliche Berufung gegen die Entscheidung des Rats von Lutopecny einlegte und diese an die Landwirtschaftsabteilung des Nationalausschusses von Kremsier richtete, worin der Ange-

klagte den Nationalausschuß im Zusammenhang mit der Ablehnung seiner Forderung auf Landzuteilung mit unseriösen und groben Ausdrücken angriff. Aufgrund seiner Unzurechnungsfähigkeit ist er nach § 72/1, 4 Strafgesetzbuch nicht strafmündig und wird ihm eine präventive psychiatrische Behandlung vorgeschrieben.

*Kromeriz (Kremsier), 31. 10. 1978
JUDr. Jaroslav Ulrich*

Anmerkung:

Das Urteil des Gerichts stützt sich auf Gutachten der Psychiatrischen Anstalt in Olmütz vom 20. 11. 1976, 23. 5. 1977 und 16. 4. 1978. Die Einweisung Navratils in die Psychiatrie zu Kremsier erfolgte am 28. 3. 1978. Nach vorübergehender Anhaltung entlassen, muß Navratil sich regelmäßigen psychiatrischen Untersuchungen stellen.

Jan Tesar erläutert zum Fall Navratil:

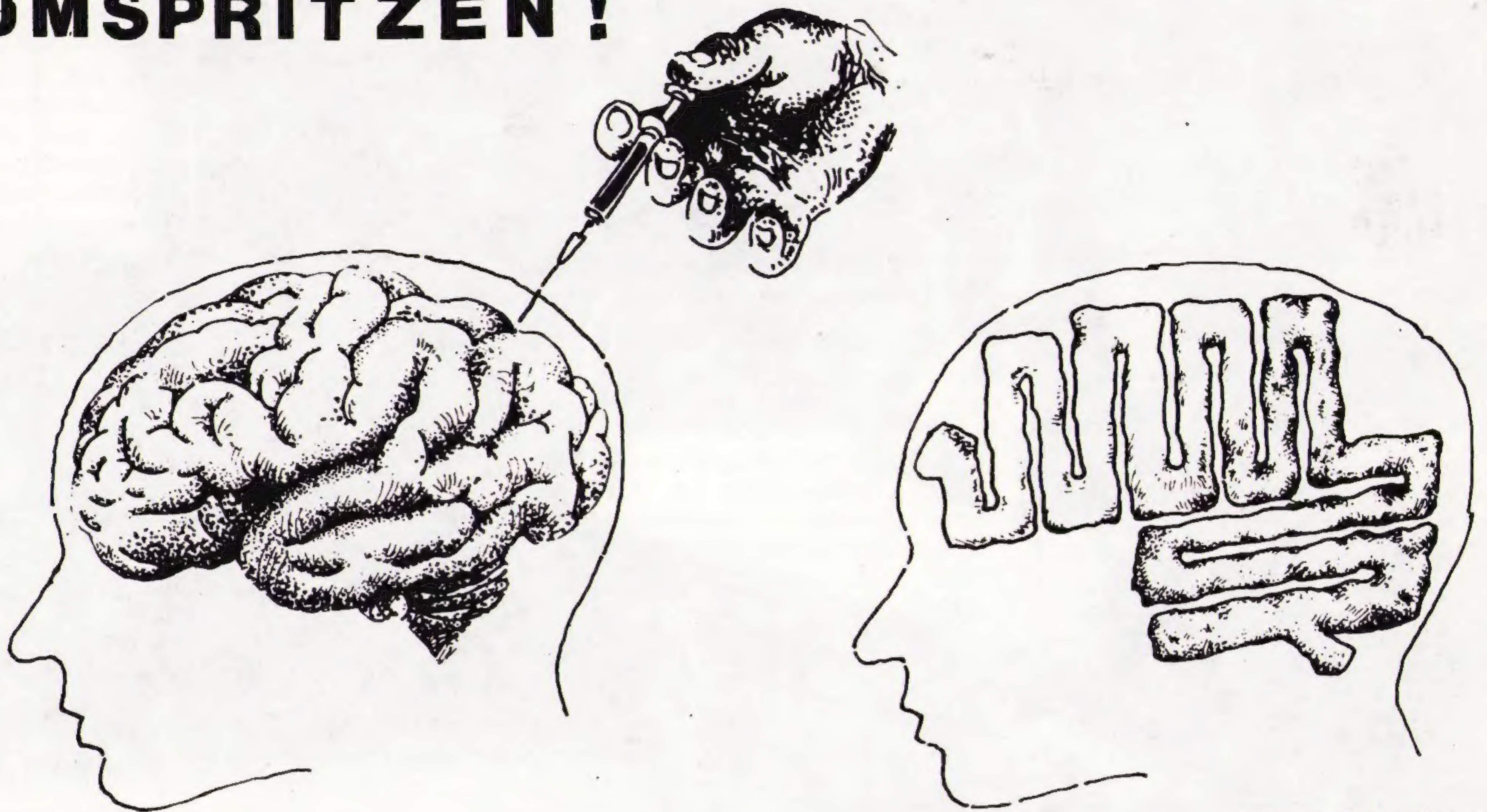
Augustin Navratil, Jahrgang 1928, ist Eisenbahner. Da er elf Kinder hat, betrug das Durchschnittseinkommen pro Kopf seiner Familie, und zwar einschließlich aller Sozialbeihilfen und des Einkommens seiner Frau, nur 380 Kronen monatlich, was tief unter dem Existenzminimum liegt (das Durchschnittseinkommen in der ČSSR beträgt 2.500 Kronen monatlich – *Anm. d. Red.*). Navratil war also gezwungen, sich einen Nebenver-

dienst zu suchen. Es ist keine Ausnahme, daß das reguläre Einkommen, sogar wenn beide Elternteile verdienen, nicht ausreicht. Dazu kam Navratils tiefe Religiosität, seine darin begründete moralische Haltung, die es ihm unmöglich macht, sich Nebeneinkünfte anders als durch ehrliche Arbeit zu verschaffen. Und gerade damit ist Navratil in unserer Gesellschaft ganz anomal.

Navratil war 1968 Funktionär der Volkspartei und hat sich für die Wiederherstellung der Demokratie eingesetzt. Das verschaffte ihm zwar bei seinen Mitbürgern Ansehen, war aber für die örtlichen Machthaber ein Grund mehr, ihn zu drangsalieren. Durch seine Verhältnisse war Navratil gezwungen, eine Landwirtschaft zu beginnen; er tat dies auf kleinen Parzellen, die man nicht im großen bewirtschaften kann. Solche Grundstücke gibt es in jeder Gemeinde, und sie werden gewöhnlich zu privater Bewirtschaftung vergeben.

Von 1970 an betätigte sich Navratil also als Bauer, und die Fläche der Grundstücke, die er ausschließlich mit Hilfe seiner Familie bearbeitete, erstreckte sich schließlich auf anderthalb Hektar. Die Erträge, die Navratil dort erzielte, waren um ein Mehrfaches höher als die Erträge der örtlichen JZD (landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft). Der wirtschaftliche Nutzen kam seiner Familie, aber auch dem Staat zugute. Der faßte es aber als politische Demonstration auf.

UMSPRITZEN !



elisabeth kmölniger

Das nachfolgende Dokument, den Bericht eines Ehepaares, veröffentlichte Jan Tesar zunächst ohne Namensnennung, um für die Betroffenen eine stillschweigende Regelung zu erreichen. Gelingt das nicht, wird er die Namen nennen.

Wir haben uns der Charta Ende Januar und Anfang Februar 1977 angeschlossen, und zwar über Vermittlung von Dr. Hajek und Dr. Kriegl. Am 23. Februar 1977 läutete an unserer Wohnungstür eine etwa 25 Jahre alte Frau, die mit unserem Sohn sprechen wollte. Kaum war dieser im Vorzimmer erschienen, stürmten zwei Männer in Zivilkleidung herein, packten unseren Sohn bei den Armen und schleppten ihn fort, so wie er war, nur halb angezogen und ohne Schuhe. Sie hatten sich weder vorgestellt noch eine Erklärung für ihr gewaltsames Vorgehen gegeben. Unser Sohn kam erst nach einem Jahr wieder zurück.

Zwei Tage später, am 25. Februar, läuteten an unserer Tür Polizisten und verlangten Einlaß: unser Sohn wolle mit uns sprechen. Wir schenken ihnen keinen Glauben und öffneten nicht. Daraufhin wurde die Wohnungstür gewaltsam aufgebrochen, und herein kamen sechs Personen, teils in Uniform, teils in Zivil. Meine Frau wurde sofort abgeführt. Mir legten sie einen Hausdurchsuchungsbefehl vor mit der Begründung, ich hätte bei der Festnahme unseres Sohnes eine strafbare Handlung begangen, nämlich Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Bei der Hausdurchsuchung (die in keiner Weise mit der Anschuldigung

zusammenhing) suchten und beschlagnahmten sie unsere Korrespondenz mit dem Ausland sowie alles, was mit der Charta 77 in Zusammenhang stand. Als ich auf die Frage, wie die Charta in unseren Besitz gelangt sei, antwortete, wir hätten sie im Sender „Stimme Amerikas“ abgehört, beschlagnahmten sie alle unsere Tonbänder wie auch das maschineschriebene Exemplar der Charta. Nachdem sie die Wohnung gründlich durchsucht hatten, wurde ich gefesselt auf die Bezirksprokurator gebracht.

Dort wurde mir ein vom Bezirksstaatsanwalt unterschriebener Text vorgelegt, der die Beschuldigung des Widerstands gegen die Staatsgewalt enthielt. Es wurden uns Äußerungen und Handlungen zur Last gelegt, die wir nie getan hatten. Nachdem ich das Protokoll unterschrieben hatte, wurde ich nach Olmütz ins Gefängnis gebracht, wo bereits meine Frau und unser Sohn waren. Man behielt uns etwa zwei Monate in Haft, dann wurden meine Frau und ich in die Nervenheilanstalt (...) überstellt. Unser Sohn blieb im Gefängnis. Nach weiteren zwei Monaten wurden wir in eine andere Nervenheilanstalt, nämlich in (...), transferiert. Dort wurden wir einer sogenannten „Schutzbehandlung“ unterzogen.

Ohne jeden Grund gab man uns

Injektionen (Moditén), die unseren Willen brechen sollten. Als wir dagegen protestierten, drohte man uns mit Gewalt. Auf unseren Einwand, uns sei nach den Injektionen übel, verschrieb man uns zusätzlich weitere „Medikamente“ in Tablettenform (Perfenazin, Trifenydyl), die wir unter strenger Aufsicht einnehmen mußten. Diese „Behandlung“ in der Anstalt dauerte volle zehn Monate. Danach wurden wir zur ambulanten Behandlung entlassen, und seither müssen wir regelmäßig alle drei Wochen ins psychiatrische Ambulatorium des Bezirkskrankenhauses gehen, wo man uns Moditén-Injektionen verabreicht.

Wir wurden gewarnt, daß wir, sollten wir nicht regelmäßig erscheinen und uns die Injektionen geben lassen, wieder in die Nervenheilanstalt (...) eingewiesen werden und dann von dort nicht mehr zurückkehren würden (das wurde uns ausdrücklich erklärt).

Die Medikamente, die uns solcherart aufgezwungen werden, haben zur Folge, daß uns die Beine zittern. Bei Tag sind wir benommen, bei Nacht können wir nicht schlafen, und es fehlt uns die Lust zu jeglicher Tätigkeit. Wir unterbreiten diese Mitteilung mit der Bitte um Abhilfe, solange unsere Gesundheit noch zu retten ist.

20. Februar 1979

(Zwei Unterschriften)

IN DEN STRASSEN VON BAGDAD ID-BIBLIOGRAPHIE

Stroemfeld/Roter Stern, Holzhausenstr. 4, 6000 Frankfurt

* Marylinparis. Montageroman von Ginka Steinwachs. 16,80; „... ist das aufreffen deutscher Bildung und deutscher Vorstellungen auf die Art wie französische Lebenswirklichkeit sich zu Kultur und Geschichte verhält“, über (g)astronomie, (ch)orales fest, surrealistisch.

* Frauenbewegung und Psychoanalyse, Carol Hagemann-White. 22,00; Gegen die patriarchalische Psychoanalyse, aber: „Feministische Ablehnung scheint mir als Teil des Versuchs, Weibliches vom Männlichen sauber zu trennen und sich psychisch ausschließlich mit Frauen zu befassen. Psychoanalyse sich anzueignen ist nur möglich, wenn frau sich in die Selbsterkenntnis von Männern hineinversetzen kann.“

* Die Partei kämpft wie ein Mann. Silvia Kontos, 25,00; Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik bzw. Kritik daran (Wilhelm Reichs damalige Bedeutung/Mißachtung), Sinowjews verräterischer Satz: „Wir werden alle Hindernisse überwinden, damit die Partei wie ein Mann etc.“ ... Schnittmuster & Bügelbögen für „den Rest der Menschheit“.

* Über die Schwulen. Bernhard Dieckmann. 22,00; Über das absolute Recht auf Selbstwidersprüchlichkeit — Das Vermögen der Wollust an einer Perversion (in diesem Fall die beiden H: Homosexualität und Haschisch) wir immer unterschätzt“, Roland Barts vorab, „Es gibt keinen großen, starken, schwarzen Mann.“

Edition Nautilus, Hassestr. 22, 2050 Hamburg 80

* Des Kaisers neue Kleider. Über die orientalische Revolution. 5,00; Supplement der Zeitschrift Revolte der Subrealistischen Bewegung: „Die proletarischen Revolutionäre des Orients werden es nicht versäumen, sich des gesamten Elends ihrer Vergangenheit zu entledigen, indem sie den Koran verbrennen, wie es die Revolutionäre 1959 in den Straßen von Bagdad taten.“

* Rive Gauche. Ein Pamphlet gegen die Meisterschwätzer. Jaime Semprun. Mit Guy Debord ziehen die Editorinnen Chloe, Diabolis und Geier Lust gegen Foucault, Lyotard und Glucksmann ins Feld.

* Freiheitstriebtäter, Peter-Paul Zahl. Lyrik, Prosa, Verfügungen, Gesetze, Maßnahmen und eine Valentinade, für die „heute noch als Utopisten gescholtenen Realisten“ der Kampagne: FREIHEIT FÜR ALLE!

Alternative-Verlag, Postfach 150 230, 1000 Berlin 15

* Zum Dilemma linker Literatur-Wissenschaft. Heft 129. 6,00; u.a. Lothar Baier: Vom Schreiben leben (er kann's)

Merve-Verlag, Postfach 327, 1000 Berlin 15

* Was singt / mir, der ich höre / in meinem Körper / das Lied. Roland Barthes. 6,00; „Im ganzen gesehen hat es anfangs den Musikschauspieler gegeben, dann den Interpreten (die große romantische Stimme) und schließlich den Techniker, der dem Zuhörer jede auch nur delegierende Aktivität abnimmt und im musikalischen Bereich selbst den Gedanken des MACHENS abschafft.“ Über die Aktualität des Inaktuellen (des romantischen Gesangs, Schubert etc.).

Verlag Klaus Wagenbach, Bamberger Str. 6, 1000 Berlin 30

* Freibeuter 1, 9 Mark, Paul Celans Todesfuge, Kluges „Ein Liebesversuch“, Peter Weiss besucht Auschwitz, aber auch: Giorgio Manganelli: Vier Romane in Pillenform (!), agit-drucker & bug-info; „Die Radikalität der eigenen Position sozusagen vom Staat bestätigen und auch bestimmen lassen, ist keine so seltene Haltung in der (deutschen) Linken, ...“ Oder A. Richters „Zum Beispiel Dietrichkeit“.

Der kürzeste Prozeß: Der gezielte Todesschuß!

— Dokumentation —

Die Frankfurter Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz veröffentlicht eine Dokumentation zur Todesschußpraxis der Polizei. Die Initiative will nicht nur die Geschehnisse historisch darstellen, sondern darüber hinaus einen Anfang für den Widerstand gegen die geschilderten Polizeistaatspraktiken sein.

Die Todesschüsse auf Willy Peter Stoll, Elisabeth van Dyck und der versuchte auf Rolf Heissler hat sich für die Polizei erledigt. Die Anzeigen gegen die schießenden Beamten sind von den jeweiligen Staatsanwaltschaften einge-

stellt worden. Gegen die Einstellungsbeschlüsse sind Beschwerden anhängig. Falls diese zwecklos bleiben, besteht die Möglichkeit, ein Klageerzwingungsverfahren anzustrengen.

Da die Staatsanwaltschaft sich es wohl kaum leisten kann, solchen Beschwerden stattzugeben, ist mit einer Ablehnung zu rechnen. Deswegen erscheint uns der Weg über eine öffentliche Untersuchungskommission erfolgversprechender, ähnlich wie bei Ulrike Meinhof geschehen.

Zu beziehen über: Peter Gröbler, Eichenstraße 1, 6370 Oberursel 6, zum Preise von DM 2,-, plus 80 Pf. Rückporto.

Von dem vergleichsweise oldtimigen SCHNEEBALL Vertrieb der Musiker (ehemals APRIL) gibt es zwei schöne neue Sachen. Einmal: Huraxdax Drudnhax! Urbayrische Chaotik von Sparifankal, die früher Rockmusik machten und nun auf akustische und Klamaukinstrumente umgestiegen sind. Valentinesk und subversiv! Zu bestellen bei: Leitnerhof, Illbach Nr. 46, 8261 Pleiskirchen.

Julius Schittenhelm, ebenfalls Schneeballer und seit 30 Jahren Sänger und Musiker hat eine neue LP mit dem Namen ‚Müllmutanten‘ hervorgebracht. Das schönste Lied, das ‚Liebeslied der Mutanten‘ geht folgendermaßen:

Wo alle Geigerzähler lustig klicken
da wird mein Herz zu dir in Liebe brennen
Wo alle Menschlein in den Bunker rennen
da will ich tief im Krater dich beglücken
Wo leis von Stahlgerüsten Steinchen kullern
wo Fall-out-Wölkchen zart den Mond verdunkeln
da seh aktiv ich deine Schuppen funkeln
und bin bereit zum Schusen und zum Bullern
Wo nachts die Wüste so romantisch flackert
nicht Sterne scheinen und das Bild verwischen
da will ich meine Gene mit dir mischen
auf das ein neues Monster uns umgackert
Wo Henker einst Fusionen glühen ließen
und unsre Rassen dadurch erst erschufen
von dort her hör ich deine Stimmen rufen
die mir wie Balsam in das Stielohr fließen
Wo immer Berg und Täler Kratern weichen
wo wir voll Lust uns in der Strahlung tummeln
will ich an deinen fünfzehn Brüsten fummeln
die mehr Medusen als dem Busen gleichen
Wo Priester damals voller Zorn beschlossen
den Glauben durch den großen Krieg zu retten
dort will ich dich in Tempeltrümmer betten
und liebend kratzen deine Nackenflossen
Wenn die Tentakeln üben Abgrund wedeln
die unsre Kinder heute schon entwickeln
bin ich zufrieden mit den grünen Pickeln
die unsre Erstmutantenhaut veredeln

Julius Schittenhelm, Kaiserstr. 25 Rgb., 8000 München 40.

BIOGAS – ENERGIE AUS MIST UND ABFALL



Bauernhöfe ab 30 Stück Vieh können von Öl und Strom unabhängig werden! Eine Biogasanlage, vom Landwirt teilweise selbst gebaut, erzeugt aus Mist und organischen Abfällen hochwertigen biologischen Dünger und Biogas. Schon bei kleineren Höfen reicht das Gas für die Selbstversorgung mit Wärme aus.

Wir stellen das Prinzip vor und erläutern es:

- Broschüre, 14 Seiten für 2,-DM (ab 10 à 1,50 DM, ab 20 à 1,20 DM, ab 50 à 1,- DM)
- Diaschau 35 Dias 30 Min. Toncassette 80,- DM (20,- DM Unkostenbeitrag 60,- DM Kauton werden zurückbezahlt)

Interessierten Landwirten schicken wir einen Fragebogen und interessierten Lehrern schicken wir gerne eine Modellbauanleitung für 1,- DM Unkostenbeitrag.

Bestellungen nur per Vorüberweisung auf Postscheckkonto Nr. 114936 - 757 Klrh oder in Briefmarken an:

GFiTmbH, Elsässerstr. 43, 78 Freiburg (Tel.: 0761/83 160).

Postvertriebsstück

Nr. 315

Nummer des Abos

bez. bis ID Nr.

Exempl.

Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst

Postfach 900 343

6000 Frankfurt 90

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.

Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704352

Verantwortlicher Redakteur: *Waldemar Schindowski*

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr

ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

BEIRAT DES ID:

Arnfried Astel/Schriftsteller - Johannes Beck/Hochschullehrer -
 Horst Bingel/Schriftsteller - Heiner Boehnke/Hochschullehrer -
 Dr. Hans Christoph Buch/Schriftsteller - Peter O. Chotjewitz/
 Schriftsteller - Dr. Robert A. Dickler/Hochschullehrer - Christian
 Geissler/Schriftsteller - Dr. Helmut Gollwitzer/Theologe - Holger
 Heide/Hochschullehrer - Otto Jägersberg/Schriftsteller - Yaak
 Karsunke/Schriftsteller - Dr. Heinar Kipphardt/Schriftsteller -
 Gisbert Lepper/Hochschullehrer - Helga M. Novak/Schriftstel-
 lerin - Jürgen Roth/Schriftsteller - Volker Schlöndorff/Regisseur -
 Erwin Sylvanus/Schriftsteller - Dr. Klaus Wagenbach/Verleger -
 Gerhard Zwerenz/Schriftsteller

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) : 30.- DM

Halbjahr (24 Hefte) : 60.- DM

Jahresabo (48 Hefte) : 120.- DM

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das Postscheck-
 konto 52 52 28 - 602, Postscheckamt Frankfurt/Main
 (Frankfurter Informationsdienst e.V.).

Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende
 Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreß-
 wechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift
 und (falls vorhanden) die Abonummer.

Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auf-
 taucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß
 schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden
 muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!**EIGENTUMSVORBEHALT:**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange
 Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich
 ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aus-
 händigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift
 dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem
 Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück-
 zusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise
 persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten
 Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nicht-
 aushändigung zurückzusenden;

**INHALTSVERZEICHNIS****MEDIEN, BÜCHER UND ZENSOREN**

Frankfurt: An alle ID-Abonnenten ! 1
 München: Fliegenpilz - über Haftentlassene und Frauen 1
 Dillenburg: Funktion von Stadtteilzeitungen 1
 Neuss: Zensur gegen Jugendzeitungen 2
 Frankfurt: Auf den Straßen von Bagdad - die Bibliografie 30

KNAST, REPRESSION, POLIZEI, MILITÄR UND RECHTE

Bremen: Schreiben im Knast 1
 Düsseldorf: Demonstration für Kröcher und Adomeit 1
 Krefeld: Initiativen gegen Polizeiwilkkür 1
 Westberlin: Ausstellung "Medizin im Knast" 1
 Hamminkeln/Münsterland: Rock gegen Rechts, umsonst und -1
 Wien: Für ein Anti-Kriegs-Museum 12
 Frankfurt: Dokumentation "Todesschuß" 30

LEBENSFORMEN, LAND-GEBURT, STADT-ANEIGNUNG

Arnsberg/Krefeld: Pädophilenprozeß 1
 Westberlin: Kunst gegen Straßen 2
 Odenthal: Fürsorgezögling aus der Haft entlassen 2
 Göttingen: Augenklinik besetzt 4
 Huglfing (Bayern): Geburt aufm Land 10

RUDI DUTSCHKE IST TOT. 13

PSYCHIATRIE, VERSUCHE, "MISSBRAUCH"

Westberlin: "Radikale Psychoarbeit" 2
 Mönchengladbach: Psychiatrie in der Wohngemeinschaft 5
 Tschechoslowakei: Paranoia für alle 23

ÖKOLOGIE, AKW-PROZESSE, ALTERNATIVER MIST

Marburg: Stromboykott-Weihnachtsaktion 2
 Hannover: Grohnde-Polizisten unzurechnungsfähig ? 3
 Hannover: Klage gegen Grohnde-Räumung 3
 Portsmouth, Ohio: Streik in Atomanlage 20

AUSLAND, VÖLKER-RECHT ? ! ? !, DIE BOTSCHAFT

Teheran: Geheimdokumente aus der besetzten U.S.-Mission
 und die Mühen neuangestellter Spione 7
 Den Haag: Ein deutscher Richter, Hermann Mosler 9
 Madison, Wisconsin: Der Ku Klux Klan 19
 Portsmouth, Ohio: Streik in Atomanlage 20
 Tschechoslowakei: Der Staat als Terrorist 21
 Tschechoslowakei: Paranoia für alle 23

SPENDEN-ABONNEMENTS KOSTEN GELD !

Ein paar hundert IDs gehen jede Woche in die Knäste,
 jeden Tag kommen neue Anfragen.
 Das kostet uns eine Menge Geld, und wir sind darauf
 angewiesen, daß Leute solche Abos bezahlen.
 Manchmal ergeben sich daraus Kontakte, Besuche...

Wenn ihr euch dazu entschließt, vermerkt bitte deutlich
 "SPENDEN-ABO" auf der Überweisung !